Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Mitteldeutscher Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 21045. 21047.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kreb, Halle. Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 22251

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 17. Juni 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 122

Klassenkampf – trotz alledem!

—e. Halle, 17. Juni.

Pressevorbot, keine Unterdrückung einer revolutionären Organisation, keine noch so groß angelegte und niederträchtig von den sozialdemokratischen Spezialisten der Trustbourgeoisie zur Dezimierung der Kampfkraft der Arbeiterklasse zum Verrat ihrer Interessen, zur Verschärfung ihrer Ausbeutung eingeleitete Aktion kann den Vormarsch der einzigen Partei des deutschen Proletariats, der KPD., aufhalten. Wir marschieren! Der revolutionäre Geist erfaßt immer mehr Massen. Und wenn uns die Angst der Bourgeoisie vor dem Siegesmarsch der Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung unter Ausnahmegesetzen stellt, unsere Zeitungen verbietet, die Funktionäre verhaftet, die Organisationen verbietet, dann werden wir immer Mittel und Wege finden, nicht nur unsere politische Arbeit zu halten, sondern um unter der Terrormaßnahmen herauszubauen.

Zeiten sind eben vorbei, wo SPD.-Führer Wirtschaftskämpfe verraten und unrevolutionäre Kritik als „Vorbereiten" zur Deckung des Verrates bezeichnen konnten, wo sie die Arbeiterorganisationen spalteten und uns als Verräter der Einheit des Proletariats hinstellen konnten, wo die im März 1921, Politik gegen das Proletariat durchführten und uns als Spalter hinstellen konnten.

Ein großes revolutionäres Erwachen geht durch das deutsche Proletariat. Es befindet sich nur zwar ungleichmäßig, aber immer breitere Massen erfassende Linksbewegung. Sie zu hemmen und um zu verhindern, daß die KPD. die Linksbewegung erfaßt, verbot der scheidende Novembersozialist Professor Waentig den „Klassenkampf", der von der Bourgeoisie angefeilte Vorzeichen die „Rote Fahne" und der Gefolgsmann des Proletariats, Severing, dem Frontkämpfer-Bund. So wenig, wie der ein Feuer löscht mit dem Wasserstrahl den Rauch bekämpft, so werden diese Maßnahmen der Bourgeoisie den gewünschten Erfolg bringen. Die Glut, die unter der gesellschaftlichen Asche glimmt, wird täglich neu genährt durch die bunte Fülle der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung.

Berliner Wedding und in Neukölln schlugen in diesen Tagen, zum ersten Male hellodernde Flammen aus der Glut. Das Proletariat demonstrierte trotz Verbot. Massen beherrschten die Straße, die besten und kühnsten Kampfgenossen bauten Barrikaden.

In diesen Tagen, Anfang Mai also, der Reichsparteitag der KPD. in Dresden stattfinden sollte, war selbstverständlich, daß er verschoben werden mußte, damit die Partei ihre akuten Aufgaben durchführen konnte. Und folgte der Reichsparteitag. Nicht in Dresden, sondern im roten Berlin, im revolutionären Wedding beriet der Aufstand der deutschen Revolution die besten Methoden der Eroberung der Massen für die Revolution.

Vergessen werden wohl allen Delegierten die Worte der Ältesten der zahlreichen Betriebsdelegationen sein, die immer und immer wieder erklärten: „Wir fordern von Euch klare, konsequente revolutionäre Politik, einheitliches, ohne Schwankungen freies Handeln. Wir haben ein Recht dazu, denn Ihr seid unsere Partei, unsere Führung." Hunderte Telegramme und Begrüßungsschreiben verlangten dasselbe. Schon das kennzeichnet den Unterschied zwischen Berlin und Magdeburg.

Der Parteitag der SPD. in Magdeburg war die Feierung der Bourgeoisie. Sie hat sich nicht getäuscht. Die Entwicklung der SPD. von der Koalitionspartei zur besten imperialistischen Stütze der Bourgeoisie wurde dort fortgesetzt. Mit der Annahme des Wehrprogramms in Magdeburg und durch das Bekenntnis Wissells zur Diktatur ging die SPD. den in Kiel beschrittenen Weg zur Bejahung und Führung des kapitalistischen Staates weiter zu seiner Interessenvertretung auch mit den Mitteln des Krieges und des Faschismus. Der Parteitag der KPD. im roten Wedding war die Hoffnung des Proletariats. Diese Hoffnung ist nicht getäuscht worden. Die sachliche Art der Auseinandersetzungen, das ernste Maß bolschewistischer Selbstkritik, das energische Bestreben zur allergrößten Gründlichkeit sind neben dem zuversichtlichen Kampfgeist, von dem der Parteitag getragen war, die Garantien. Hier wurde nicht wie in Magdeburg geredet, um zu vertuschen. Hier wurde die offene Sprache der Revolution geführt. Hier wurden rücksichtslos alle Fehler, Mängel und Schwächen aufgezeigt, hier wurde der Kampf um die Einheitlichkeit der Ideologie, dieser Voraussetzung zum erfolgreichen Handeln, mit sachlichster, aber auch schneidigster Schärfe geführt.

Die neuen Aufgaben, die der Partei durch die Verschärfung der Widersprüche der Stabilisierung, aus der Linksbewegung der Massen und der Aenderung der Rolle der SPD. erwachsen, haben, wie die Sonne in der Volkslegende die böse Tat in unserer Partei auch solche opportunistischen Strömungen an den Tag gebracht, die sich bisher hinter radikalen Phrasen versteckten. Heute gilt es nicht mehr, wie auf dem Essener Parteitag, die KPD. als die einzige Arbeiterpartei zu proklamieren, heute gilt es, daraus alle politischen Konsequenzen zu ziehen. Doch da jammern nicht nur die Brandler-Leute über den „neuen ultralinken Kurs", da kommen auch die Versöhnler und bezeichnen in einem dem Parteitag vorgelegten Dokument die Politik der Partei als ein „Verfallen in schwere Fehler der Vergangenheit", als eine „Taktik, welche die Partei trotz objektiv günstiger Situation (am 1. Mai) zur Zeit der Aktion zu immer stärkerer Isolierung geführt hat".

Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Versöhnler hoffen, daß die Politik der Partei zu ihrer Isolierung führt und daß sie dann eines Tages als Retter zu Hilfe gerufen werden. Diese Hoffnung kam auch in der Aeußerung des einzigen Delegierten, den die Versöhnler auf dem Parteitag hatten und der leider aus unserem Bezirk stammt, zum Ausdruck. Die Mitgliedschaft im Bezirk Halle-Merseburg wird dazu Stellung nehmen und wie der gesamte Parteitag einmütig diese verleumderischen Behauptungen zurückweisen müssen. Die Rolle der Rechten in der Partei wird jetzt von den Versöhnlern gespielt. Sie sind, wie treffend von einem Redner festgestellt wurde, die Nachhut der Brandler-Renegaten in der KPD. Mit Brandler-Methoden versuchen sie Brandler-Politik und schließlich Brandler selbst in die KPD. zu schmuggeln. Sie seien nur eine „entiltandene Richtung" und „keine Fraktion" erklären sie nach ihrer bekannten Methode heuchlerischer Demagogie. Ihre Versuche, ihre opportunistische Linie zu verdecken, werden dabei immer lächerlicher. In einem Federzug schreiben sie z. B.: „Die Differenzen sind bloß taktischer Natur . . . Wir haben eine andere Einschätzung der Lage." Daß die andere Einschätzung der Lage mehr ist als eine bloß taktische Differenz, ist dem einfachsten Arbeiter begreiflich. Aber die Leute um Dr. Meyer begreifen das nicht. Sie wollen es nicht begreifen, weil sie sonst ihr Abschwenken ins Lager des Opportunismus zugeben müßten.

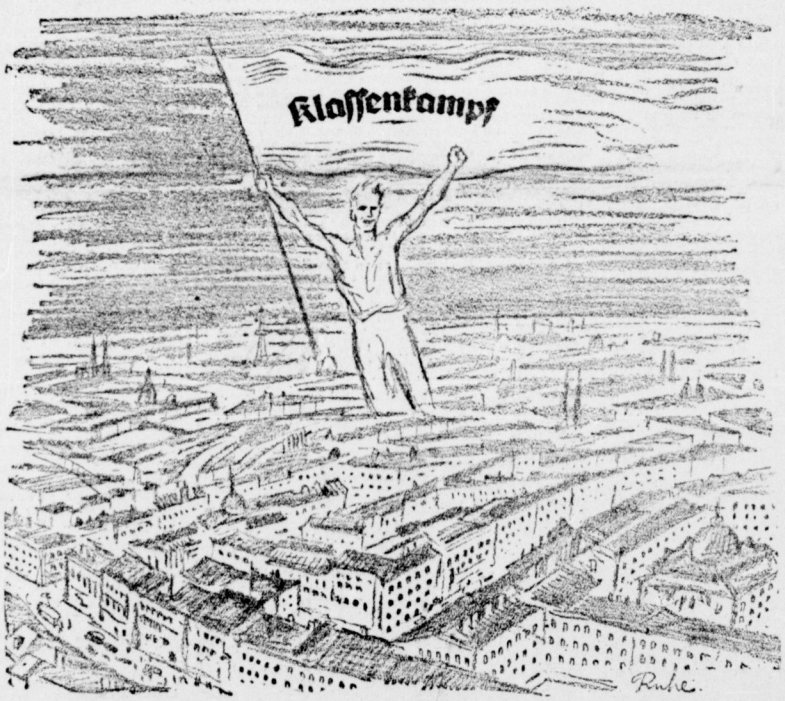
Der Parteitag hielt mit dieser Gruppe Abrechnung, der Parteitag bedeutet einen großen Ruck vorwärts auf dem Wege zur ideologischen Einheit der Partei.

Er proklamierte als Antwort auf Kapitalsoffensive, Linksentwicklung und Sozialfaschismus die Vertiefung der taktischen Wendung, wie sie vom 4. RGJ. und vom 6. Weltkonkreß beschlossen wurde.

„Diese Wendung besteht darin", so heißt es im Entwurf der Resolution zu den Wirtschaftskämpfen und Gewerkschaftsfragen, „daß die von der Partei geführte revolutionäre Opposition ihre ganze Kraft einsetzt, selbständig und in heftigster Auseinandersetzung mit der sozialimperialistischen Bürokratie die Tagesinteressen der Arbeiter zu vertreten und ihre ökonomischen und politischen Kämpfe zu organisieren und durchzuführen."

Er ruft die Parteimitgliedschaft auf, den entscheidenden Kampf um die Mehrheit des deutschen Proletariats, besonders der in den Großbetrieben, aber auch der auf dem Lande Beschäftigten, den Frauen, den Jugendlichen, aufzunehmen. Er analysiert die Lage als eine mit wachsenden Widersprüchen angefüllten Periode, die bei der unvermeidlichen weiteren Entwicklung der Widersprüche zur Erschütterung der Stabilisierung, zu Krieg und Revolution führen muß. Er ist ein begeistertes Bekenntnis zur Sowjetunion und der Führung der Weltpartei des Kommunismus. Er ist ein donnernder Ruf an die Bourgeoisie und ihre Lakaien: Ihr könnt unsere Presse unterdrücken, unsere Organisationen verbieten, wir werden doch zu den Massen reden und mit den Massen handeln. Denn mit uns marschiert die Entwicklung und mit uns kämpft unermüdlich, von früh bis spät, heute mehr noch als gestern und morgen mehr als heute — das klassenbewußte Proletariat.

Den „Klassenkampf" könnt Ihr verbieten. Der Klassenkampf aber lebt und wird unter Führung der Kommunistischen Weltpartei dem Sozialismus zum Siege verhelfen.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0001

Der 12. Parteitag der KPD. geschlossen

Bericht über die Schlußsitzung am Sonnabend — Der RFB. des roten Wedding grüßt den Parteitag

(Eig. Meldg.) **Berlin, 15. Juni.**

Am 7. Verhandlungstag eröffnet Genosse **Heckert** die Schlußsitzung des Parteitages. Er gibt bekannt, daß die Berichte der Kommissionen entgegengenommen werden und darauf die Abstimmungen erfolgen.

Genosse X, Ruhrgebiet

gibt den

Bericht der politischen Kommission.

Die Kommission hatte sich mit etwa hundert Anträgen zu befassen, die als Ergänzung und zum Teil als Abänderung zu den politischen Thesen von den verschiedenen Delegationen eingebracht worden sind. Das zeigt, wie lebhaft alle Delegationen bei der Beratung der wichtigsten Probleme und Aufgaben teilgenommen haben. Der Redner erörterte dann die wichtigsten Abänderungsanträge und empfiehlt die Annahme der Thesen in der von der Kommission vorgeschlagenen Form.

Nachdem noch Genosse X, Berlin, für einen von der Kommission abgelehnten Berliner Antrag gesprochen hat und Genosse **Thälmann** den Vorschlag gemacht hatte, den Wunsch der Berliner Delegation in anderer Form zu berücksichtigen, womit die Berliner Delegierten einverstanden waren, wird die politische Resolution mit allen gegen eine Stimme (des Genossen **Lüttich-Halle**) angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde die tunerparteitliche Resolution angenommen.

Rotfrontkämpfer auf dem Parteitag

Während der Beratung erscheint eine Delegation des aufgelösten Roten Frontkämpfer-Bundes, Gau Berlin, aus Weddinger Roten Frontkämpfern zusammengesetzt, im Saal. Der Parteitag erhebt sich spontan zum Gesang der „Internationale" und bringt der Delegation langanhaltende Ovationen dar. In einer wuchtigen Ansprache begrüßt der Sprecher der Delegation den Parteitag. Es lebe die Kommunistische Partei, es lebe die Weltrevolution!

(Die Delegierten erheben sich und singen den Rotgardistenmarsch.)

Genosse Heckert erwidert der Delegation und ruft ihr ein **Rot Front** zu, in das die Delegierten mit einstimmen.

Darauf gab der **Vertreter der Berliner Delegation** zum Beschluß des Sekretariats zur Fraktionsplattform der Versöhnler folgende Erklärung ab:

„Die Delegation des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz hat beschlossen, dem Reichsparteitag weitergehende organisatorische Maßnahmen gegen die Führer der opportunistischen Versöhnlerplattform vorzuschlagen, als wie sie in der vorliegenden Erklärung vorgesehen sind. Die Delegation schließt sich aber den Beweggründen, die der Erklärung zugrunde liegen, an. Sie erwartet, daß das neue ZK., welches das volle Vertrauen der Delegation hat, in kürzester Frist die Maßnahmen trifft zur völligen Liquidierung des opportunistischen Versöhnlertums."

Darauf wird die Erklärung des Parteitages gegen die Fraktionsplattform der Versöhnler mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Genosse **Ewert** gibt folgende Erklärung ab: „Wir verpflichten uns, keine Fraktions- und gruppenmäßigen Verbindungen einzugehen, zur Taktik der Partei nur im Rahmen der für jedes Mitglied bestehenden Rechte und Pflichten Stellung zu nehmen und die Parteitagsbeschlüsse sowie die des Zentralkomitees diszipliniert durchzuführen.

Ich habe gleichzeitig zu erklären, daß sich dieser Erklärung auch die übrigen Genossen anschließen, die unsere anderen Erklärungen unterschrieben hatten."

Genosse **Thälmann** stellt fest, daß die Versöhnler mit der Erklärung des Genossen Ewert in zwei Fragen vor dem Parteitag kapituliert haben!

Aber zur Grundfrage, ob sie ihre Plattform als ein fraktionelles Dokument anerkennen und zurückziehen, haben die Versöhnler nicht ein einziges Wort gesagt!

Ich glaube, im Auftrage des Parteitages sagen zu können, daß sich das neue ZK. verpflichtet fühlt, auch in diesem Punkt gegenüber den Versöhnlern volle Klarheit zu schaffen.

Genosse **Ewert** erklärt: Wir haben von dem uns zustehenden Recht Gebrauch gemacht, unsere Meinung im Parteitag zu vertreten. Mit der Diskussion auf diesem Parteitag, mit den Entscheidungen des Parteitages ist diese unsere Stellungnahme erledigt. Ich möchte ferner erklären, das wir von uns aus dieses Dokument nicht als Fraktionsplattform benützen werden und nicht zur Diskussion in der Partei stellen werden.

Genosse **Thälmann**: Diese Erklärung des Genossen Ewert ist wieder ein Fortschritt. Es bleibt trotzdem die Tatsache bestehen, daß Genosse Ewert nur erklärt hat, daß er mit dem Beschluß des Parteitages das Dokument als erledigt betrachtet. Der Parteitag richtet aber an den Genossen Ewert die Frage, ob er dieses Dokument als ein Fraktionsdokument anerkennt und zurückzieht. Diese Frage ist von dem Genossen Ewert nicht klar beantwortet worden. Es wird dabei bleiben, das das neue ZK. mit den Versöhnlern auf Grund des Parteitagsbeschlusses noch zu sprechen hat.

Genosse **Pfeiffer** gibt den Bericht der Kriegskommission. Auch er gibt bekannt, daß zahlreiche Abänderungsanträge gestellt worden sind und bespricht die wichtigsten. Darauf wird die Resolution gegen den imperialistischen Krieg einstimmig angenommen.

Genosse **Bertz** gibt den Bericht der Gewerkschaftskommission. Er stellt fest, daß in der Kommission völlige Einmütigkeit herrschte, und daß die Kommission verschiedene Anträge angenommen hat. Die Resolution zur Strategie und Taktik in den Wirtschaftskämpfen und in der Gewerkschaftsbewegung wird darauf mit allen gegen eine Stimme (die des Genossen **Lüttich-Halle**) angenommen. Einstimmig angenommen wird die Resolution zur Frage der Erwerbslosen und die sozialpolitische Resolution.

Nachdem Genosse **Dahlem** den Bericht der Organisationskommission gegeben hatte, wird die Organisationsresolution einstimmig angenommen. Einstimmig wird auch die Frauen- und Jugend- und Agitprop-Resolution gebilligt und eine Reihe weiterer Anträge in voller Einmütigkeit erledigt.

Genosse **Lüttich** (Halle) gibt zur Abstimmung folgende Erklärung ab:

Wenn ich gegen einzelne Resolutionen gestimmt habe, so erkläre ich, daß ich meine praktische Arbeit diszipliniert im Sinne der Mehrheitsbeschlüsse durchführen werde.

Darauf erfolgt die **Wahl des neuen Zentralkomitees** und der **zentralen Kontrollkommission**.

Darauf berichtet **Heckert**, daß in der Versammlung der Berliner Eisendreher, die vom Komitee zur Abwehr der Spaltung einberufen war, der Brandlerist **Walcher** sprach, aber eine vernichtende Niederlage erlitt. Die Versammlung entschied sich mit allen gegen Walchers Stimme für die vom Komitee zur Abwehr der Spaltung vorgeschlagenen Beschlüsse. (Bravo.)

Darauf macht Genosse Heckert die Mitteilung, daß vom **Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion** ein Begrüßungstelegramm eingetroffen ist.

Die Verlesung des Telegramms wird vom Parteitag stehend angehört und mit minutenlangem Beifall begrüßt.

Darauf schlägt Genosse **Winterich**, Köln, dem Parteitag vor, **ein Manifest an das deutsche Proletariat** zu richten. Er verliest unter Beifall den Wortlaut des Manifestes.

Darauf hält Genosse Pieck die Schlußansprache:

Wir sind am Schluß der Verhandlungen des 12. Parteitages angelangt. Eine Woche angestrengtester Arbeit, geleistet mit der besten Arbeitsdisziplin aller Delegierten, liegt hinter uns. Ich danke zunächst im Namen des Zentralkomitees und des Parteitages den Berliner Genossen und Funktionären, die uns bei der Durchführung der Tagung unterstützt haben. (Zustimmung.)

Ich danke auch der Berliner revolutionären Betriebsarbeiterschaft dafür, daß sie ihre Kampfesentschlossenheit, ihre Liebe zur Kommunistischen Partei zum Ausdruck brachte. Eine große Anzahl Delegationen aus Berliner Betrieben haben uns begrüßt. Die beiden Massendemonstrationen des Berliner Proletariats zur Eröffnung des Parteitages im Sportpalast und am Donnerstagabend im roten Wedding widerlegen treffend alle Wünsche und alle Behauptungen der Feinde von der angeblichen Isolierung der Partei und ihrem angeblichen Niedergang. Auch die Kundgebungen der Arbeiterschaft im übrigen Reich, ihre zahlreich entsandten Delegierten wie die vielen Begrüßungsschreiben und Telegramme bestätigen diese Verbundenheit der Partei mit den Massen und ihre Kampfesentschlossenheit. Sie bestätigen aber auch die Radikalisierung der Arbeiterklasse.

Der 12. Parteitag hat die Aufgabe erfüllt, die ihm gestellt war. Er hat scharf herausgearbeitet die besonderen Kennzeichen der gegenwärtigen Situation, wie sie bereits auf dem 6. Weltkongreß der Komintern gezeigt wurden und wie sie bestätigt wurden durch die weitere Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, durch Vorbereitungen zu neuen imperialistischen Kriegen, der Fortsetzung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion.

Mit der gleichen Schärfe und Klarheit hat der Parteitag die Abweichungen von unserer leninistischen Linie Front gemacht und den rücksichtslosen Kampf dagegen geführt.

So gehen wir gekräftigt und gerüstet von diesem Parteitag die großen Aufgaben, die vor uns stehen,

an die Organisierung und Durchführung der großen Wirtschaftskämpfe, an die Schaffung und Verstärkung des revolutionären Vertrauensmännerkörpers in den Betrieben, der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften, der Herausbildung einer selbständigen revolutionären Kampfesführung in den kommenden Kämpfen.

Der Stahlhelm wird am 28. Juni angeblich gegen den Youngplan Vertrag aufmarschieren, das Reichsbanner wird am 11. August für die Weimarer Verfassung demonstrieren. Aber zwischen diesen beiden Demonstrationen liegt der **Kampfmarsch des Proletariats**. In allen Städten und Dörfern muß am 1. August gegen den imperialistischen Krieg, für Sowjetunion, gegen den Sozialfaschismus, gegen den Klassenverrat der Sozialdemokratie demonstriert werden.

Wir gehen nicht von diesem Parteitag, ohne noch einmal der erschossenen Proletarier zu gedenken, die ihr Blut für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse lassen mußten. Wir werden sie rächen, wir haben den Willen zur Tat, zur Niederwerfung der Bourgeoisie! Wir wollen das bekräftigen mit dem Rufe: Vorwärts ist die Losung des revolutionären Proletariats! Die Kommunistische Internationale, die Kommunistische Partei Deutschlands, die Weltrevolution, sie leben hoch!

Der Parteitag stimmt mit Begeisterung in die Hochrufe und unter dem brausenden Gesang der „Internationale" nimmt der 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands geschlossen.

Pfaffenjubel in Rom

Die Unterzeichnung des Konkordats zwischen Preußen und Vatikan ist in Rom mit **großer Befriedigung** aufgenommen worden. Der Abschluß des Vertrages wird im Vatikan als ein **großer Erfolg** betrachtet, insbesondere weil er mit einem in der Mehrheit protestantischen Staat zustande kam. Die Mission des Berliner Nuntius Pacelli wird damit als erfüllt betrachtet und seine diplomatische Geschicklichkeit dürfte bei der ersten Gelegenheit mit der Verleihung des Purpurs belohnt werden. So und ähnlich berichtet die bürgerliche Presse über den Pfaffenjubel in Rom und bestätigt damit den **ungeheuren Verrat des Sozialdemokraten Braun** und der SPD.-Führer an den Interessen des Proletariats. Das Zentralorgan der Zentrumspartei in Berlin, die „Germania", schreibt desgleichen einen begeisterten Leitartikel, in dem u. a. erklärt wird:

„Daß der Staat bei dieser Neuordnung den von der Kirche erwünschten Weg einer vertraglichen Vereinbarung eingeschlagen hat, buchen wir gern als einen Akt von staatspolitischem Weitblick (!) ... Was aber vertraglich geregelt worden ist, das ist für jeden, der ein gerechtes staatspolitisches Empfinden entscheiden läßt, nicht nur „erträglich", sondern in vieler Hinsicht ein Fortschritt ... Dabei soll nicht vergessen werden, daß das Hauptverdienst an dieser Vereinbarung den Männern gebührt, die als Bevollmächtigte des heiligen Stuhles und des preußischen Staates in langwieriger hingebungsvoller Arbeit den Weg geebnet haben, in erster Linie dem apostolischen Nuntius Pacelli und dann dem preußischen Ministerpräsidenten Braun. Beide Männer haben der friedlichen inneren Fortentwicklung unseres Volkes einen großen Dienst erwiesen."

Der Dank des Zentrumsorgans an Braun spricht Bände, und die sozialdemokratischen Arbeiter mögen daran ersehen, ob dieser Dank der Pfaffen an die SPD.-Führer umsonst gegeben wird oder ob er nur erfolgt, weil man der päpstlichen Kurie im Interesse der religiösen Volksverdummung einen ungeheueren Dienst erwiesen hat. Selbstverständlich klatscht die reaktionäre Rechtspresse zum Abschluß des Konkordats gleichfalls Beifall und hebt hervor, daß schnellstens jetzt auch ein gleicher Vertrag mit der evangelischen Kirche abgeschlossen werden müßte. In Verbindung damit schreibt die deutschnationale „DAZ." ironisch:

„Exzellenz Pacelli, der apostolische Nuntius in Berlin, ist am Ziele ... In der Sache haben die katholische Kirche und der Vatikan die Grundlage des katholischen Wirkens in Preußen gegenüber dem bisherigen Zustande doch erheblich gesichert. Und es ist eine der vielen Ironien, an denen die nachrevolutionäre deutsche Geschichte so reich ist, daß schon zehn Jahre nach dem Umsturz ausgerechnet ein sozialdemokratischer Ministerpräsident, „Signor Dr. Ditone Braun", sich aus Gründen der Staatsräson gezwungen sieht, mit der katholischen Kirche zu akkordieren. Das ehrt ihn als Staatsmann ..."

Es ist klar, daß der „Vorwärts" bei dem Jubelgesang über den Abschluß des Konkordats nicht fehlen darf. Er bemüht sich in einem Leitartikel nochmals krampfhaft den Proleten klarzumachen, daß der Vertrag in keiner Weise die Interessen der Arbeiterschaft preisgebe, um mit folgenden bezeichnenden Sätzen zu schließen:

„Wir möchten annehmen, daß der Vertrag ohne wesentliche Schwierigkeiten in der Sommertagung des Landtages verabschiedet werden wird. (!) Dann dürfte es von dem Konkordatsgeschrei bald völlig still werden; denn eine Wirkung dieses Vertrages nach außen hin wird niemand zu spüren bekommen oder feststellen können."

Wirklich ein würdiger sozialdemokratischer Gruß zum Abschluß des Konkordats. Schnellste Verabschiedung desselben durch den Landtag wünscht der „Vorwärts" und die sozialdemokratische Presse, damit die Arbeiterschaft sich nicht mehr mit dem Konkordat beschäftigt. Die Millionengeschenke an die Kirche, die Verdummung des öffentlichen Lebens usw. wird sich dann in aller Stille ziehen, „niemand wird es zu spüren bekommen". Die Kommunistische Partei wird durch Massenmobilisierung und Massenaufklärung dafür sorgen, daß der Wunsch der sozialdemokratischen Konkordatsknechte nicht in Erfüllung geht, sondern die revolutionäre Arbeiterschaft sich zu schärfsten Kampfmaßnahmen entschließt.

Kriegshetze gegen Sowjet-Rußland

In den letzten Tagen verbreitet die sozialdemokratische und bürgerliche Presse eine gemeine Schwindelmeldung gegen die Sowjetunion. Bekanntlich hatte die Ankingar Regierung eine Anzahl sowjetrussischer Vertreter in China verhaftet und angedroht, sie hinrichten zu lassen. Diese Provokation geht ohne Zweifel auf Veranlassung der imperialistischen Feinde Sowjet-Rußlands. Die Kapitalisten aller Länder versuchen Sowjetrußland provozieren, gegen China gewaltsam vorgehen. Das wäre für sie ein billiger Anlaß, um gegen den „roten Imperialismus" in geeinter kapitalistischer Front einen Feldzug zu eröffnen.

Sowjet-Rußland hat entschiedenen Protest gegen die Haftungen bei der Nankinger Regierung eingelegt. Die bürgerlichen Nachrichtenagenturen sehen dabei schon den Vormarsch der Sowjettruppen in die chinesische Mongolei. Besonders die sozialdemokratischen Zeitungen stürzten über die Schwindelmeldung und erhoben ein großes Geschrei gegen die Sowjetunion. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß das Wort von dieser Meldung wahr ist. Ganz entsichtlich bemüht die sowjetrussische Telegraphenunion dieses Gerücht. Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront versucht diesen Gerüchten die Oeffentlichkeit gegen Sowjetrußland zuzupatschen. Gelingen wird es ihr nicht, denn durch die Schwindelmeldungen, die sich mittlerweile gerüchtet haben, durchschauen die werktätigen Massen immer mehr das Manöver der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie.

Die Hamburger Polizei provoziert

(Eig. Drahtm.) **Hamburg**, 17. Juni.

Am Sonnabend um 21 Uhr kam es anläßlich einer Demonstration der KPD. zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Zuge wurde eine Fahne mit der Aufschrift „Rot Front trotzdem!" mitgeführt. Die Polizei verlangte, daß die Fahne gezogen wird und wollte dieselbe beschlagnahmen. Die Sache ging mit äußerster Brutalität vor. Der Polizeibericht behauptet, daß mehrere Beamte verletzt worden seien und einer der Beamten mehrere Messerstiche erhalten hat, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Wie viel Arbeiter von der Polizei verletzt worden sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

Der Lügen-„Vorwärts" entlarvt

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 17. Juni.

Im „Montag Morgen" veröffentlicht der bekannte Schriftsteller Stefan **Großmann**, der als bürgerlicher Journalist Mitglied dem Groß-Berliner Maiuntersuchungsausschuß ist, eine Erklärung in der er Bezug nimmt auf die Behauptung des „Vorwärts", er kürzlich erst der Sozialdemokratie und dem „Vorwärts" Dienste angeboten habe. Demgegenüber stellt er fest, daß er lediglich aus Aegypten an Stampfer eine Karte geschrieben habe, in der er als Antwort auf einen Brief Stampfers an ihn seine Genehmigung teilt und hinzugefügt hat, er würde sich, nach Europa zurückgekehrt, bei ihm melden, um zu werden in Berlin schon Arbeit für ihn zu finden. Großmann bemerkt dazu, daß er allerdings durch die Hilfeleistung Anleihe und Zärtlichkeiten blutigen Mai einen Kuck weg von der SPD. bekommen hat, „die so rapide ihre Vergangenheit vergessen und verleugnen konnte".

Schmählicher Zusammenbruch der Anklage gegen Berliner Mai-Dememonstranten

(WTB.) **Berlin**, 15. Juni.

Von den acht Angeklagten, die wegen Landfriedensbruch standen, sie sich an den Maiunruhen beteiligt haben sollen, vor standen, **wurden heute sechs freigesprochen.**

Verurteilt wurden nur die Angeklagten Wermuth zu 6 Monaten Gefängnis, verbüßt durch die Untersuchungshaft, und Lurz zu Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft mit Bewährungsfrist für den Rest.

Wir marschieren

trotz Demonstrationsverbote,
trotz Zörgiebels Maiblutbad,
trotz RFB.-Verbot,
trotz Zeitungsverbote,
trotz vieler Verhaftungen,
trotz bürgerlicher Klassenjustizstrafen,
trotz SPD.-Verleumdungen,
trotz wirtschaftlicher Maßregelungen,
trotz Androhung des RFB.-Verbots,
trotz sozialfaschistischer Koalitionsregierungspolitik.

Seit dem 1. Januar bis zum 31. Mai wurden

1124 neue Parteimitglieder geworben.

Deine Antwort auf das Verbot: Heute noch wird ein neuer Ap... für den „Klassenkampf" gewor...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0002

Dummheit und Niederträchtigkeit!

Eine erste Antwort an die feigen Verleumder

Nachdem der „Klassenkampf", das Sprachrohr aller Unterwelten im Industriebezirk Halle-Merseburg, das Organ der Kommunistischen Partei, nach Ablauf einer dreiwöchigen Verbotsdauer erscheint, ist es uns erstmalig wieder möglich, auf die dummen Lügen und Verleumdungen, die die bürgerliche und sozialdemokratische Journaille drei Wochen lang ungehindert über die revolutionäre Arbeiterbewegung und insbesondere die Kommunistische Partei und deren Presse ausgießen konnte, zu antworten.

Am demselben Tage, als die Sozialdemokratische Partei ihren Parteitag in Magdeburg eröffnete, erließ der sozialdemokratische Oberpräsident Waentig der Provinz Sachsen einen Erlaß gegen den „Klassenkampf". Als das „Volksblatt" und „Volksbote" am Montag über ihren „Parteitag der Sozialdemokratie" in Magdeburg berichteten, mußten sie wohl oder übel ihren Lesern auch von dem Verbot des „Klassenkampf" Mitteilung machen. Beide taten das zunächst ohne Kommentar. Das Volksblatt hatte das hallische Regierungsblättchen der SPD. erst den Mut zu einem eigenen Kommentar gefunden. Es befaßte sich damit, den Kommentar des hallischen Stahlhelmblattes, der „Saale-Zeitung", der selbstverständlich in der gleichen Form, wie er bei diesem reaktionären Blatt üblich ist, zu übernehmen und damit zu dokumentieren,

daß die Meinung der reaktionären Stahlhelmzeitung auch die Meinung des sozialdemokratischen „Volksblattes" ist.

Wenige Tage später eine Aeußerung des Kilian-Organs „Volkswille", in dem dieses Blättchen den faulen Witz macht, daß SPD.-Führer das Verbot ihrer Presse provoziert hätten, „Volksblatt" als seine eigene Meinung abgedruckt wird, sei Beweis für die „politische Klarheit" dieses Winkelblättchens deutlich bemerkt.

Ebenso die Berichterstattung über den sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg ist ein Kapitel für sich. Zu schreibt die sozialdemokratische Presse im Bezirk am 6. Juni, daß sich an der Demonstration am Eröffnungssonntag über 100 000 Menschen beteiligt hätten, während der „Volksbote" und der Sozialdemokratische Pressedienst nur von 20 000 zu schreiben wagen und es in Wirklichkeit hochgerechnet nicht viel über 20 000 aus allen möglichen Hochgemeinschaften Reichsbannerleute und kaum 2000 Jugendliche gewesen sind. Zum Abschluß dieses Parteitages schreibt das „Volksblatt" am 1. Juni:

„Hier und einiger denn je setzt die Sozialdemokratie ihre Arbeit fort. Der Streit um Staatspolitik oder nicht ist sozialdemokratischen Republik für immer entschieden für Demokratie und Republik."

Um die „vielbewußte und klare Politik" der Sozialdemokratie sich jeder ein Bild machen, wenn er feststellt, daß der Sozialdemokrat Breitscheid in der Reichstagssitzung am Mittwoch, dem 4. Juni, während der großen Justizdebatte erklärt hat:

„Die Kommunisten haben kein Recht, sich über Justiz zu beklagen. Auch in unserem Herzen lebt der Gedanke der proletarischen Diktatur."

Das amtliche Stenogramm verzeichnet nach diesem Ausspruch „Sehr gut, hört, hört", rechts, Gelächter bei den Kommunisten. Die sozialdemokratischen Arbeiter können sich also nun auslachen, was die offizielle Meinung der Sozialdemokratie hinnehmen oder ob sie immer die Demokratie der Rechten oder die allerdings in ihren Herzen lebende" proletarische Diktatur der Linken. Politik.

Wollen jetzt kurz auf ein ganz gemeines Sudelblatt eingehen, das SPD. am nächsten Tage nach dem Verbot des „Klassenkampf" die Kommunistische Partei und ihre Führer herausgab, die Ueberschrift „Putschisten am Werke"! Man geht hier Ausblatt mit den alten Lügen über den 1. Mai in Berlin, wollten und kommt zu dem Schluß, daß Manilski aus „andere Turkestaner" in Berlin gewesen seien und die „wahren Drahtzieher der blutigen Tage in Moskau" seien. Wir wollen nicht auf die Lügen, in denen erzählt wird, daß wenige Tage vor dem 1. Mai in Berlin zwei sozialdemokratische Arbeiter von Kommunisten erschossen worden wären, daß „die Zentrale" Mitte April ein Dutzend Agitatoren in feudalen Landsleben während Ostern amüsierten usw. Es genügt, die erbärmlichen, sozialdemokratischen Lügner, in diesem Falle Reichstagsabgeordneten Franz Peters, Halle, der unter Ausnutzung seiner Abgeordnetenimmunität dieses [illegible]-Pamphlet durch zeichnete, zu schlagen mit den Ausführungen des ehemaligen Polizeipräsidenten Karl v. Ossietzki, die dieser in dem Artikel „Weltbühne" über die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses der Berliner Maivorgänge macht.

Es heißt dort u. a.:

„Wir haben uns über unsere Aufnahme durch die Presse keine Illusionen gemacht. Es bleibt festzustellen, daß die Linksbürgerlichen Unternehmen kritisch und ablehnend behandeln. Aber die Stellungnahme ... Die persönliche Beschuldigung bleibt dem Hauptorgan der Regierungsorgan, dem „Vorwärts", vorbehalten, der sich unentwegt verhalten und deshalb beinahe unschuldig an Wiederkehr eine Rivalerie zwischen Stefan Großmann und Kurt Tucholsky sucht. Es mag hingehen, selbst die Gerichte will gelernt werden ... Um alle weiteren Fragen zu verhindern: Wir haben im Ausschuß mit den sozialdemokratischen Mitgliedern gut und kameradschaftlich zusammengearbeitet. Sie haben uns nicht zu beeinflussen gesucht. Wir sind [illegible] geblieben.

Wir haben in kommunistischen Politikern, mit denen wir in Vergangenheit manchmal die Klinge gekreuzt haben, in der Zukunft gewiß wieder auf einen gleichen Gegner werden und die in der Phantasie geängstigter Leute moskowitischen Schrecken personifizieren, ruhige verantwortungsbewußte Männer gefunden ...

Es ist doch etwas dies Bild ergeben: Die Kommunistische Partei am 1. Mai das Demonstrationsverbot nicht anerkannt, ist darin nur als die orthodoxe Tochter der weiterzeigt sozialdemokratischen Mutter gezeigt, aber sie hat nichts Gewalttätigkeiten herbeizuführen und nicht dazu herausgefordert. Die Zeugen waren keine ausgerichteten Figuranten, sie jetzt mühsam souffliert wurde. Hier wackelten keine wie manchmal in den legitimen Gerichtshöfen der Mann werden die hochmögenden Herren der Sozialdemokratie begreifen, daß es eine Affäre Zörgiebel gibt?"

Ob diese nach Belieben zu verlängernde Auslese der Aussagungen eines bürgerlichen Journalisten mit Lügen-Peters am Schluß seines dreckigen Schmierenstücks:

„Mißt deutscher Arbeiter ist zu schade, um diesen wilden, Mitläufern und Provokateuren geopfert zu werden."

Glauben, daß die Gegenüberstellung der Schmierereien des Herrn Peters und des Urteils von Ossietzki jeden Kommentar unterseits überflüssig macht.

Berichterstattung über den in der vorigen Woche stattgefundenen 12. Parteitag der Kommunistischen Partei vom roten Wedding seitens der sozialdemokratischen Presse in demselben Stile vor sich ging, brauchen wir wohl nicht zu bemerken. Eingeleitet wurde diese Kampagne in der Form mit den hahnebüchensten Schwindelmeldungen über den Wechsel in der KPD., nach welchem einmal Ruth Fischer wieder Maslow auf Befehl von Sinowjew in die Leitung der deutschen Partei übernommen werden sollten. Das sollte wieder einmal ein Beweis für „das Eunuchentum der kommunistischen Parteimitglieder sein, die sich so etwas gefallen lassen. Nachdem der Parteitag getagt hat, überlassen wir die Beurteilung dieses Blödsinns allen denkenden Arbeitern.

Ein anderer, ebenso dummer wie frecher Schwindel wurde aus dem „Volkswillen" übernommen. Er beschäftigt sich mit der angeblichen Pervagisierung der Produktiv-Genossenschaft. In einem späteren Bericht wird erzählt, daß der „Klassenkampf", weil er keine Abonnenten habe, pleite sei. Und deswegen die Liquidation der Genossenschaft erfolge. Wir gehen auch auf diesen Unsinn nur insoweit ein, als wir richtigstellen, daß aus geschäftlichen Gründen und aus Gründen, die wir einem kapitalistischen Regierungsorgan, wie dem „Volksblatt" nicht mitteilen werden, eine Trennung des Verlages von dem Druckereiunternehmen erfolgt ist. Wir wollen gleichzeitig hierbei feststellen, daß das Verlagsunternehmen, in welchem der „Klassenkampf" erscheint, trotz des Verbots so gut und so sicher finanziell fundiert ist wie je und wir infolge außerordentlich zahlreicher neuer Abonnenten die besten Hoffnungen für die Entwicklung des Unternehmens auch in der Zukunft haben. Auf die anderen lächerlichen Phantasiereien einzugehen, erübrigt sich von selbst.

Noch einiges über die wahren Gründe, die zum Verbot des „Klassenkampf" und zu der unerhört lügnerischen Kampfesweise der sozialdemokratischen Presse führten. Während der Verbotszeit hat eine unerhörte verschärfte Ausschlußkampagne gegen alle Kommunisten in den Gewerkschaften, Sport- und Freidenkerorganisationen stattgefunden. Während der Verbotszeit sind die großen Wirtschaftskämpfe, die in der Chemie und bei den Eisenbahnern bevorstanden, von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern im Interesse ihrer Koalitionspolitik durch Schandschiedssprüche abgewürgt worden. Während der Verbotszeit hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Halle der Reaktion geholfen, die Verschacherung der städtischen Werke, die Verschleuderung von Millionenwerten zugunsten der Privatkapitalisten vorzunehmen. Während der Verbotszeit war man den Anklägern, der besonders während der heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD. anläßlich des Magdeburger Parteitages unbequem war, los. Es ist ja so bequem für die SPD., ihren Polizeiministern einen Wink zu geben, wenn es das Parteiinteresse erforderlich macht, um die Kommunistische Bewegung zu unterdrücken.

Diese Sozialdemokraten haben es längst vergessen, daß man mit solchen Verboten den Gegner nicht totmachen kann. Wir wissen, daß es nach dem Willen der deutschen Trustbourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien noch schlimmer kommen soll. Der Unterdrückung des Roten Frontkämpfer-Bundes und der kommunistischen Presse, den Terrorurteilen gegen revolutionäre Arbeiter soll das Verbot der Kommunistischen Partei folgen. Wir antworten auf all diese Angriffe mit den Worten eines ihrer jetzigen Anhänger, des ehemaligen Volksbeauftragten Emil Barth, der auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD. am 4. März 1919 folgendes Urteil über die sozialdemokratischen Führer fällte:

„Wie oft habe ich mich gesehnt nach einer Gelegenheit, daß man Schluß machen könnte, um die Massen aufzurufen gegen diese verkommenen Gesellen. Sie haben nicht einen Schimmer von Sozialismus gehabt. Was sie machten, war Lug und Trug. Wir wußten es erst am 21. Dezember, daß sie mit Hindenburg geheime Verträge abgeschlossen hatten. Sie haben uns dauernd und bei jeder Gelegenheit in der schmählichsten Weise belogen. Mit derselben Demagogie belügen sie das ganze deutsche Volk. Sie sind nur zusammengesetzt aus Bosheit, Dummheit und Niederträchtigkeit."

Der arme Severing

Hunderte RFB.-Gläubiger stürmen das Innenministerium

Der „Sozialistische Pressedienst" läßt wieder einmal eine Lüge platzen: „Der RFB. wäre durch das Verbot vor dem Bekenntnis des finanziellen Bankrotts gerettet worden" (!) Einer Schuldenlast von rund 100 000 Mark ständen kaum 12 000 Mark an Aktiven gegenüber. Die Gläubiger hätten sich, nachdem es keinen Rechtsnachfolger gebe, zu Hunderten an das Reich gewandt und um Zahlung der an den RFB. gelieferten Waren gebeten. Die Reichsregierung habe dieses Ansinnen abgelehnt, denn das Gegenteil hätte vielleicht bewirkt, das zahlreiche bankrotte Vereine in Zukunft ähnlich wie der RFB. gegen Recht und Gesetz verstoßen hätten, um verboten und damit ihre Schuldenlast loszuwerden." (!)

Diese alberne Notiz ist bezeichnend. Jetzt verstehen wir, warum Grzesinski seinen Geheimerlaß zur schärfsten Verfolgung der RFB.-Kameraden erließ und gleichzeitig die Jagd auf Windjacken, RFB.-Koppel und Mützen befahl. Er will höchstwahrscheinlich mit der Beschlagnahmung derartiger „hochverräterische" Bekleidungsstücke die angeblichen Schulden des RFB. decken.

Der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die sich von der Partei des Klassenverrats abzuwenden beginnt, soll mit derartigen Roßtäuscherkniffen vergessen gemacht werden, daß allein die sozialfaschistische Führerclique am Verbot des RFB. Schuld trägt und an seiner Aufrechterhaltung interessiert ist. Die SPD.-Führer haben von ihren bürgerlichen Koalitionspartnern viel gelernt. Mit derartigen Märchen operierten die Gegner der Arbeiterklasse zur Zeit des Sozialistengesetzes gegen die SPD. Heute fällt auf diese plumpen Verleumdungen nicht einmal der verbohrteste Bolschewistenfresser herein. Jeder sozialdemokratische Arbeiter weiß, daß der RFB. verboten wurde, weil seine revolutionäre Schlagkraft der Bourgeoisie in der Durchführung ihrer reaktionären Pläne höchst gefährlich war. Das Verlegenheitsgestammel der SPD.-Presse wird deshalb bei ihren eigenen Lesern ein homerisches Gelächter auslösen.

Was hat der SPD.-Parteitag beschlossen?

Beschlüsse, die jeder Arbeiter sich genau merken muß

Der SPD.-Parteitag in Magdeburg faßte folgende Beschlüsse:

Uebergang zur Tagesordnung über sämtliche Anträge gegen Koalitionspolitik, gegen den Panzerkreuzerbau;

Zustimmung, daß die Minister für die zweite Panzerkreuzerrate im Etat stimmen dürfen;

Annahme des sozialimperialistischen Wehrprogramms, das für eine „positive" Reichswehr- und Aufrüstungspolitik eintritt;

Ankündigung neuer „unpopulärer" Massensteuern durch Hilferding und Breitscheid;

Bereitschaftserklärung Breitscheids, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent zu erhöhen und die „Mißstände zu beseitigen", d. h. die Leistungen abzubauen;

Ablehnung der Anträge, die von den Ministern fordern, bei besonders wichtigen Regierungsentscheidungen (Panzerkreuzerfrage, Ruhrschiedsspruch usw.) vorher den Parteivorstand und Parteiausschuß zu hören bzw. die Fraktion zu befragen;

Ablehnung des Antrages, den Reichswehretat auf 500 Millionen Mark herabzusetzen;

Uebergang zur Tagesordnung über sämtliche Anträge gegen das Preußenkonkordat;

Ablehnung einer Festlegung gegen den Zollwucher (also praktisch Zustimmung zum neuen Zollwucher).

Ueberweisung sämtlicher Anträge mit sozial- und finanzpolitischen Forderungen an „Material" an den Papierkorb der Reichstagsfraktion;

Ablehnung des Antrages der Berliner Arbeiter, der 1000 Mark Monatsgehalt als Höchstgrenze für sozialdemokratische Staatsfunktionäre und Bürokraten festsetzen will;

Abwürgung aller Anträge für den Schutz der arbeitenden Jugend und gegen die hohen Offiziers-pensionen.

*

Das ist eine Blütenlese der Politik, für die sich der Magdeburger Parteitag des Sozialfaschismus ausgesprochen hat. Heraus aus der Partei dieser schamlosen arbeiterfeindlichen Beschlüsse!

Hinein in die Kommunistische Partei, die einzige proletarische Klassenpartei der Arbeiter!

Reichsanwalt Jorns der Schuld überführt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Juni.

Im Jorns-Prozeß ist jetzt dem angeklagten Redakteur des „Tagebuch", Hornstein, die schriftliche Begründung des Urteils zugegangen, durch das der bekannte Reichsanwalt Jorns für überführt erklärt wird, dem Mord Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Vorschub geleistet zu haben. In der Urteilsbegründung heißt es u. a., daß erwiesen sei, daß der Nebenkläger Jorns bei der Führung der Untersuchung:

1. **Spuren, die zur Aufklärung dienen konnten, nicht aufgenommen hat (z. B. Vernehmung Pieds, Ermittlung des zeitlichen Zusammenhangs beider Transporte),**
2. **Spuren, deren Wichtigkeit er erkannt hatte, nicht verfolgte (z. B. Nachprüfung der Panne, Nachprüfung der Frage, von wem Runge Geld bekommen hat),**
3. **Spuren vermischte, indem er das Gegenteil des Ermittelten ins Protokoll aufnahm (Protokoll des Runge),**
4. **Zustände duldete, die, wie ihm bekannt war, geeignet waren, den Sachverhalt zu verdunkeln und das Ergebnis der Untersuchung zu gefährden (Zusammenarbeit mit dem Divisionsstab, Duldung der Zustände während der Haft, Hinausschiebung der Verhaftung Vogels).**

Das zu 1 Gesagte sei nicht geeignet, die Behandlung des Vorschubleistens zu erweisen, das zu 2 bis 4 Gesagte zur Führung des Wahrheitsbeweises geeignet. Durch die Zustände während der Untersuchungshaft sei es ermöglicht worden, daß sich Vogel einen falschen Paß besorgen konnte und sich der Bestrafung der erfundenen Strafe entzog. Die Folgerung des Angeklagten sei berechtigt, daß der Nebenkläger zu einer Tätigkeit im Verbande der Reichsanwälte nicht geeignet sei.

Kommunistischer Wahlsieg im DMV. Suhl

Trotz der größten Anstrengungen gelang es den Sozialdemokraten nicht, bei den Vertreterwahlen in der Ortsverwaltung Suhl (Thüringen) des DMVB. die Opposition zu schlagen.

Die Kandidaten der Opposition erhielten durchschnittlich 199 Stimmen, während die reformistischen Kandidaten nur 165 Stimmen im Durchschnitt für sich erobern konnten. Damit sind alle 25 Vertreter in Suhl oppositionelle Kollegen.

Der Kampf um das Sofort-Programm

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Juni.

Die „Welt am Montag" erfährt aus parlamentarischen Kreisen über das Sofort-Programm in der Arbeitslosenversicherung u. a.:

„Daß sich zwar die Sozialdemokratie bereitgefunden hatte, dem Wunsche der bürgerlichen Parteien entsprechend in dem Rahmen dieses Programms auch eine Reform der Unterstützung für die erwerbslosen Saisonarbeiter aufzunehmen, daß sich aber die Deutsche Volkspartei gegen die Beitragserhöhung wehrte und nach wie vor fordert, daß rund 200 Millionen an der Arbeitslosenversicherung gespart werden. Das Zentrum sei zu Zugeständnissen auf dem Gebiete der Beitragserhöhung bereit gewesen, aber seine Vermittlungsversuche scheiterten an der ablehnenden Haltung der Volkspartei. Heute soll sich das Kabinett mit der Angelegenheit befassen und darüber entscheiden, ob es von sich aus ein Sofort-Programm einbringen oder die ganze „Reform" bis zum Herbst vertagen soll."

Eine neue Reichsbahn-Tariferhöhung kommt

Der angekündigte Tariferhöhungsantrag der Reichsbahn ist jetzt bei der Reichsregierung eingegangen. Es wird beantragt, diejenigen Tarife, die im vorigen Jahre unberücksichtigt blieben, zur Erzielung von Mehreinnahmen heranzuziehen. Somit sollen eine Reihe von Gütersätzen erhöht werden. Man kündigt dabei an, daß die Fahrpreise für die zweite Klasse auch gesteigert werden sollen, während die Preise in der dritten Klasse unverändert blieben. Wie wir aus Erfahrung kennen, wird sich im Verlauf der Verhandlungen noch ein anderes Resultat ergeben. Die Bourgeoisie denkt gar nicht daran, sich selbst zu belasten. Mit der neuen Tariferhöhung sollen die Lohnerhöhungen wieder aufgebracht werden. In Wirklichkeit wird die neue Steigerung der Tarifsätze ein gewaltiges Geschäft für die Reichsbahn bedeuten. Die Reichseisenbahner haben durch die Füllung des Schiedsspruches einen jämmerlichen Lohnzuschlag erhalten. Mit dieser Lohnerhöhung wird bestimmt ihre schlechte Lebenslage nicht gebessert. Bezeichnend ist es aber, daß die Reichsbahn die Lohnerhöhung dazu benutzt, um eine neue Tariferhöhung durchzuführen und um Millionen aus den Taschen der werktätigen Bevölkerung zu ziehen.

Streik der Breslauer Kraftdroschkenführer

(WTB.) Breslau, 15. Juni.

Die Kraftdroschkenführer sind wegen Nichterfüllung ihrer Lohnforderungen in den Streik getreten. Sie verlangen statt einer 10prozentigen Beteiligung für den den Fahrtkilometer eine Beteiligung von 25 Prozent. Nur einige Autodroschken, die von Besitzern gefahren werden, sind im Betrieb. Die Blätter weisen darauf hin, daß der Ausstand mit der Eröffnung der „Wuwa" und dem Johannisfest zusammenfällt.

---

25 000 bis 30 000 Textilarbeiter der Industriegegend von Bielitz und Biala sollten am 15. Juni ausgesperrt werden. Die Industriellen zogen ihre Kündigung nochmals zurück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0003

Im Total-Ausverkauf Conitzer

sparen Sie sehr viel Geld, wenn Sie schon jetzt an Ihren Bedarf für später denken!

Wollene Kleiderstoffe gute Qualitäten in soliden Farben **Kostüm- u. Mantelstoffe**

Wollene Damenkleider moderne Farben, gute Qualitäten **Damen- u. Kindermäntel**

Herrenbekleidung Anzüge und Mäntel **Knabenbekleidung**

Jeder Einkauf ist von größtem Vorteil für Sie!

Verkauf nur gegen Barzahlung!

Mittags von 12½ bis 2½ Uhr geschlossen!

Conitzer

Merseburg, Weißenfelser Straße 2

Stadt-Theater
Heute 714
Montag 20—22½ Uhr
Tosca
Oper von G. Puccini
Dienstag 20—22½ Uhr
Charleys Tante
Schwank von Fr. Thomas

Schillers Garten
am Heilbrunn, 1 Min. von der Straßenbahn
Gute Rebeck- u. Kulmbacher Biere, Weine sowie kaltmann. Küche
Gr. Kinderspielplatz m. Schaukel, Karussell x. Regelm. Dienstag und Donnerstag ab 20 Uhr im Saal der beliebte **Gesellschafts-Tanz**

Für Sommerfeste
empfehle in reicher Auswahl:
- Stocklaternen — Fackeln — Fahnen — Wimpel, Abschießvögel und -Sterne Scheiben —
- Wachsfackeln — Kinderfest-Artikel — Tanzsaal-Fußbodenzeichen — Luxuslöschen sowie

Garten- und Saaldekorationen
- für Sänger-, Turner-, Feuerwehr-, Bergleute-, Kegler-, Fußball- und Radfahrer-Feste 696
- Diplome — Schieß- und Kegelliliien — Eintritts-, Garderobe- und Kellnerblocks — Tischtuchkrepp zu bekannt billigsten Preisen

Albin Hentze, Schmeerstraße 24

Riesige Vorteile bieten wir Ihnen!
Wir verschenken nichts, aber wir geben unsere Ware billig ab. Jede Hausfrau überzeuge sich selbst. Trotz unserer bereits sehr niedrig gestellten Preise gewähren wir bis einschl. **Sonnabend,** den 29. Juni

20 Prozent Rabatt
auf sämtliche Waren, mit Ausnahme der Markenartikel, **Hanseifen, Schmierseifen, Seifenpulver, Seifenflocken, Feinsoda, Stärke** und **Zündhölzer**

„Heimchen"
Seifen-Versandhaus G. m. b. H. Wittenberg, Coswiger Str. 11
(gegenüber der Konditorei Stock) 687

Rasse in Form und Farbe
nur **12.90**
ZADEK
HALLESche STEINWEG 10

Walhalla
Dir. O. Meinhardus — Fernsp. 28385
Wahre Beifallsstürme
ernteten bei der gestrigen Premiere die grandiosen
Varieté Festspiele
mit **10** Attraktionen Sensationen
Ein Weltstadt-Programm, wie Halle jetzt Rudbell nicht mehr gesehen
Jeder Besucher im Juni mindestens einmal im Walhalla!
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.

Werbt f. den Klassenkampf

Nordsee
Deutschlands größter Fischhandel
Große Ulrichstraße 58
Bernburger Str., am Reisch
Steinweg 30 a, am Kaiserlichen Platz
Weißenfels, Jüdenstraße 1

1 Kühlwaggon

Seelachs o. K.	35 ₰
Goldbarsch o. K.	
Seelachsfilet o. K. u. G.	55 ₰
Goldbarschfilet o. K. u. G.	70 ₰
Brasschalle	38 ₰
Rotzungen	50 ₰

Ferner: 712

Täglich frische Räucherwaren
besonders zu empfehlen
Delikate, fette, zarte, engl. Fettbücklinge 35 ₰
Neue Matjesheringe
sehr fett und zart
Stück 15, 20, 25 und 30 ₰

Werktätige
kauft bei Preßler!
Durch meine sehr billigen Preise
sparen Sie viel Geld!
Blaue Jacken . . 2,75 1,95 1,50 0,95
Preußischen, grau, solange Vorrat nur 1,95
Pilothosen, engl. Lederhosen 6,50 5,00 3,50 2,95
Breechshosen, kariert und andere von nur 2,95 an
Sonntagshosen, Wegholen 6,50 5,00 3,50 1,95
Männerhemden, hell u. dunkel 2,25 1,95 1,50
Manchesterwesten u. andere v. nur 1,95 an
Sommerjacken Lodenjoppen 6,75 5,00 3,90 2,95
Windjacken, imprägn. 9,75 7,75 6,50 5. 3,95
Waschanzüge f. Knab. . 5,50 4,50 3,50 1,95
Leichtenhosen, Wasch- u. Wollstoff nur 0,95
Sportblusen für Knaben . . . nur 0,95
Strickanzüge für Knaben . 3,95 2,95 1,95
Herren-Anzüge, neueste Muster 49,50 39,00 24,00 17,50
Sportanzüge, 2-, 3- und 4-teilig von nur 17,50 an
M. Preßler
Halle a. S., Kleine Klausstraße 17
1 Min. v. Markt, geg. d. Allgem. Ortskrankenk.
Das Spezialhaus d. Arbeiters

Fahrräder auf Teilzahlung!
Billigste Preise!
5 Jahre Garantie!
Sämtliche Zubehörteile
Fahrrad - Vertrieb
Weißenfels,
Dangenbrier Str. 10
Vertr. **Gustav Töpke**
Bestellungen nimmt entgegen Frau 695
Magda König,
Teuchern,
Schortauer Straße 1

Inserenten fordert Offerten über Drucksachen ein

Likörfabrik
F. G. Menge, Weißenfels
680
Weinkellerei

+ Frauen +
verlangt gratis sofort Prospekt über neuzeitliche Hilfsmittel zur persönlichen Hygiene der Frau 690
C. Klappenbach Nfg.
Fachgesch. u. Versandh.
Halle a. d. S.,
Große Ulrichstraße 41

Wanzen
nebst Brut vernichtet Pinnesol. Geruchlos Garantierter Erfolg! Tube 75 ₰ (ergibt 4½ Lit.) Allein zu haben in der Drogerie O. Kuhnt, Dresden, Gr. Plauenstraße 51 685

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten

Wir bitten um Ihren Besuch in unserem neuen

Ausstellungs- u. Verkaufsraum in Hettstedt, Markt 3

Jederzeit und unverbindlich erhalten Sie bei uns fachmännische Aufklärung, Beratung und Kostenangebote über

Gas- und Wasserinstallationen, Gasapparate, Bade- u. sanitäre Einrichtungen 708

Gasversorgung Mansfelder Land
G. m. b. H. Fernruf 273

Verlangen Sie ... Abbild. u. ...

Die lasierte Kü... auf Teilzahlu...
Anzahlung nur 50 M...
Wochenrate nur 5 M...
709 Lieferung auch nach auswärts, frei Haus ...
Eichmann & C...
Gr. Ulrichstr. 51 (Eingang Sa...)
Gr. Ulrichstr. 36

Geschäftsübernahme!
Der geehrten Einwohnerschaft von **Zeitz** und Umgegend teile ich hierdurch mit, daß ich mein Geschäft
Sanitäts-Molkerei, Zeitz, Posner Straße
am 11. Juni an Herrn **Wilhelm Buchterkirche** übergeben habe. Indem ich für das mir entgegengebrachte Vertrauen bestens danke, bitte ich dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen 688
Hochachtungsvoll **Ewald Görsig**
Bezugnehmend auf Obiges möchte ich die Einwohnerschaft von Zeitz u. Umg. bitten, das Herrn Görsig entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Mein höchstes Bestreben wird sein, alle Wünsche meiner Kundschaft zufrieden zu stellen
Zeitz, den 11. Juni 1929
Wilhelm Buchterkirche

Öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung findet am Dienstag, dem 25. Juni, 20 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaale hierselbst statt.
Teuchern, 14. Juni 1929. Der Stadtverordnetenvorsteher. Neundorf.

Zeitungsmaku...
billigst abzugeben
Lerchenfeldstraße 14 und ...

Allgem. Konsumverein Halle und Umgegend e. G. m. b. H.

Sonnabend, 6. Juli 1929
und Sonntag, 7. Juli 1929

7. Internat. Genossenschaftstag

Alles Nähere ist in unseren 54 Verteilungsstellen zu erfahren

Antreten zum **Kinderfackelzug:** Sonnabend 20 Uhr auf dem Paradeplatz. Antreten zum **Demonstrationszug:** Sonntag 11 Uhr Weingärtenplatz und Hallmarkt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0004

Tage
– Nr. 122

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Mit König nassauert im „republikanischen" Deutschland

König Fuad von Aegypten, der Vasall der britischen Unterdrücker, von den republikanischen Höflingen empfangen wurde

er Zeit, in der unser „Klassenkampf" verboten war, hat sich ed ereignet. Da ist in der vorigen Woche ein leibhaf- König, der Krone und Szepter noch sein eigen nennt, in shauptstadt eingetroffen. Unser Reporter hat es sich nicht lassen, den von den deutschen Republikanern aus diesem bereiteten Empfangsrummel aus der Nähe zu beobachten und ihr darüber zu berichten. Am vergangenen Montagvormittag ganze „republikanische" Deutschland, angeführt von sozial- ischen Kleinbürgern, nach dem Lehrter Bahnhof, wo starke der Schutzpolizei für die „reinliche Scheidung" zwischen den tanischen Höflingen und den neugierigen Unter- sorgten.

, einer der meist gehaßten Männer Aegyptens

ch kam Paulchen Loebe mit seinem ewig lächelnden Gesicht. hatte er die mit Blechbehang verzierten, monarchistisch en Reichswehroffiziere begrüßt, als auch die anderen rgenossen im steif gebügelten Bratenrock erschienen. Zuletzt denburg im gleichen Aufzug und dann ging das Theater

König von Aegypten, Fuad von Englans Gnaden, ch wie ein Pfannkuchen mit Beinen, die mit kostbaren en belegte Treppe hinauf, wo er durch Hindenburg den okratischen Ministern und den monarchistischen Offizieren

enburg und der Sozialdemokrat Otto Braun

„Verden" der deutschen Nation, in Erwartung ihres königlichen Gottes

wurde. Fuad machte den Eindruck eines biederen s mit dickem Bauch und aufgezwirbeltem Schnurrbart. Er den meistgehaßten Männern Aegyptens. Dort lich nirgends ohne eine, bis an die Zähne bewaffnete Leib- gen. Eine solche Garde und einen ganzen Stall von Hof- brachte er auch mit nach Berlin. Die deutsche Republik ja!

Empfang des ägyptischen Monarchen × auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin

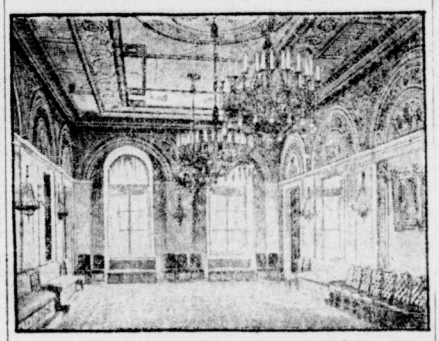
ung geleitet den Vasallen des englischen Imperialismus aus der Bahnhofshalle

Bei der Vorstellung des ägyptischen Königs erschauerten die Sozialdemokraten in Ehrfurcht. Sie haben ja keinen größeren Wunsch als den, vor ihrem Tode noch einmal ihrem König die Hand zu schütteln.

Vorerst hatte Herr Severing als Vorsitzender der Programmkommission dafür gesorgt, daß es dem ägyptischen Monarchen in den Mauern Berlins auch gut gefällt. Gleich bei der Begrüßung gab es Reichswehrparaden mit Tschingtarassabumm und dann wurde Fuad durch einen Wald ägyptischer Fahnen in das republikanische Fürstenquartier, das Prinz-Albrecht-Palais, transportiert. Es sei nur nebenbei erwähnt, daß für jede Fahnenstange, die man zu Ehren des dickbäuchigen Aegypters aufgestellt hatte, ein Dutzend Berliner Kinder eine Woche lang hätte ernähren können. Ebenso wollen wir nebenbei bemerken, daß Herr Severing bei einer bekannten Fahnenfabrik 700 ägyptische Nationalflaggen auf unsere Rechnung in Auftrag gab. Wir wollen gar nicht an die Summe des insgesamt verpulverten Geldes denken.

Im Verlaufe der ganzen Woche gab es Diners bei Hindenburg und Hermann Müller, Reichswehrübungen mit Zapfenstreichen, Galaopernvorstellungen und manches andere Theater. Fuad wird sich jetzt noch eine ganze Weile inoffiziell auf Kosten der deutschen Steuerzahler in Deutschland herumtreiben, um sich alsdann in der Tschechoslowakei durchzunassauern.

In diesen Tagen wird der ägyptische Nassauer auch im Leunawerk erwartet, wo er sich wahrscheinlich davon unterrichten lassen will, daß man in Aegypten außer britischen Bajonetten und Kriegsschiffen auch deutsche Giftgase zur Niederdrückung revolutionärer Bewegungen verwenden kann.



Wo Fuad mit seinem Troß kampierte

Das republikanische Fürstenquartier, das Prinz-Albrecht-Palais in Berlin

Glosse vom Tage

Der Skatklub

Wie ihn Theobald Tiger in der „Weltbühne" abmalt

Das machen sie alle Jahre so —
da halten sie ihren Parteitag
in Magdeburg oder Gütersloh
von Montag bis auf'n Freitag.

Der Hilferding lehrt; der Weis, der dröhnt;
der Heilmann wird peinlich hitzig;
Müller liest was vor und Breitscheid klöhnt
(für Gütersloh äußerst witzig).

Den Vorsitz führt ein redlicher Mann,
der mit der Geschäftsordnung gaukelt,
und dann setzt ein Kollege das Schlußwort an
das ist alles schon eingeschaukelt.

Es werden dieselben Bonzen gewählt,
die alten Zirkuspferde;
es werden dieselben Sprüche erzählt . . .
Hat dafür Bebel gearbeitet —?

Es braust ein Land in Unmut und Not —
die bewilligen ganze Flotten:
die schießen den Mann auf der Straße tot
und hausen wie Hottentotten.

Die werfen Milliarden zur Reichswehr hinaus
und küssen dem Papst die Hände —
die vertun unsere Zeit im Reichstagshaus . . .
Habt Ihr vergessen, daß Ihr Arbeiter vertretet —?

Ihr Funktionäre in Gummischuh'n!
Sieht man Euch so parlamentieren,
dann frag' ich mich: Was muß man tun,
um Euer Vertrauen zu verlieren?

Verrat. Die Steuern. Reichswehrbetrug.
Zörgiebel. Kreuzer. Noch nicht genug.

Die Stunde rennt,
Ihr pennt.

Aber das machen sie alle Jahre so —
da halten sie ihren Parteitag
in Magdeburg oder Gütersloh
von Montag bis auf'n Freitag.

Und das kämpft für den Zukunftsstaat —!
Fläschchen könnt Ihr spül'n. Aber nicht Skat.

Ab 1. Juli berichten wir alltäglich über 9 Männer im Eis

Neues aus aller Welt

Heute geht der Jakubowski-Prozeß zu Ende

Rettungsversuch des Staatsanwalts für die Neustrelitzer Justizmörder

In der Zeit, in der wir über den Jakubowski-Prozeß nicht berichten konnten, stellte es sich immer mehr heraus, daß Jakubowski unschuldig gemordet wurde. Aber noch am letzten Tage des Jakubowski-Prozesses verdächtigte der Oberstaatsanwalt Weber Jakubowski der Beteiligung am Kindesmorde, obwohl das Verhandlungsergebnis das Gegenteil ergab. Es schien, als ob der Oberstaatsanwalt auf einen Druck gewisser Stellen hin im letzten Augenblick versucht, mit allen Mitteln für die Neustrelitzer Justizmörder zu retten, was nur irgendwie zu retten ist. Der Prozeß soll heute zu Ende gehen und man sieht dem Urteil, das heute mittag verkündet werden soll, mit größter Spannung entgegen.

Tödlicher Absturz von zwei Rekordsegelfliegern beim Kriegervereinsrummel

Bei einem „Ehren"flug über das gestern frisch eingeweihte neue Kriegerdenkmal in Stuhem (Westpreußen) ist das Sportflugzeug „Marienburg" abgestürzt. Die Insassen, der Weltrekordsegelflieger Ferdinand Schulz und sein Begleiter, der Marienburger Segelflieger Bruno Kaiser, waren auf der Stelle tot. In etwa 50 Meter Höhe über dem Denkmalplatz lösten sich zum Entsetzen der Zuschauer die Tragflächen des Flugzeuges vom Rumpfe. Der Rumpf selbst sauste mit großer Geschwindigkeit ungefähr 50 Meter vom Denkmal entfernt auf den Marktplatz nieder.

Ein Sonntag der Flugzeugkatastrophen

Der gestrige Tag stand im Zeichen der Flugzeugkatastrophen. In Kassel stürzte ein zweiundzwanzigjähriger Zugsflieger mit einem Segelflugzeug senkrecht zur Erde. Er starb auf dem Transport zum Krankenhaus.

Ein Flugzeug gerät in Telephondrähte

Am Sonntagnachmittag wollte das Flugzeug des Anhaltischen Vereins für Luftfahrt, „Boelcke", nach beendetem Schulflug in Dessau landen. Dabei verfing es sich am Rande des Flugplatzes in den Telephondrähten und stürzte ab. Der Motor wurde herausgeschleudert und der Rumpf schwer beschädigt. Während der Führer mit leichten Verletzungen davon kam, wurde der Flugschüler (!), der 16jährige Schlosser Peters mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Tödlicher Absturz einer Fallschirmpilotin

Die bekannte Fallschirmpilotin Elly Tußmar aus München ist gestern in Chur bei einem Absprung aus einem Flugzeug mit dem Fallschirm in den Rhein gestürzt. Der Wind trieb Fräulein Tußmar gegen Wesen ab und in den Rhein, von dessen Fluten sie fortgerissen wurde.

Drei französische Flieger sind ganzbeinig über den Ozean gekommen

In der Freitagnacht ging das von der amerikanischen Küste aufgestiegene Flugzeug „Gelber Vogel" an der Nordküste von Spanien nieder. Damit ist der Ozeanflug der drei französischen Piloten Lotti, Assolan und Lefèvre geglückt. Die Flieger sind am Donnerstag in der vorigen Woche von Old Orchad im Staate Maine gestartet. Der ursprüngliche Plan, Paris direkt anzufliegen, mußte allerdings wegen zu starken Gasolinverbrauches aufgegeben werden.

Um das ziemlich abgeflaute öffentliche Interesse für abenteuerliche Ozeanflüge neu zu beleben, haben sich die französischen Piloten einen blinden Passagier mitgenommen und so konnte auch um diesen Ozeanflug sofort eine neue Sensation gewoben werden.

Der „Gelbe Vogel" und die drei Flieger

Der Expreßzug Limoges—Paris entgleiste in der Nähe des Bahnhofs St. Cyren Val, wobei 12 Personen schwer verletzt wurden.

Auf der Strecke Konstantinopel—Angora fuhr ein Personenzug auf einen Güterzug auf.

Der frühere General der Heilsarmee, William Booth, ist gestern abend gestorben.

Bei Kanalisationsarbeiten kamen in Marktheidenfeld am Main vier Arbeiter um. Beim Ausschachten des Kanalgrabens stürzte der Boden ein und begrub diese Arbeiter unter sich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0005

Die Werke der Stadt Halle verschachert!

Nur die Kommunisten gegen die Umwandlung in eine A.-G. — Die SPD. leistet Zutreiberdienste an das Privatkapital

In der am 13. Juni stattgefundenen Stadtverordneten-versammlung wurde die Vorlage des Magistrats zur Umwandlung der städtischen Betriebe in eine A.-G. in zweiter Lesung mit 33 gegen 20 Stimmen angenommen. Gegen die Vorlage stimmten neben drei bürgerlichen Stadtverordneten als geschlossene Fraktion lediglich die Kommunisten. Die Scharfmacher vom Ordnungsblock und ihre sozialdemokratischen Lakaien stimmten gemeinschaftlich für die Werks-A.-G., die der erste entscheidende Schritt zur endgültigen Auslieferung der städtischen Betriebe an das Privatkapital ist.

Die Agenten des Kapitals, die sich im hallischen Stadtparlament breitmachen, haben es unter aktiver Mithilfe der Sozialdemokratie nunmehr erreicht, daß die schon seit langem verfolgten und zum Teil bereits erreichten Ziele und Pläne der Schwerindustrie und des Großkapitals, Länder, kommunale Verbände und Gemeinden zu zwingen, ihre wertvollen Betriebe dem Privatkapital auszuliefern, auch in Halle in ein entscheidendes Stadium getreten sind. Wie gesagt, diese Politik ist nicht neu. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie haben hierzu schon längst in steter Zusammenarbeit den Boden vorbereitet, um die Habgier des Privatkapitals zu reizen und schließlich auch zu befriedigen. So hat zum Beispiel im vorigen Jahre der „Demokrat" Dr. Fischer, M. d. R., auf einer Tagung des „Hansabundes" offen die Ziele der Schwerindustrie auf diesem Gebiete zum Ausdruck gebracht. Ueberführung der Werke von Ländern und Gemeinden in Gesellschaftsform und damit Entziehung der Kontrolle der Vertretungskörperschaften, das ist das Ziel dieser großkapitalistischen Spekulanten. Die Sozialdemokratie kann dadurch, daß sie den kapitalistischen Staat, der das Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse ist, als „ihren Staat" erklärt und damit ihre „positive Staatspolitik" begründet, gar nicht anders handeln, als den Willen der kapitalistischen Machthaber, wie auf allen, so auch auf diesem Gebiete zu erfüllen. Diese Partei, die immer mehr mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwächst und deren „positive Staatspolitik" eben nur in der Jagd nach Staatspositionen und der Unterstützung aller Maßnahmen des bürgerlichen Machtapparates zur Unterdrückung und Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung besteht, ist selbstverständlich verpflichtet, auch die im Interesse der großkapitalistischen Gruppen liegenden Maßnahmen, bei einer allgemeinen Entkommunalisierung, bei der Verschacherung städtischen Eigentums für ein Butterbrot an das Privatkapital, zu unterstützen.

Das Verhalten der hallischen Sozialdemokraten bei der Verschacherung der Missionswerte der Stadt Halle ist ein Kapitel für sich. Durch dieses Verhalten haben sie sich vor den Augen der hallischen Bevölkerung endgültig als Schrittmacher und Hausknechte der scharfmacherischen Kapitalistenvertreter entlarvt. Diese sozialfaschistische Scharfmacherpolitik der SPD., die ja auf dem unlängst stattgefundenen Magdeburger Parteitag zum Prinzip erhoben wurde, bedeutet einen weiteren Beweis für die Unterstützung der Hungeroffensive des Trustkapitals durch die SPD. gegen das Proletariat.

Während die sozialdemokratische Fraktion bisher angeblich gegen eine Umwandlung der Werke der Stadt Halle in eine A.-G. war, zeigte sie in den letzten Sitzungen, in denen die Entscheidung gefällt wurde, ihr wahres Gesicht.

Als am 4. Januar d. J. die berühmte „Denkschrift" der SPD. gegen die Vorlage des Magistrats im „Volksblatt" veröffentlicht wurde, schrieben wir bereits zu dieser Zeit im „Klassenkampf", daß die SPD. schon nach geborsam zu ihren bürgerlichen Verbündeten hinüberschaukeln wird. Was wir vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Unter zynischer Mißachtung der Interessen der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der gesamten hallischen Bevölkerung hat sich die SPD. in den letzten Sitzungen für diesen schändlichen Plan entschieden und auch demgemäß beschlossen. Dieser jämmerliche Umfall zeugt davon, wie brutal und frech die sozialdemokratischen Schreihälse vorgehen, um den

Raubzug auf die Taschen der hallischen Bevölkerung

nur Tot werden zu lassen. Die Bevölkerung und die Belegschaften der städtischen Betriebe, die die Hauptleidtragenden dieses Beschlusses sind, werden früher oder später die Folgen noch deutlich genug zu spüren bekommen. Alle krampfhaften Beschönigungsversuche, die die Bürgerlichen und Sozialdemokraten momentan noch im Munde führen, werden daran nichts ändern.

Allein die Kommunisten haben unter rücksichtsloser Aufzeigung der wahren Absichten, die mit der Vorlage des Magistrats bezweckt werden, einen konsequenten und rücksichtslosen Kampf gegen die Verwirklichung derselben geführt. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte sich sofort nach der am 10. Juni stattgefundenen Sitzung, in der die Werks-A.-G. in erster Lesung beschlossen wurde, in einem Flugblatt an die hallische Bevölkerung und die städtischen Arbeiter gewandt und auf die Bedeutung dieses Beschlusses hingewiesen.

Was bedeutet die Umwandlung der städtischen Werke in eine A.-G.?

Sie bedeutet, daß die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten schutzlos der Willkür der privatkapitalistischen Machthaber dieser A.-G. ausgeliefert werden,

daß die stärkste Fraktion, die Vertretung der hallischen Arbeiterschaft, die kommunistische Fraktion, von jeder Mitbestimmungsmöglichkeit bei der Verwaltung der städtischen Werke ausgeschaltet wird.

Sie bedeutet, daß eine rücksichtslose Tarifpolitik durchgeführt werden wird, die sich in einer Erhöhung der Gas-, Strom- und Fahrpreise auswirkt.

Sie bedeutet, daß die besitzenden Schichten der Stadt Halle ihre Steuern niedrig halten können auf Kosten der werktätigen Bevölkerung.

Sie bedeutet schließlich, daß in nicht allzu ferner Zeit durch die Hereinnahme von Privatkapital in größerem Umfange Millionenwerte der Stadt endgültig an das Privatkapital verschleudert werden.

Die Behauptung der kommunistischen Stadtverordneten, daß es dem Bürgertum vor allem mit daran liegt, das Mitbestimmungsrecht der Vertreter der werktätigen Bevölkerung, also der Kommunisten, in dieser A.-G. restlos auszuschalten, wurde durch die Ablehnung des kommunistischen Antrages zu den Satzungen der A.-G. Werke, welcher besagte, daß acht Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle nach dem Stärkeverhältnis der Stadtverordnetenfraktionen in den Aufsichtsrat zu wählen sind, vollauf bestätigt.

Das reaktionäre Bürgertum und die Agenten des Großkapitals wissen, was sie von dieser Verwirklichung der Magistratsvorlage haben. Die Umwandlung der städtischen Werke in eine A.-G. bringt ihrer kapitalistischen Wirtschaft seite Profite. Die zum Teil erheblichen Betriebsüberschüsse der städtischen Betriebe, die in vielen Städten von den Werksdirektoren schon vielfach zur inneren Wertsteigerung der Anlagen benutzt wurden, werden zukünftig den kapitalistischen Profitjägern restlos zufallen. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Werks-A.-G. über kurz oder lang von den großkapitalistischen Spekulanten aufgefressen werden wird. Auch die Abänderungsanträge, die die SPD. noch in letzter Minute zur „Sicherung" des Aktienkapitals und der Interessen der Angestellten eingebracht hat, werden das nicht verhindern können. Denn zu welchem Zwecke hätte man denn sonst die städtischen Betriebe der A.-G. zu einem Gesamt-Aktienkapital von nur 12 Millionen überlassen, wo nach Schätzungen von Fachleuten der wirkliche Wert der Betriebe das vier- bis fünffache dieser Summe beträgt? Hieran ist mit aller Deutlichkeit die Linie dieser von der SPD. unterstützten Politik erkenntlich.

Der Hauptschlag ist den Vertretern des Privatkapitalismus gelungen und die SPD. ist mit fliegenden Fahnen in ihre Front eingeschwenkt. Die Bahn ist jetzt frei zur restlosen Auslieferung des städtischen Eigentums, der Missionswerte der Stadt Halle, an das Privatkapital!

Die Empörung unter der hallischen Bevölkerung, den Kleinhandwerkern und vor allem der städtischen Arbeiter und Angestellten ist sehr groß. Es kommt einer glatten Verhöhnung und Beschimpfung der gesamten hallischen Bevölkerung gleich, wenn der bürgerliche Stadtverordnete Hirsch, den unser Genosse Härtel mit Recht als einen Vertreter des Privatkapitals in Reinkultur bezeichnete, in der letzten Sitzung den Spruch: „Was der Bauer nicht kennt, frißt er nicht" zum Motto seiner scharfmacherischen Ausführungen machte. Jawohl, die Arbeiter, Angestellten und Kleinhandwerker werden das nicht fressen, was den Vertretern des Kapitals gut schmeckt und bekommt, nämlich die rücksichtslose Niedertrampelung ihrer Interessen zugunsten des kapitalistischen Profits.

Bei den kommenden Kommunalwahlen werden sie mit den bürgerlichen Herrschaften und ihren sozialdemokratischen Helfershelfern Abrechnung halten!

Wir lassen anschließend noch einen kurzen Bericht über die am Donnerstag stattgefundene Sitzung der Stadtverordneten folgen.

*

Sitzungsbericht

Die Sitzung wurde mit einer Verspätung von einer halben Stunde eröffnet. Auf den Tribünen, die stark besetzt waren, sah man neben vielen Arbeitern auch Vertreter des kleinen Handwerks und Angestellte der städtischen Betriebe. Der Vorsteher Bulse schlägt 20 Minuten Redezeit für jede Fraktion vor. Als erster Redner spricht Stadtv. Rechtsanwalt Hirsch, der sich nicht genug in Lobpreisungen über die Magistratsvorlage ergehen konnte. Ganz besonders wollte er es aber den Kommunisten wieder einmal sagen, die einfach bloß nicht verstehen wollen, was für eine „fortschrittliche Sache" die Vorlage sei. „Man müsse mit der Entwicklung gehen", rief Herr Hirsch unter allgemeinem Gelächter des Hauses aus. Die Kommunisten seien „Rückschrittler und Reaktionäre". Als Hirsch sogar noch über Konzentration und Konzernbildung zu reden anfing, wollte die Heiterkeit kein Ende nehmen. Die Rechte der Stadtverordneten würden nicht geschmälert, versicherte er dann mit Pathos. Genosse Höcker rief ihm hier entgegen: **„Aber man will keine Kommunisten zulassen!"** „Sie werden noch rasiert, Herr Höcker!", war die prompte Antwort des bürgerlichen Sprechers. Er hatte es aber doch unterlassen, auf den Zwischenruf unseres Genossen einzugehen.

Genosse Härtel knöpfte sich Herrn Hirsch noch einmal gehörig vor und legte noch einmal in knappen Sätzen den Standpunkt der Kommunisten zu der Vorlage dar.

Die Umwandlung der Werke in eine A.-G. ist nur ein Täuschungsmanöver.

Die Bevölkerung von Halle wird es erleben, daß man die Anleihegelder mit Unterstützung der SPD. zu dem schon seit Jahren geplanten Bau einer Stadthalle verwenden wird. Auch die Tariferhöhungen zum Nachteil der kleinen Verbrauchermassen werden nicht ausbleiben, ist es doch der Zweck dieser A.-G., gerade auf diesem Wege die berühmte „Rentabilität" und „bessere Geschäftsfähigkeit" der Werke zu erreichen. Genosse Härtel kennzeichnete dann den Inhalt der beiden Abänderungsanträge der SPD., die all die von den Kommunisten aufgezeigten Gefahren für die hallische Bevölkerung nicht beseitigen. Zum Schluß beantragte unser Redner namentliche Abstimmung.

Von der SPD. sprach darauf der Stadtv. Dürrfeld. Ausführungen waren ein klägliches Verlegenheitsstammel. So erklärte er u. a. folgendes: „Wenn wir die Vorlage stimmen, so wird sie von den Bürgerlichen angenommen." (!!)

Die ganze Unehrlichkeit und politische Unverfrorenheit der SPD. bestand aber darin, daß der Stadtv. Flücht, der [illegible] **die Denkschrift gegen die Vorlage eingereicht hatte, am Donnerstag extra von Bremen nach Halle gekommen war, um** [illegible] **lage mit durchpeitschen zu helfen!**

Das „Volksblatt" hat diese ungeheuerliche Tatsache [illegible] unterschlagen und in seiner Freitagausgabe beschwindelt [illegible] seine Leser, indem es schrieb, daß Flücht als „entschuldigt" [illegible] habe!

Nachdem Stadtv. Kilian noch gegen die Vorlage [illegible] hatte, wurde der Antrag der KPD. auf namentliche [illegible] angenommen. Auch die SPD.-Abänderungsanträge wurden genommen.

Der kommunistische Antrag zum Aufsichtsrat der A.-G. [illegible] Verhältniswahl der Aufsichtsratsmitglieder fordert, wurde [illegible] Stimmen des Ordnungsblockes abgelehnt! Auch die „Demokraten" stimmten gegen den Antrag! Die Kommunisten kennzeichneten [illegible] Handlungsweise dieser Sorte „Volksvertreter" durch [illegible] Zurufe! Genosse Lüttich erhielt einen Ordnungsruf.

Ebenso stürmisch ging es bei der namentlichen Abstimmung [illegible] die Vorlage zu. Als Flücht sein lautes „Ja" ausrief, [illegible] dies durch entsprechende Zurufe quittiert. Das Abstimmungsergebnis beantworteten die Kommunisten mit stürmischen Rufen. Busse erteilte dem Genossen Höcker hierbei einen Ordnungsruf.

Genosse Härtel gab darauf im Namen der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Erklärung

der Kommunistischen Fraktion zur Umwandlung der [illegible] schen Werke zu einer A.-G. Werke der Stadt Halle

Die Umwandlung der städtischen Werke der Stadt [illegible] eine A.-G. bedeutet einen bestimmten Vorstoß der privat[illegible]listischen Wirtschaft. Die Begründung hierzu, die von [illegible] und der zu Unrecht bestehenden Mehrheit, die als Vertreter [illegible] Kapitals im gegenwärtigen Stadtparlament von Halle [illegible] wird, ist nichts weiter als ein Täuschungsmanöver [illegible] die breite Masse der Werktätigen der Stadt Halle. [illegible] Deckmantel der Notwendigkeit einer Anleihe und der [illegible] bundenen erhöhten Wirtschaftstätigkeit der Werke [illegible] Befürworter der A.-G. die Mehrheit zu erhalten. [illegible] wird den Beweis erbringen, daß die Tarife insbesondere [illegible] Kraft, Licht und Straßenbahn erhöht werden, und [illegible] den Anleihemitteln eine nach Millionen lautende Summe [illegible] baut wird. Anstatt Mittel für Wohnungen, für ein [illegible] und soziale Fürsorgemaßnahmen bereitzustellen, sollen [illegible] zur Ausführung gebracht werden, die in keiner Weise [illegible] essen der breiten werktätigen Bevölkerung dienen. Die [illegible] Werke der Stadt Halle soll deshalb geschaffen werden, [illegible] Einfluß und die Mitbestimmung der Vertreter der [illegible] der KPD., endgültig auszuschalten.

Aber auch für die städtischen Arbeiter, Angestellten und [illegible] bedeutet die Umwandlung zur A.-G. trotz aller angeblichen [illegible] rungen eine weitere Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und erhöhte Ausbeutung.

Die Haltung der SPD.-Fraktion durch ihre Zustimmung [illegible] A.-G. ist ein weiterer Beweis für die vollkommene [illegible] dieser Partei in den kapitalistischen Ausbeutungsorganen. [illegible] SPD.-Fraktion hat durch ihren jämmerlichen Umfall [illegible] daß alle angeblichen Grundsätze von dieser Partei [illegible] Bord geworfen werden. Die sozialfaschistische Linie, [illegible] Magdeburger Parteitag der SPD. festgelegt wurde, [illegible] Halle jetzt von sogenannten linken Sozialdemokraten [illegible] Kommunalarbeit in der Praxis angewendet.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion.

Ihr könnt das Wort verbieten ...!

Der „Klassenkampf" auf drei Wochen verboten! Wie ein Alarmruf verbreitete sich diese Nachricht heute vor drei Wochen in Halle und im ganzen Bezirk. Just in dem Augenblick, wo in Magdeburg die Partei des Sozialverrats zusammentrat, um für die Zukunft die Politik des Panzerkreuzerbaues, der Förderung der Reaktion auf allen Gebieten, der Niederwerfung des klassenbewußten Proletariats mit diktatorisch-faschistischen Mitteln zum Programm zu erheben; just zu der Zeit des Konkordats-Abschlusses in Preußen und der Verschacherung der städtischen Werke der Stadt Halle an das Privatkapital; just in den Tagen, an denen die revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats, die KPD., ihren Parteitag abhält, wird das Sprachrohr der Werktätigen Mitteldeutschlands mundtot gemacht! Das war der Wille der Bourgeoisie, unseres Klassenfeindes, der allen Grund hatte, in einer Zeit solcher entscheidender Vorstöße gegen das Proletariat zu dieser Maßnahme zu greifen. Vollstrecker derselben war, wie das ja nicht anders sein kann, ein Sozialdemokrat, und zwar der in Magdeburg stationierte Oberpräsident Waentig. Das reaktionäre Bürgertum jubelte auf! Die sozialdemokratische Presse, vor allem das „Volksblatt", setzte mit einer schon längst vorbereiteten Verleumdungs- und Lügenkampagne gegen die Kommunistische Partei ein. Eine wahre Schlammflut von verlogenen und schmutzigen Anwürfen wurde von den schmierigen Gesellen im „Volksblatt" über die KPD. und den zum Schweigen verurteilten „Klassenkampf" ergossen.

Den Gipfel der Gemeinheit dieses heruntergekommenen Blättchens bildete aber die Behauptung, daß der „Klassenkampf" das Verbot „absichtlich provoziert" hätte. Wir wissen, daß kein anständiger Arbeiter auf einen solchen plumpen Schwindel hereinfällt, den diese politisch verkommenen Skribifaxe in Ermangelung sachlicher Argumente gegen die Kommunisten verbreiten. Die Arbeiter besitzen von selbst so viel politisches Urteilsvermögen, daß sie die Bedeutung und den wahren Zweck des „Klassenkampf"-Verbotes vollauf erkennen.

*

Ihr könnt das Wort verbieten, aber der Geist, der revolutionäre Kampfgeist des klassenbewußten Proletariats, ist durch keine Macht der Erde weder zu verbieten, noch totzukriegen. Dieser Geist lebt und wird noch Millionen von Proletariertherzen erfüllen trotz allen Terrors und aller Unterdrückungsfeldzüge der reaktionären Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien gegen die kommunistische Partei und ihre Presse. Dieser flammende Geist wird versöhnlichen Klassenkampfes wird unseren Kampf zum reichen Ende führen. Der „Klassenkampf" wird getragen von der revolutionären Tradition im mitteldeutschen Industriebezirk, der größten Rüstungskammer des deutschen Imperialismus. Dieser Geist wird weiter verbreiten und in alle Arbeiterwohnungen, in die Elendshütten der Ausgebeuteten hineintragen. Deshalb Genossen und Arbeiter, werbt und agitiert unermüdlich für den

„Klassenkampf"!

Drei Wochen verboten!

Der „Klassenkampf", das Blatt der Arbeiterschaft, wird, wenn er nicht verboten ist, durch die Klassenjustiz ständig zu hohen Geldstrafen verurteilt. Die Reaktion will es jetzt durch das Verbot finanziell ruinieren. Das darf nicht geschehen und wird nicht geschehen, wenn unsere Leser uns in jeder Beziehung die Treue halten. Tut Eure Pflicht, zahlt pünktlich alle rückständigen Abonnementsbeträge für Mai und Juni!

Unterstützt uns und werbt unermüdlich für den „Klassenkampf"!

Nationaler Burgfrieden

zugunsten des Stahlhelms

Zwischen den beiden nationalistischen Skandalblättern „Halleschen Zeitung" und der „Saale-Zeitung" [illegible] sich nun schon seit Jahren in den Haaren liegen und deren [illegible] Herren" vor Gericht manche liebliche Szene geliefert haben, [illegible] im Interesse der Wahrung der „nationalen Würde" ein Burgfrieden geschlossen worden. Die Leitung dieser Unternehmungen ist [illegible] einigen Wochen in neue Hände übergegangen, die der Meinung [illegible] daß Streitigkeiten zwischen beiden Blättern und deren Vertretern [illegible] an Gerichtsstelle „den von ihnen vertretenen nationalen Sache [illegible] abträglich sind". Deshalb ist man dazu übergegangen, [illegible] gleich abzuschließen. Die „Hallesche Zeitung" hat nach [illegible] folgende „besondere" Verpflichtung übernommen: [illegible] „Hallesche Zeitung" und die „Saale-Zeitung" haben [illegible] zwischen ihnen schwebenden Streitfragen vereinbart. [illegible] Zeitung" hat aus der Geltendmachung gewisser ihr [illegible] erkannter Schadensersatzansprüche verzichtet, mahnegegen [illegible] ihre Zeitung" die Verpflichtung übernommen hat, einen [illegible] Betrag an eine vereinbarte nationale Stelle abzuführen.

Die „vereinbarte nationale Stelle" wird natürlich [illegible] anderes als der Stahlhelm sein. Alle Arbeiter, [illegible] und Beamte, die diese nationalistischen Hetzblätter, die [illegible] faschistischen Wehrverbände unterstützen, noch lesen, [illegible] erst recht aus dem Hause werfen und dafür das Blatt [illegible] tätigen, den „Klassenkampf", abonnieren.

Halle vor einem „großen Ereignis"

Großes Heil soll der Stadt Halle widerfahren. Der [illegible] von den obersten „republikanischen" Würdenträgern [illegible] demokratischen Ministern mit großem Pomp empfangene [illegible] Bahnhof abgeholte!) ägyptische König Fuad soll, [illegible] und lebt, der Saalestadt einen kurzen Besuch abstatten. [illegible] liegt zwar eine Bestätigung dieser „Freudenbotschaft" [illegible] vor. Aber alle königstreuen und monarchistenfreundlichen [illegible] hoffen mit Bestimmtheit darauf. Zu ihnen gehört auch [illegible] das „Volksblättchen", das vor Entzücken in die Hände [illegible] ausruft: „Wird das eine Freude geben!" Wie verlautet [illegible] sichtigt F. O. H. Schulz seinen Urlaub zu unterbrechen, um [illegible] eigener Person diesem Ereignis in Halle beizuwohnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0006

Opfer des Alkohols

Der Ehebruch seiner Frau hatte es ihm angetan. Er ergab sich Alkohol und geriet dadurch auf schiefe Bahn. Auf Kneipen und Bierreisen stahl er, wenn die Mittel ausgegangen waren seinen Kumpanen in zwei Fällen die Uhr. Einen Dritten bestahl er dann noch um 322 Mark, indem er ihm zehn Zentner Zucker vermitteln wollte. Die Summe ging natürlich schnell zur Neige und der Zucker blieb aus. Anzeige wurde erstattet.

Am Sonnabend stand nun der 42jährige Monteur Sch. aus Halle vor dem hallischen Schöffengericht. Er gab die ihm zur Last gelegten Unterschlagungen und Diebstähle zu. Da er bei allen Handlungen unter dem Einflusse des Alkohols gestanden hatte, konnte man Sch. letztmalig mildernde Umstände zu.

Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung der drei Wochen Untersuchungshaft.

Kinderwanderung der IAH.

Die IAH-Ortsgruppe Ammendorf unternahm am Freitag, den 14. Juni, eine Kinderwanderung nach Rattmannsdorf. Abend 100 Kinder hatten sich eingefunden. Außerdem noch einige Mädchen, Frauen und Männer. Gegen 2 Uhr wurde aufgebrochen. Die Teilnehmer von Beesen schlossen sich am „Grünen Haus" in Beesen an. Nun ging es mit fröhlichem Gesang an der Elster entlang auf Nötzig zu, über die Wiesen nach Rattmannsdorf. Nachdem man sich hier etwas gestärkt hatte, wurden Spiele veranstaltet, wobei die Jugend, Burschen und Mädchen, helfend eingriffen. Als sich dann jedes Kind noch so viel Flüssigkeit erholt hatte, wurde gegen 6 Uhr der lustige Haufen wieder angetreten. Befriedigt nahm jeder Abschied mit dem Versprechen, bald wieder eine Kinderwanderung zu unternehmen. Die Eltern, beschäftigt, noch mehrere solche Wanderungen zu veranstalten und dieselben rechtzeitig bekanntgeben.

Hallische Tageschronik

Unfälle auf der Straße

Am 15. Juni gegen 17.15 Uhr wurde in der Magdeburger Str., am Grundstück Nr. 56, ein Schüler, bei dem Versuch, den Fahrdamm zu überqueren, von einem Motorradfahrer umgefahren. Der Junge kam ohne Verletzungen davon. — Am 15. Juni gegen 19.30 Uhr wurde an der Ecke Kurfürstenstraße und Reilstraße ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen angefahren. Der Radfahrer erlitt am rechten Schienbein schwer verletzt, und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Am 15. Juni gegen 19 Uhr stießen am Kannischen Platz eine Kraftdroschke und ein Radfahrer zusammen. Am Kraftwagen wurde die Windschutzscheibe zertrümmert. Der Radfahrer trug starke Schnittwunden am Kopf und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Am Sonntag gegen 19.45 Uhr stürzte in der Artilleriestraße ein Radfahrer. Er brach sich den rechten Oberschenkel und wurde zum Krankenhaus „Bergmannstrost" gebracht.

Selbstmord in der Saale

Am 15. Juni gegen 22.30 Uhr sprang an der Peißnitzspitze eine weibliche Person im Alter von 55 bis 60 Jahren in selbstmörderischer Absicht in die Saale. Der Lebensmüde wurde von einem Passanten und einem Polizeibeamten aus der Saale gezogen. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Unfall eines Arbeiters. Am 15. Juni, gegen 10.45 Uhr, fiel ein Arbeiter beim Abladen von Kohlen vor dem Grundstück Nr. 5 ein etwa ½ Zentner schwerer Kohlenkasten auf den Fuß. Dem Mann brach anscheinend der Fuß. Er mußte dem Bezirkskrankenhaus gebracht werden.

Leichnam aufgefunden wurde am 15. Juni gegen 21.45 Uhr auf der Straßenbahnung, vor dem Denkmal, ein 17jähriger Mann. Nach Angaben soll er von der Treppe des Denkmals abgestürzt sein. Der Mann wurde zur Universitätsklinik gebracht.

Brücke der Verkehrskanzel. Am 17. Juni gegen 4.45 Uhr ist die Verkehrskanzel am Leipziger Turm von einer Kraftdroschke umgeworfen und vollständig zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt.

Brennende Sägespäne. Am 16. Juni gegen 19 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Seebener Straße gerufen. Dort waren in einem Keller Sägespäne in Brand geraten. Nach einstündiger Arbeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

Diebstahl. In der Nacht vom 15. zum 16. Juni wurde in der Wohnung Wörmlitz in den Garten eines Gärtners eingestiegen. Es wurde eine größere Menge Erdbeeren gestohlen.

Schlägerei mit schlimmen Folgen. Am 17. Juni gegen 2.45 Uhr entstand in der Albrechtstraße zwischen zwei Männern eine Schlägerei. Hierbei wurde eine große Schaufensterscheibe eingeschlagen. Beide Männer trugen Verletzungen davon.

Achtung, Mitglieder des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung!

Denkt daran, daß am Mittwochabend im „Volkspark" eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet, die von äußerster Wichtigkeit ist!

Theater, Konzerte, Vorträge

Walhalla-Theater

In der zweiten Hälfte des Monats Juni wartet das Walhalla-Theater mit einem reichhaltigen Varieté-Programm auf, das in jeder Hinsicht als erstklassig angesehen werden kann. Withworth and Co., „der Mann mit den Hosen" vollführt einen nervenanspannenden Balancekoft auf Weingläsern. Die zwei Sewalds erobern sich als Accordeon-Virtuosen durch ihre meisterhaften musikalischen Leistungen schnell die Herzen der Zuhörer. Stürmische Lachsalven lösen Maurice and May mit ihrer komischen Radfahrnummer, die mit einem Salto mortale mit dem Rad über einen Tisch abschließt, aus. Gebrüder Friedts mit ihrer fabelhaften humoristischen Akrobatik; Brix and Partner die goldenen klassischen Athleten; Pola Nery in dem phantastischen Lichtbild-Akt: „Träume von Licht und Schönheit"; die Tanz-Exzentriker Walking Brothers; Brick Koromin und Salem die in ihrem Springakt nur so durch die Luft wirbeln, und schließlich das drollige und unterhaltende Dressur-Kabarett von Ellen und Thea Oktavio, bringen durchweg Glanzleistungen zustande.

Im Rahmen dieses Programms tritt die „Großrussische Jazz-Symphonie-Revue Mitja Nachmanioff" auf. Nachmanioff, der das einzige noch lebende Mitglied der Hofkapelle des Zaren ist, hat, nachdem er nach Ausbruch der Oktober-Revolution 1917 nach Sibirien verbannt wurde, aus „heimatlos gewordenen Landsleuten" (!!) wie er selbst schreibt, in Berlin dieses Orchester zusammengestellt. Mussolini hat der Kapelle schon ein „überaus freundliches Anerkennungsschreiben" zukommen lassen. Eingeschworene Feinde des Sowjetsystems, deren musikalische Leistungen zwar auf beachtlicher Höhe stehen, sind es, die bei ihrem Auftreten in den kapitalistischen Ländern ihre sowjetfeindliche Haltung offen zum Ausdruck bringen. —th—

Aus dem Saalkreis

Sozialfaschistische Methoden des Landrats Streicher in der Döllnitzer Gemeinde

Die Sozialdemokraten gehen jetzt dazu über, den auf ihrem Parteitag in Magdeburg festgelegten sozialfaschistischen Kurs überall in die Praxis umzusetzen. Herr Streicher, seines Zeichen sozialdemokratischer Landrat des Saalkreises, hat in Döllnitz bereits den Anfang gemacht. Bekanntlich war das Amt des Gemeindevorstehers durch freiwillige Niederlegung des bisherigen Gemeindevorstehers vakant geworden. Landrat Streicher berief nun die Schöppen ins Landratsamt, um mit ihnen zu verhandeln. Er stellte an sie das Ansinnen, das Amt des Gemeindevorstehers bis zur Kommunalwahl kommissarisch verwalten zu lassen, was die Schöppen jedoch ablehnten. Daraufhin erschien Streicher selbst in der neuen Schule in Döllnitz, um erneut zu verhandeln. Wer nun geglaubt hat, daß er sich hierbei an die stärkste Fraktion im Kommunalparlament, an die kommunistische Fraktion wenden würde, hatte sich schwer getäuscht. Herr Streicher begab sich zu niemand anderem, als ausgerechnet den Vertretern der Nationalsozialisten, die in der Fraktion zwei Mann stark sind. Als ein Nationalsozialist Streicher darauf aufmerksam machte, daß er doch auch mit der Fraktion der Arbeiterschaft in Verbindung treten und verhandeln müsse, soll er erwidert haben: **„Ich habe Interesse daran, keine Leute von Links auf diesen Posten zu sehen."** Streicher ging aus diesem Grunde mit Beyer vor die Tür, aber vor derselben waren Augen und Ohren, die alles sahen und hörten.

Herr Streicher hat also kein Interesse daran, sich an die Döllnitzer Gemeindevertreter zu wenden, sondern er diktiert einfach über den Kopf des Gemeindeparlaments hinweg. Und das Dollste dabei ist, daß er sich ausgerechnet einen Faschisten als kommissarischen Gemeindevorsteher bis zur Kommunalwahl aussucht.

Von nun ab wird der kommissarische Gemeindevorsteher Beyer getreu seiner faschistischen Gesinnung und der des Herrn Landrats Streicher in Döllnitz regieren. Streicher wird sehr zufrieden sein können mit ihm. Die Döllnitzer Arbeiter werden aber dieser Sorte Gemeindevertreter sozialdemokratischer und faschistischer Couleur bei den kommenden Gemeindewahlen die gebührende Antwort erteilen. Jeder ehrliche sozialdemokratische Arbeiter muß sich mit Abscheu von solchen korrumpierten sozialfaschistischen Methoden seiner Führer abwenden. Nur die Kommunistische Partei ist die einzige und wahre Vertreterin der Arbeiterklasse.

Ammendorf. Sturz eines Radfahrers. Am 15. Juni gegen 14.30 Uhr stürzte in Ammendorf in der Beesener Straße, vor dem Grundstück Nr. 6, ein Radfahrer. Er zog sich eine Kopfverletzung zu und mußte sich ärztlich behandeln lassen.

Rundfunk-Programm

Regelmäßige tägliche Programmfolge

Montag bis Sonnabend: 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 bis 13.45 Uhr: Mittagsmusik. Dazwischen 12.50 Uhr: Wettervoraussage; 12.55 Uhr: Ravener Zeitgeschichte; 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.45 Uhr: Glückwunschfunk der Woche. 14 Uhr: Funkwerbenachrichten. 17.45 Uhr: Funkwerbenachrichten. (Dienstags 18.55 Uhr, Freitags 18.20 Uhr.) 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. (Dienstags 18.55 Uhr.) 18.55 Uhr: Arbeitsnachweis.

Montag, 17. Juni

12 bis 13.45 Uhr: Schallplattenkonzert. 13.45 Uhr: Glückwunschfunk der Woche. 14 Uhr: Funkwerbenachrichten. 14.05 Uhr: Mitteilungen des deutschen Landwirtschaftsrates. 15 Uhr: Literarische Zeitschriften". 16 Uhr: Englisch. (Kulturkundlich-literarische Stunde.) (Deutsche Welle, Berlin.) 16.30 Uhr: Konzert. Leipziger Rundfunk-Orchester. 17.45 Uhr: Funkwerbenachrichten. 18.30 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18.30 bis 18.55 Uhr: Englisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin.) 18.55 Uhr: Arbeitsnachweis. 19 Uhr: „Die Pyramide der Weltanschauungen, IV.: „Die energetischen Weltanschauungen." (Englische Uebertragung auf die Sender Königsberg, Danzig, München, Nürnberg, Augsburg und Kaiserslautern.) 19.30 Uhr: „Tropische Landschaft und Menschen in Java." 20 Uhr: Heiteres mit eigenen Werken. Leipziger Rundfunk-Orchester. 21 Uhr: Die Nacht vor dem Fest. Drama in neun Bildern von Alfred Wolfenstein. Personen: Jude, der Vorsteher; Knecht; Der Richter; Der Aufseher; Schmidt; Mete; Ein Mädchen; Vorstellungerin; Fellgöhr. Zeit der Handlung: Unsere Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. 22.30 Uhr: Zeitangabe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Für Dienstag: Bei Nordwestwinden etwas kühler, heiter bis wolkig und trocken.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Erich Wehnke, Halle, für Lokales und Sachsen; Kurt Kuhn, Merseburg, für Provinz (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Nordhausen); Marianne Gundermann, Halle, für Provinz (Bitterfeld, Wittenberg, Zeitz, Torgau); Fritz Wenling, Halle, für Proletarische Revolutionäre Sport; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Krob, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Halle. Heute, Montag, 20 Uhr Fortsetzung des Betriebsfunktionärkursus in der Produktion.
Halle. Heute, Montag, 20 Uhr Organisationskursus im „Volkspark".

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Wülberg-Wörmlitz. Dienstag, 18. Juni, 19 Uhr, Funktionärsitzung bei Rauschenbach.
Ammendorf. Mittwoch, 19. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Burgschlößchen". Bericht vom Reichsparteitag.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mittwoch, 19. Juni, Betriebsratssitzung in der „Funkenburg".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Heute, Montag, 19 Uhr Betriebsratssitzung in der „Handelsbörse".
Zeitz. Heute, Montag, 20 Uhr Stadtleitungssitzung.
Zeitz. Mittwoch, 19. Juni, 20 Uhr, Frauenversammlung in der „Kaffeehänke".
Naumburg. Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. Juni.
Weißenfels. Mittwoch, 19. Juni, Mitgliederversammlung.
Naumburg. Frauenversammlung Mittwoch, 19. Juni, 20 Uhr.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Mittwoch, 19. Juni, 20 Uhr, im „Volkshaus" Sitzung der Chemiebetriebsräte.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Mitteilungen der BL. Die Bezirkskonferenz beginnt Sonnabend um 19 Uhr im „Volkspark". Keine Gruppe darf fehlen.
Halle. Heute pünktlich 20 Uhr Kassierleitung in den bekannten Lokalen.
Halle. Dienstag ab 19 Uhr auf der Delitzsch Straßen.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Leschnerstraße 14

Mitteilungen der BL. Sendet sofort die Fragebogen ein. Alle Gruppen, die in ein Ferienlager fahren, melden das sofort der BL.
Halle. Heute, Montag, treffen sich alle Genossen vom Norden 18 Uhr im „Volkspark".
Halle. Mittwoch Gruppenversammlungen. Westen und Zentrum 18 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft; Süden 18 Uhr im „Thüringer Schlößchen".

Bund der Freunde der IAH

Wittenberg. Dienstag, 18. Juni, 20 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Cuvenhaus.
Holzweißig. Mittwoch, 19. Juni, 20 Uhr, im Lokal Bildhof Mitgliederversammlung der IAH. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Aus dem Geschäftsverkehr

Das neue Werk der G. A. Hanemacher G. m. b. H. ist in Betrieb genommen. Diese großzügige Schöpfung ist nicht nur vorbildlich in ihren hygienischen Einrichtungen und in der Zahl ihrer Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern die konstruktive Lösung aller technischen, hygienischen und rationellen Einrichtungen steht beispielos auf dem Gebiete der Kautabakfabrikation da. Interessenten können sich Hanemacher-Freunde durch einen Rundgang durch das neue Werk überzeugen. Die Stadt Nordhausen ist durch den Neubau um ein Stück modernster Schönheit und die Kautabakindustrie um eine vorbildliche Fabrikanlage reicher geworden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0007

Händel als Vorkämpfer der Freihei

Eine Untersuchung von Geschichtsfälschungen in der bürgerlichen Händel-Forschung und -Bearbeitu

Von Marianne Gundermann

Vom 31. Mai bis 2. Juni fand in Halle das 3. Händel-Fest der Deutschen Händel-Gesellschaft statt. Anläßlich dieser Veranstaltung sollte der erste Teil eines Aufsatzes erscheinen, der die heute übliche Händel-Bearbeitung und Händel-Forschung historisch-materialistisch untersucht und zu dem Ergebnis führt, daß nicht die herrschende bürgerliche Klasse, sondern allein das Proletariat Anspruch darauf erheben darf, Händels musikalisches Erbe anzutreten. Das für drei Wochen vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Prof. Wuentig, ausgesprochene Verbot des „Klassenkampf" verhinderte bisher das Erscheinen dieses Aufsatzes, ebenso wie eine Stellungnahme zum Händel-Fest selbst. Erst jetzt, nach Aufhebung des Verbots, ist die nachträgliche Veröffentlichung möglich. Red. „Klassenkampf".

In dem Maße, wie sich der neudeutsche Imperialismus entwickelt, wie er Rüstungsprogramme entwirft und sich Expansionsmöglichkeiten zu schaffen versucht, baut die deutsche Bourgeoisie auch die „Kultur" den politischen Notwendigkeiten des Imperialismus entsprechend aus. Literatur- und Theaterbetrieb, die hemmenden Schutz- und Schundparagraphen, Zensur und Gotteslästerungsprozesse zeugen davon. Die geistigen Aeußerungen des Klassenbewußtseins im Proletariat werden damit ebenso wie die grob-materiellen gewaltsam niedergehalten, und dafür wird den Massen ein Surrogat von Kunst geboten, das einzig die bürgerliche Ideologie, entsprechend den Notwendigkeiten des Imperialismus, enthält.

Die deutsche Trustbourgeoisie, die in Wahrheit die Hand am Hebel des Staatsapparates hält, wälzt alle Reparationslasten auf die Massen der Werktätigen ab, ohne selbst zu ihnen beizutragen, ja, um sogar auch daraus zu profitieren. Sie ist dazu imstande dank gewisser relativer Stabilisierungsmöglichkeiten, die ihnen ausländisches Finanzkapital und im Innern der Reformismus verschafft haben. Jede Lohnreduzierung und Arbeitszeitverlängerung, jede Zoll-, Steuer- und Eisenbahntariferhöhung usw. wird der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum mit dem Hinweis auf den Versailler Frieden schmackhaft zu machen und die trotzdem sich noch ergebende Empörung gegen deutsche und internationale Ausbeuter wird in Nationalitätenhaß abzubiegen versucht, während die nationalistischen Ausbeuter im Völkerbund und auf Wirtschaftskonferenzen miteinander Verhandlungen führen — soweit es die Konkurrenzspannungen auf dem Weltmarkt erlauben. Diese sich immer mehr entwickelnden, sich gegenseitig ergänzenden und einander durchdringenden Faktoren haben dahin geführt, Deutschland wieder aktiv bei den Auseinandersetzungen der Großmächte auftreten zu lassen, obschon es noch keinen selbständigen Vollimperialismus betreiben kann. Dieser Mangel an Selbständigkeit erzeugt die völkische Phrase von der „nationalen Versklavung Deutschlands", die, planmäßig vom Unternehmertum ausgenutzt, dazu dienen soll, von der Erkenntnis der klassenmäßigen Zusammenhänge abzulenken.

Das ist der politisch-ökonomische Rahmen, in dem die Aufrüstung der Gehirne für den kommenden Krieg betrieben wird. Schule, Kirche, Presse sind da einbezogen, und was sich, wie angedeutet, in Literatur und Theater ausdrückt, zeigt sich nicht weniger in der Musik. Besonders auf diesem Gebiet holt man sich Waffen aus dem Arsenal der klassischen Kunst, um das gesteckte Ziel nationalistischer Beeinflussung zu erreichen.

Nun ist es nicht etwa so, daß jeder Kulturbeflissene hier bewußt oder als direkter Interessent handelt. Die bürgerliche Intelligenz handelt oft unbewußt. Sie hält ihr Wirken für absolut neutral, tendenzfrei, künstlerisch rein und rein künstlerisch, und besonders was die Musik angeht, da wird die These l'art pour l'art mit Vehemenz verfochten. Zeitgebundenheit, Zeitbedingtheit, d. h. der unbedingte Zusammenhang der Kunst mit historisch gegebenen politischen und ökonomischen Verhältnissen, werden theoretisch rundweg abgeleugnet, während die bürgerlichen Künstler und Wissenschaftler diese von ihnen aufgestellte Theorie in der Praxis jeden Augenblick zerschlagen. Wer das ausspricht, wer erklärt, daß die Kunst jeder Epoche den Interessen der jeweils herrschenden Klassen entspricht und dient, wird der Profanierung heiligster Güter beschuldigt. (Das war übrigens schon immer so, und Händel, um das es hier geht, hatte unter dieser Beschuldigung ebenso zu leiden wie ein von Zörgiebels Zensur verfolgter proletarischer Dichter). Trotz diesen Sicheinspinnen in Weltfremdheit, in Kathederweisheit, in Abstraktionen werden diese Menschen keinen Augenblick von ihrem bürgerlichen Klasseninstinkt verlassen, und weil bürgerlich heute gleichbedeutend ist mit reaktionär (entsprechend der ökonomischen Situation, in der wir uns befinden), deshalb wird heute auch die Kunst in den Händen des Bürgertums reaktionär.

Wo die Kunst seiner eigenen Klasse einmal revolutionär gewesen ist, in der Zeit seines Aufstiegs, als es im Kampfe gegen Feudalismus und Absolutismus von einer unterdrückten zu einer herrschenden Klasse wurde, da muß heute die Geschichtslüge herhalten, um die revolutionäre Vergangenheit zu verwischen. Schon Lessing kämpfte gegen die Geschichtslüge an (wir leben ja in einem sogenannten Lessing-Jahr, dessen zu gedenken die deutsche Republik anbefohlen hat) und darum wurde er selbst ihr Opfer. Erst ein Geschichtsforscher des Proletariats, Franz Mehring, mußte ihn von der Geschichtslüge lösen, aber er konnte nicht verhindern, daß sie heute wieder in vollem Umfang auflebt. Die Geschichtslüge wird erst endgültig verschwinden, wenn die Bourgeoisie vom Proletariat besiegt ist, wenn die Verdienste um die wissenschaftliche Forschung Mehrings nicht mehr von bürgerlicher Wissenschaft überwuchert, sondern freigelegt und durch die herrschende Arbeiterklasse tatsächlich unterbaut worden sind.

Die Geschichtslüge entsteht meist dadurch, daß kleine, scheinbar unwesentliche Züge eines Kunstwerkes verändert werden. Dadurch verliert das Ganze seinen spezifischen Charakter, und das ehemals revolutionäre Werk ist in einen Gebrauchsgegenstand zu nationalistischen Zwecken umgewandelt. So hat man es auch mit dem Werk Georg Friedrich Händels, des monumentalsten aller Musiker, getan.

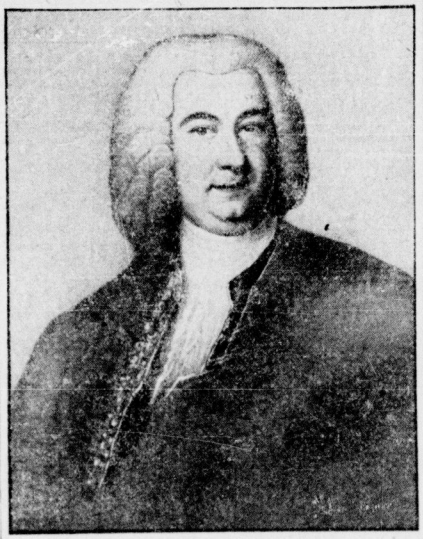
★

170 Jahre nach seinem Tode — Händel starb am 14. April 1759 — erscheint es endlich an der Zeit, die Legende zu zerstören, die sich um sein Leben und seine Musik gebildet hat und die in der sogenannten Händel-Renaissance ihren Höhepunkt findet; nach den Worten Romain Rollands „mit der falschen Vorstellung von einem moralisierenden und erbauenden Händel aufzuräumen, die den Komponisten des „Messias" erdrückte". Rolland liefert in seinem 1910 erschienenen Buch „Das Leben G. F. Händels" übrigens Material in reicher Fülle und großer Prägnanz, das der historisch-materialistischen Geschichtsforschung dient. Deshalb soll den folgenden Ausführungen seine Schlußfolgerung über Händels Leben und Werk vorangestellt werden. „Sprecher der Volksseele" nennt der französische Dichter den deutsch-englischen Musiker und schließt: „Beethoven allein ist in seinen mächtigen Spuren weitergegangen auf dem Wege, den Händel sich gebahnt hat."

Es gibt nichts Besseres, was Händel dem Verständnis der arbeitenden Massen nahebringen könnte, als diesen Ausspruch. Bei Interpretation von Beethovens Musik ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, ihren revolutionären Charakter zu betonen. Von Mozart ist zumindest die revolutionäre Tendenz des „Figaro" bekannt. Sollte man da nicht erkennen und anerkennen wollen, daß Händels Bedeutung in dieser Richtung über das Beethovens hinausgeht, weil er ja erst den Weg gebahnt hat, auf dem Beethoven weiterschreiten konnte? Um so gefährlicher und bekämpfenswerter sind die zumeist geglückten Versuche, eben jenen „moralisierenden und erbauenden" Händel aus dem Menschen zu machen, der in der Tat „einem antiken Rhetor" gleicht, welcher „neben der Formkultur den Instinkt für die lebendige und zündende Wirkung seiner Rede besitzt". Rolland, der auch diese Charakteristik gibt, fügt hinzu: „Unsere Zeit hat den Sinn für diesen Typus des Künstlers verloren, für den reinen Künstler, der von Volk zu Volk spricht, nicht für sich und einige Gleichgesinnte. Heute schließen sich die reinen Künstler ab, und die zum Volke sprechen, sind häufig nichts anderes als Taschenspieler." — Dies 1910.

★

Daß Händel der erbauende und moralisierende Musiker nicht ist, beweist nicht nur sein Leben und Schicksal, sondern schon die relativ geringe Anzahl seiner religiösen Kompositionen. Ihm lag so wenig an ausgesprochener Kirchenmusik, daß er beispielsweise nichts von den Werken aufbewahrte, die er als Sechszehnjähriger für die hallische Domkirche schreiben mußte, obschon er Themen, die musikalisch wertvoll waren, in spätere Werke hinübergerettet hat. Abgesehen davon, daß er 40 Opern schrieb, müssen seine 32 Oratorien ebenso wie die Orgelkonzerte unbedingt zur weltlichen Musik gezählt werden. Sie atmen den freiheitlichen Geist, der unsere Bejahung hervorruft, wie er zu Händels Lebzeiten den schärfsten Widerstand der Kirche und der anderen herrschenden Mächte hervorgerufen hatte.



Georg Friedrich Händel

(nach dem Gemälde eines unbekannten Meisters im hallischen Museum in der Moritzburg. Das Bild wurde 1885 aus Privatbesitz angekauft.)

Dieser Widerstand ist allmählich verschwunden und an seine Stelle ist Anerkennung getreten; aber in einer Form, die den Charakter des Künstlers vollständig verfälscht. Aus dem Sänger der großen bürgerlichen Revolution in England — Händel war für die Musik seiner Zeit, was Milton für die Literatur war — machte man sich einen braven Kirchenkonzertanten zurecht. Die symbolische Bedeutung seiner Massenchöre, die in fast allen Oratorien die Handlung bestimmen und sie nicht etwa nur begleiten, wird zu einer Sache der Kunstfertigkeit herabgeschraubt. Die entwicklungsgeschichtlichen Unterschiede zwischen Händel und Bach, die für den Marxisten als Folge ökonomischer und gesellschaftlicher Ursachen klar zutage liegen, werden durch die bürgerliche Musikwissenschaft von mystischen, gefühlsmäßigen Vergleichen umnebelt. Die Geschichtslüge, die sich der allgemeinen Händel-Forschung bemächtigte, hat in diesen Jahren der sogenannten Händel-Renaissance ihren Höhepunkt erreicht.

Das beweisen nicht allein Festreden und Publikationen der neueren Zeit, sondern es kommt am sinnfälligsten bei den Aufführungen von Händels Werken selbst zum Ausdruck. So hat sich die Verfälschung vor allem des Freiheits-Oratoriums „Judas Makkabäus" bemächtigt. Wir können hier genau den Weg verfolgen, den das Bürgertum eingeschlagen hat, um eine revolutionär gemeinte Sache für die jetzt herrschende Reaktion nutzbar zu machen. Ganz im Sinne des deutschen Imperialismus wird „Judas Makkabäus" zum Tendenzwerk für die nationalistischen Ziele der deutschen Bourgeoisie gestempelt und besonders seit Beendigung des Weltkrieges an Bußtagen in den Kirchen aufgeführt.

Bei diesen Aufführungen wird nach Möglichkeit alles vermieden, was an den echten Händel erinnern könnte. Einleitungen, die den Texten und Auszügen beigegeben sind, interpretieren ganz schief von der ehemals nationalen zur nationalistischen Seite hin. Außerdem wird auf Uebersetzungen zurückgegriffen, die den revolutionären Geist zu verhüllen trachten, und weil das nicht durchweg möglich ist, werden die Stellen weggelassen, die den revolutionären Charakter von „Judas Makkabäus" am stärksten und eindeutigsten betonen. Diese drei Momente, von denen jedes einzelne kaum ersichtlich ist und nicht belangvoll erscheint, ergeben jedoch zusammen das verzerrte Bild der Geschichtslüge, und deshalb müssen sie in ihren Einzelheiten aufgedeckt werden.

Da sind die Einleitungen zu Text und Partitur. Die von Chrysander auf Grundlage der Uebersetzung von Gervinus im Jahre 1866 herausgegebene Ausgabe enthält folgende Feststellungen:

„Die Arie „O Freiheit du" wurde erst nachträglich eingeschaltet. Sie steht, von Händels Hand geschrieben, im Handexemplar. Die drei Arien nebst dem Duett S. 46—55 sind natürlich nicht sämtlich in derselben Aufführung hintereinander gesungen, sondern zwei oder drei Sätze davon je nach den Mitteln und Bedürfnissen."

Es handelt sich hier um Arien, die nach der Gervinus'schen Uebersetzung folgendermaßen lauten:

> „O Freiheit du, du Lebenssonne,
> Sitz der Tugend, Quell der Wonne!
> Ohne dich kein Reiz des Lebens,
> keine Freude wert des Strebens.
>
> Komm süße Freiheit wonniglich
> rings um dich her der Freuden Schaar,
>
> Wir warten dein, wir flehn um dich,
> mit der stets aller Segen war.
>
> O Judas, dieser Hoffnungsstrahl beleb
> ganz Israel mit dem Feuer deines Muths!
>
> Die Freiheit nur, o Freiheit nur allein
> gibt neue Kraft dem Sonnenschein;
> sie schmückt Natur mit höherm Glanz,
> und leichter schlingt sie uns des Lebens Tanz.
>
> — — — — — — — — — — — — — — — —
>
> O Ehrgeiz, wenn du Ruhm jemals erstrebst,
> suche ihn hier!
> Die Sache selbst, sie adelt sein Begehr.
> Nein, keine frevle Lust
> entweih unsre Brust,
> kein zügellos Machtbegehr!
> Ist Friede erkriegt und Freiheit ersiegt,
> dann fordre der Sieg nichts mehr."

Es ist kein Zufall, und es gibt kein Verschanzen hinter nische Ausreden, daß diese Stellen niemals aufgeführt w So richtig es ist, daß Händel in der Fülle seiner Schöpf oft für viele seiner Werke Arien und Chöre „zum Aus schrieb, so sind gerade die hier angeführten Stellen nicht gemeint. Warum hätte er sonst die Arie „O Freiheit du" träglich in sein Handexemplar hineingeschrieben? Wa nügte ihm nicht der Morellsche Text? Warum wiederho immer wieder diese Schilderung von den Wonnen der Fr Weil es ihm um die Sache der Freiheit zu tun war. W ihm nicht um irgendwelche kriegerischen Auseinanderset zu tun war, sondern um den Befreiungskampf eines Volkes Worte, die er Judas in den Mund legt:

> „. . . Kein zügellos Machtbegehr!
> Ist Friede erkriegt und Freiheit ersiegt,
> dann fordre der Sieg nichts mehr"

sind sogar eine deutliche Absage an den Militarismus, wie er den Monarchismus besiegen läßt:

> „Er nahm den Raub der Königsmacht,
> daß froh der Tat sein Juda lacht."

Weil diese Tendenz der deutschen Bourgeoisie nicht werden diese Stellen bei den Aufführungen übergangen, obschon es nicht möglich ist, sie auch in den Partituren zu zügen zu streichen, sucht man sie vergebens in dem Textbuch, das im Verlag von Breitkopf & Härtel herau wurde. Da sind die zitierten Stellen nicht einmal mehr Aussuchen" drin, sondern einfach weggelassen, und ein bemerkung, die Chrysander entnommen ist, sagt ganz u deutig, warum:

> . . . Der Bearbeitung blieb nur übrig, „die für jetzige und Zeitdauer etwas zu breite Entfaltung besonders Gesänge, welche Judas und die durch ihn errungene feiern, auf ein passendes Maß zu reduzieren."

Wie dieses „passende Maß" aussieht, wissen wir na wird nicht berücksichtigt, daß Händel selbst das passen bestimmte, indem er die Freiheitsarien ausdrücklich fertigen Text hineinschrieb. Und es hätte doch so nahe von diesen Zusätzen zu reden. Denn die gleiche Vorbem notiert eifrig:

> „Der weltbekannte Chor „Seht, er kommt mit Preis u wurde ursprünglich für „Josua" geschrieben und erst „Judas Makkabäus" eingefügt. Auch der große Chor auf das ursprüngliche „passende Maß" zu reduzieren. Freiheitsarien müssen einer selbst geübten Zensur verfa

Die Reduktion auf das „passende Maß" finden wir na einmal und nicht nur bei Chrysander. Je größer Kn deutsche Kapitalismus entfaltet, je mehr seine imperialis Tendenzen wachsen, um so unverhohlener wird bei den Bearbeitern die Verherrlichung der Freiheit unterdrück jetzt gebräuchlichen Klavierauszug von Julius Stern (C. F. Peters) werden einleitende Worte von Hermann Kretz vorangestellt, der etwa um die Jahrhundertwende eine menstellung Händels Werken unternahm. Deutschland inzwischen Kaiserreich geworden, und Chrysanders Ab die Freiheit erhält bei Kretzschmar vollends imperialis Züge. Dann aber wird nicht stillschweigend an den Fr arien vorübergegangen, sondern ausdrücklich hervorge „Von der zweiten Hälfte an schwächt sich die Dichtung dings durch Wiederholung so ab, daß auch Händels Fr ein wenig gelähmt wurde." Also auch hier die kaum ve Aufforderung, diese „durch Wiederholung abgeschwächten auf ein „passendes Maß" zu reduzieren.

Dieser Anregung leistet der Herausgeber gleich im Te mit Hilfe einer kleinen Uebersetzungstälschung, die ch ristisch für das Wesen der Geschichtslüge ist. Zwischen Freiheitsarien steht das Rezitativ: „O Judas, dieser Hoffnungsstrahl beleb ganz Israel mit dem Feuer deines Muths!" Und weiß es: „O Judas, dieser Edelmut beleb Israel . . ." Das englische Original spricht von „noble wörtlich von der edlen Aussicht . . . auf die Erringung der heit natürlich, die vorher und nachher ausführlich gesp wurde. Fällt aber diese Schilderung weg, werden die Fr arien bei der Aufführung fortgelassen, dann ist natürlich unverständlich, um welche edle Aussicht, um welchen Hoffnungsstrahl es sich hier handeln sollte. Der gewaltsame Eingriff diese Stellen verändert den Sinn ganz wesentlich, und die Uebersetzung erweist sich als unmittelbare Folge dieser zierung auf das „passende Maß", die hier am allerdeutlichsten zeigt, wie gänzlich unpassend sie ist. Wird die Freiheit wesentlichen Punkten fallen gelassen, so muß dieses ab der Personen liegende Ziel in eine private Eigensucht Führers umgewandelt werden, nämlich in den Edelmut des Makkabäus. Der bürgerliche Individualismus hat sich helminischen Unkultur entwickelt.

Dabei enthält das Oratorium „Judas Makkabäus" ü Führerindividualismus hinaus so stark den Kollektivgedanken Kollektivgeist der aktiven Massen, daß Romain Rolland Recht davon sagen konnte: „In dem sieghaften Epos des iochten Volkes, das sich erhebt und den Unterdrücker fegt, löst sich die einzelne Persönlichkeit kaum aus der der ganzen Nation, und so sind die Führer des Volkes Koryphäen, deren Gesang dazu bestimmt ist, die enormen massen in Bewegung zu setzen, die nun mit schwerem unwiderstehlich hinaufsteigen, gleichsam auf den Stufen riesenhaften Triumphtreppe."

(Hiermit schließt der erste Teil dieser Untersuchung von Geschichtsfälschungen in der bürgerlichen Händel-Forschung und -Bearbeitung. Weitere Kapitel, die aus technischen Gründen hier nicht folgen können, befassen sich mit Händels Entwicklung, die durch die Kunst der Hamburg-London charakterisiert werden, und mit seiner konkreten weltliche Auffassung seiner Musik.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0008

Ernstes und Heiteres aus der Verbotszeit

Das Verbot!

Erhielten wir da kurzerhand
ein kleines Briefchen zugesandt:
Der „Klassenkampf" verboten!

Der Mann, der diese Tat vollbracht,
der zählt, — daß niemand drüber lacht,
der zählt sich zu den „Roten".

Der Sozialfaschist Professor Dr. Waentig, seines Zeichens Oberpräsident der Provinz Sachsen, hatte geruht, den „Klassenkampf" zu verbieten. Die Gründe? Nun ja, die kennen wir. Die verräterische Koalitionspolitik der Partei des Arbeiterverrates verlangte solche Maßnahmen. Der Unterdrückungsfeldzug gegen die kämpfenden Massen wird fortgesetzt, sonst besteht die Gefahr, daß die Profite der Unternehmer geschmälert werden, sonst müßte die Polizeiwelle auf das Durchsetzen ihrer imperialistischen Politik verzichten, sonst kämen die Kriegshetzer nicht auf ihre Kosten.

*

Einige Proletarier diskutierten das Verbot, die neueste Schandtat der sozialfaschistischen Regierungsleute. Die empörten Aussprüche der Massen hätten die Kerle in der „Volksblatt"-Redaktion hören sollen. Ja, sie hätten nur das hören sollen, was sozialdemokratische Arbeiter sagten. Aber nichts desto weniger, sie würden, wenn sie es faustdick aufs Butterbrot geschmiert kriegen, das niederträchtige Treiben dennoch nicht lassen. Sie sind die gefügigen Knechte des Kultes der Bourgeoisie, die ihre eigenen Klassengenossen für einen Jahreslohn zu Paaren treiben und niederschlagen. Sie werden solange gegen uns revolutionäre Proleten wüten, solange es ihnen das gefallen lassen. Das „Klassenkampf"-Verbot war das Signal zum verschärften Kampfe gegen uns.

*

Große Freude löste die Verbotsnachricht bei all denen aus, die unsere Presse fürchten und die sich bereits in ihr verewigt fanden. Manchen die Nußknacker. Nennen wir nur den Seelenhirten von Reichardtswerden, der Mein und Dein nicht unterscheiden kann und der es nicht wagt, uns einen Prozeß zu machen. Oder wir nennen den famosen Bürgermeister Fleischauer in Zahna, dem schwere Amtsvergehen nachlagen und in dessen Falle der Staatsanwalt ein Verfahren, das gegen uns lief, einstellte! Wir nennen ferner die reformistischen Gewerkschaftsbonzen sowie die sozialfaschistischen Amtsfiguren, die sämtlich knüppeldicke Leichen auf dem Kerbholz haben. Für all diese Leute war die Verbotsnachricht unserer Presse eine Freudennachricht, ein Erleichtert auszurufen: „Gott sei Dank!"

*

Die Genosse wird nunmehr den Ernst der Situation begriffen haben. Jetzt gilt es, daß sich jeder einzelne in den Dienst der Partei, in den Dienst der Revolution stellt. Nur die allerhöchste Pflichterfüllung kann zum Ziele führen. Spornen wir uns gegenseitig zu höchster Pflichterfüllung an. Das Verbot, das der Sozialfaschist Waentig aussprach, muß Früchte tragen. Stärkt die Reihen der Kommunistischen Partei! Schafft den „Klassenkampf" in die Partei! In diesem Sinne ans Werk! Im Geiste Lenins bis zum Siege!

Während des „Klassenkampf"-Verbots neue Streiter gewonnen

Einführungsabend neuer Parteimitglieder in Zeitz

In der kürzlich stattgefundenen Werbewoche, die für den „Klassenkampf" trotz des Verbotes erfolgreich war, wurden auch 8 Parteimitglieder aufgenommen. Es wurde ein Einführungsabend für die neuen Streiter (18 an der Zahl, darunter ein Teil Jugendliche) organisiert. Musikalische Darbietungen wechselten mit Ansprachen und Rezitationen ab. Die kernige Ansprache eines Genossen über die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses in der KPD. gab den Neugewonnenen die Grundlage zu ihrer künftigen Mitarbeit. Besonderes Interesse erregte die Schilderung eines anwesenden amerikanischen Genossen, der hier auf Urlaub weilt, über die Klassenverhältnisse Amerikas genau kennt. Auch im „Lande unbegrenzten Möglichkeiten" schreitet unsere Bewegung rüstig vorwärts. Auch dort geht die korrupte Clique der „Arbeiterführer" mit dem Trustkapital Arm in Arm. Die ganze Veranstaltung des Abends zeigte, daß trotz Waentig-Verbot und „Volksblatt"-Hetze kein „Verbotsungsprozeß" in der KPD. vor sich geht. Je mehr Unterdrückung, desto zäher der Wille unserer Partei zum Aufbau und Ausbau der revolutionären Kampftrupp.

Freudengeheul im Bremserhäuschen

Wer hat halt die Fahne verlassen, weil 's halt a bissel zu schnell ging!

Es ist einmal Genossen der KPD., der Zeitzer „Volksbote" hat „Freudenbericht" eine ungeheuer freudige Botschaft erfunden. August Stiegelmeier in Köln ist nicht mehr! Na, natürlich ist er nicht gestorben, nein, er ist nicht mehr in der Kommunistischen Partei! Diese Feststellung hat ein „Volksboten"-Berichterstatter in Köln für seinen Zeitzer Auftraggeber gemacht. Der Mann da drüben im Rheinland muß doch für sein Geld auch etwas bieten, bloß uns kommt der Name Stiegelmeier etwas bayrisch vor, es nicht vielleicht gar in München gewesen ist, wo so 'n Bayer verlassen hat. Und gar die Gründe, die er angibt, sind ... Er könne den Schritt der KPD. nicht mehr mitmachen. Die Entwicklung gehe ihm halt ein bissel zu schnell! Welch Tragödie. Das ist die richtige Bremsertype, die die Leutchen in Sozialdemokratie brauchen. Wir gratulieren Berghals! Solche Bremser wie der Stiegelmeier überlassen wir herzlich gern der SPD. Dort haben sie ja die ewige Ruhe. Die strengen sich ja, wenn die Arbeit für die Trustbourgeoisie Zeit dazu läßt, bei Partei- und Gewerkschaftssitzen an, wo gewöhnlich Einigkeit gelungen wird: „Kommt, Brüder, wir trinken noch ein Glaß Glaß!"

Die Strapazen der alten Germanen

Während der „Klassenkampf" verboten war, hat es in Düben ein Fest gegeben. Dort fand nämlich das 5. Bundesfest des Schützenbundes des Kurkreises Wittenberg statt. Die Lokalzeitung überschlägt sich beinahe vor Begeisterung über den Verlauf dieser Veranstaltung. Sie bewundert besonders, daß ganz alte, ordengeschmückte Herren in alter Treue die Strapazen eines solchen Festes auf sich genommen hatten". Diese Leute sind auch wirklich zu bedauern, denn bekanntlich bestehen die Strapazen eines solchen Festes meist darin, daß ungeheuren Alkohol vertilgt werden müssen. Wir können uns denken, wie die alten ordengeschmückten Herren in alter Treue noch ein bißchen eins tranken. Die alten Deutschen an den Ufern des Meeres, die auf der Bärenhaut lagen und ihre Frauen für sich arbeiten ließen, taten das bekanntlich auch schon. Nur ist es heute nicht die Proletenmassen in den Fabriken und Bergwerken für die ordengeschmückten Herren arbeiten und die Frauen der Genossen sich bei Kaffeekränzchen im Luisenbund gütlich tun.

„Siehst du den Hut dort auf der Stange . . .?"

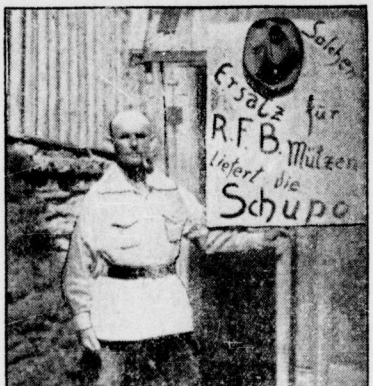
Ein echtes Krähwinkelstückchen, das sich bei Protestkundgebungen der Merseburger Arbeiter ereignete

Die Nachricht vom Verbot des „Klassenkampf" wurde von den revolutionären Arbeitern überall mit großer Entrüstung aufgenommen. In den Betrieben, auf der Straße, in den Stempelstellen, kurz, wo Arbeiter zusammenkamen, wurde eifrig diskutiert. Ein jeder begriff: Der Schandstreich gegen den „Klassenkampf" ist in der Linie des RFB.-Verbotes, in der Linie der Kommunistenhetze durch die Sozialfaschisten zu sehen, die als ihr jüngstes Verbrechen

das Berliner Mai-Blutbad auf dem Gewissen haben.

Mit der Einsicht der Arbeiter in die Dinge machte sich zugleich ihr Wille zum Kampf gegen die Politik der Sozialfaschisten bemerkbar. Das kam auch in Merseburg in einer begeisterten Demonstration zum Ausdruck, die wenige Tage nach dem erfolgten Verbot stattfand.

Von Mund zu Mund ging die Parole: Heute abend auf dem Marktplatz große Protestkundgebung. Und sie kamen, die Proletarier, die in der kurzen Zeit Nachricht erhalten hatten. Es waren einige hundert, ein ansehnlicher Kerntrupp, der sich, gemessen an den politischen Gegnern am Ort, wohl sehen lassen konnte. Weder



Ein ehemaliger RFB.-Kamerad, dem man eine gewesene Frontkämpfermütze wegnahm, erhielt von der Merseburger Polizei als Ersatz einen Filzhut aufgestülpt . . .

das halbtote Reichsbanner-Bäckerbutzend noch die Liliput-Stahlhelmiete bringen derartiges zustande. Was das „Volksblatt" natürlich nicht abhält, zu behaupten, daß zu unserem „Klassenkampf"-Protest 150 Mann dagewesen seien! Der Schmierjaks dieses Organs hat das Ganze durch drei geteilt. Solche Leute wollen wir kurz gewähren lassen. Wo wäre diese „Linke" geblieben, wenn alle Anwesenden, die über die 150 Mann hinaus gezählt wurden, ihm einen Rüsenstüber verabreicht hätten?

Doch zur Kundgebung. Unter den auf dem Marktplatz versammelten Arbeitern befanden sich etliche, an denen die Krüger-Polizei Gefallen fand. Der Kriminaler E. hatte das Terrain sondiert und gemeldet, daß „uniformierte RFB.-Mannschaften" mit zu demonstrieren gedächten. Die Folge davon war, daß ein Hauptmann und zehn Mann erschienen, um die „dem Staat und dem Gesetz trotzenden Gesellen" festzunehmen. Es wurden einige ehemalige RFB.-Kameraden gegriffen, die eine graue Arbeitskutte oder eine alte Frontkämpfermütze trugen. Ein Bundesabzeichen hatte keiner von ihnen. Die Festnahme der Genossen geschah in kurzen Abständen hintereinander. Die „Polizeiaktion" wurde von der Menge zuerst mit spöttischem Beifallsklatschen quittiert, zumal die Grünen harmlose Pappschilder mitgehen ließen. Es trat aber sofort ein Stimmungsumschwung ein, als Polizeibeamte (junge, in den zwanziger Jahren stehende Leute) einem Arbeiter die Mütze vom Kopfe rissen und den Arbeiter mit brutaler Gewalt nach der Wache zerrten. Die Einwände des Kollegen, daß er willig den Beamten folgen werde, wenn sie ihn losließen, wurden von den Ordnungshütern einfach ignoriert. Der Arbeiter, der in einer Gruppe von Menschen stand, wurde getreten, gestoßen, mit dem Gummiknüppel geschlagen und buchstäblich weggeschleppt. Ein allgemeines Schuppen und Drängen entstand, man wollte den Verhafteten vor Mißhandlungen schützen. Das veranlaßte die Polizei zum notwendigen „Dreinschlagen".

Zum ersten Male sausten auf dem Merseburger Marktplatz, getreu den Berliner und hallischen Vorgängen, die Gummiknüppel auf wehrlose Demonstranten nieder.

Unter den Verprügelten waren ältere, dem Polizeipräsidenten Krüger besonders gut bekannte Arbeiter. Es wurde der fast 60 Jahre alte Genosse August Beine verdroschen, der schon vor dem Kriege in der Sozialdemokratie seinen Mann stand und an dem Krüger in bezug auf Agitation eine Stütze hatte. Wie haben sich die Zeiten und mit ihnen die „alten Roten" verändert . . .

Es blieb dem Sozialfaschisten, dem „großen, populären Richard", vorbehalten, die Kosakenmethoden des Zörgiebel in Merseburg einzuführen, eine Tat, die nicht einmal der verflossene reaktionäre Oberbürgermeister Hertzog in seiner zwölfjährigen Dienstzeit zu begehen wagte!

Aber wie dem auch sei: Genutzt haben die Provokationen nichts. Gerade das Vorgehen der Polizei trug dazu bei, daß die Demonstration, die den Zwischenfällen folgte, mit einer beispiellosen Begeisterung durchgeführt wurde. Sie hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Sie war die beste Agitation für den „Klassenkampf".

Dem Zuge wurde ein Schild vorweg getragen mit der Aufschrift: „Jeder Deutsche hat das Recht, seine freie Meinung in Wort und Schrift zu äußern." Unmittelbar darauf folgten etwa 70 Genossen, die sich Plakate umgehängt hatten, die das Waentigsche „Klassenkampf"-Verbot verkündeten. Im gut klappenden Sprechchor setzten die Genossen ein:

Einer: **„Der „Klassenkampf", die Zeitung der Roten . . ."**
Alle: **„Wurde verboten!"**
Einer: **„Wer wollte treffen uns Kommunisten?"**
Alle: **„Die Sozialfaschisten!"**
Einer: **„Sie haben sich blamiert."**
Alle: **„Der „Klassenkampf" marschiert!"**

Unsere Presse war in den Demonstranten lebendig geworden. Revolutionäre Gesänge und „Rot-Front!"-Rufe wechselten mit dem Chore ab. So ging es durch die wichtigsten Arbeiterviertel der Stadt. Das Musikmachen war nicht erlaubt, weil in Krähwinkel willkürlicherweise nur der Freitag als „Musiktag" gilt. Auf dem Neumarkt fand der Umzug sein Ende. Die Leitung der Demonstration forderte wegen der erfolgten Zwischenfälle und wegen Versagens der Musikerlaubnis zur neuen Protestkundgebung für den anderen Tag, den Freitag, auf.

Inzwischen hatte man die elf Inhaftierten und teilweise Geprügelten nach der Kaserne geschafft. Dort sangen sie zum Protest gegen die an ihnen verübten Maßnahmen die „Internationale". Dafür sollten sie eingesperrt werden. Durch sofort beginnende Verhöre kam es aber nicht so weit. Alle Verhafteten erklärten, daß sie alte RFB.-Mützen als Arbeitskleidung abtragen und daß ihnen die Geheimerlasse der Regierung, wonach das verboten sei, nicht bekannt wären. Sie glauben, sich in keiner Weise strafbar gemacht zu haben. (Wir werden ja sehen, in welcher Weise die Klassenjustiz ihnen den Prozeß machen wird. D. Ver.)

Man beschlagnahmte die „Uniformstücke" als Beweis einer „strafbaren Handlung" — — —

Dabei kam es, daß man einem ehemaligen RFB.-Kameraden, der wegen eines Kopfleidens, das er sich im Kriege zuzog, eine Kopfbedeckung für die beschlagnahmte „Rot-Front-Mütze" forderte, ein Filzhütlein auf den Schädel setzte. Der Hut wurde ihm durch einen Beamten der Krüger-Polizei aufgesetzt. Auf dem nebenstehenden Bilde ist derselbe ersichtlich. Ganz Merseburg kennt ihn bereits. Er heißt im Volksmund teils der „Krüger-Hut" und teils der „Geßler-Hut". Beides mag angebracht und richtig sein. Das ominöse Kleidungsstück hat eine gewisse historische Bedeutung erlangt und es wird in der Geschichte der Merseburger Arbeiterbewegung noch manchmal erwähnt werden.

Der Hut wurde auf ein Transparent genagelt und beim Umzug am anderen Tage durch die Straßen der Stadt getragen, was ungeheure Heiterkeit auslöste.

Bei besonderen Ereignissen wird er noch mehrmals mitgeführt werden.

Die Freitag-Demonstration erfolgte unter den Klängen revolutionärer Marschmusik, die von der Schalmeienkapelle der Frankleben er Arbeiter-Radfahrer bestritten wurde. Zum „Schutz der Demonstranten" hatte man an diesem Tage ältere Schupobeamte mitgeschickt. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen.

So behaupteten die revolutionären Arbeiter Merseburgs zwei Tage lang die Straße.

Beim Abschluß der Kampagne wurde von der örtlichen Parteileitung zum Ausdruck gebracht, daß es das Merseburger Proletariat stets verstanden hat, sich durchzuschlagen, wenn es notwendig war, daß aber darüber hinaus jeder einzelne seinen Mann bei der Kleinarbeit stehen muß.

Revolutionärer Klassenkampf in den Betrieben, revolutionärer Klassenkampf in den Gewerkschaften, das ist der Weg, der uns zum Ziele führt im Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre Knechte, die Sozialfaschisten.

Und nun an die Arbeit mit dem alten, unerschütterlichen Kampfruf: **Rot Front!**

Die Verfolgungen des „Klassenkampf"

durch Regierungs- und Justizbehörden bilden eine einzige Kette von verhängten Geldstrafen und Verboten. Und immer waren es Sozialfaschisten, die die Terrormaßnahmen gegen die kommunistische Presse durchführten. Es waren die Grützner, Runge, Hörsing und Kompagnie (neuerdings noch Waentig). An Verboten allein hatte der „Klassenkampf" durchzumachen:

Verbot vom 24. März bis 1. September 1921!
Verbot des Erlaßblattes „Tribüne":
vom 31. Mai bis 3. Juni 1921!
vom 28. Juli bis 6. August 1921!
vom 3. September bis 17. September 1921!
Verbot vom 26. Oktober bis 9. November 1921!
Verbot vom 18. Oktober 1923 bis auf weiteres!
Verbot vom Jahresanfang bis 1. März 1924!
Verbot vom 7. Juni bis 22. Juni 1924!
Verbot vom 17. Dezember bis Jahresschluß 1924!
Verbot vom Jahresanfang bis 18. Januar 1925!
Verbot vom 27. Mai bis 16. Juni 1929!

Die Geldstrafen, die daneben noch verhängt wurden, beziffern sich in die Tausende. Ein einziger Vernichtungsfeldzug sollte gegen unsere Zeitung geführt werden. Er ist stets mißglückt, weil der revolutionäre Kampfwille der mitteldeutschen Arbeiter zu stark war. Auch bei diesem letzten Verbot bewährten die Abonnenten, bis auf geringe Ausnahmen, ihrem „Klassenkampf" die Treue. Mit Begeisterung wird sein Wiedererscheinen aufgenommen. Einzelne Ortsgruppen haben inzwischen fleißige Werbearbeit geleistet und dem Verlag Dutzende von neuen Lesern gewonnen. Genossen, so sollte es überall sein. Werbt wo Ihr geht und steht für Eure Zeitung, laßt die alte Parole gelten: Jedes „Klassenkampf"-Verbot wird

mit Abonnentenzunahme quittiert!

Spielt da eine RFB.-Kapelle?

Ein Reinfall der Grepptner Landjäger

Die Grepptner Landjäger glaubten dieser Tage, einen guten Fang gemacht zu haben. Der Arbeiter-Fußballklub „Fortuna" hatte eine Mannschaft von Wien-Velten hier zu Gaste. Zu ihrem Empfange bei den Sportlern spielte eine Kapelle mit Martinshörnern, weswegen die Polizei glaubte, einschreiten zu können. Der Landjäger Bielzer trat an leitende Funktionäre des Fußballklubs „Fortuna" mit der Frage heran, ob hier nicht die RFB.-Kapelle spiele. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es die Kapelle des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Jeßnitz sei. B. entgegnete darauf mit kriminalistischem Scharfsinn, dies sei wohl nur eine Deckadresse, worauf er ersucht wurde, sich selbst zu überzeugen. Beide Landjäger haben sich daraufhin feste am Empfang der ausländischen Genossen beteiligt. Sie fanden aber keinen Grund zum Einschreiten und konnten nicht einmal ihren Wunsch erfüllen, die Instrumente zu beschlagnahmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0009

Bitterfeld-Wittenberg

Grützner verfügt Zwangsetat für Brehna

Der Regierungspräsident von Merseburg teilte der Stadtverwaltung am 14. Mai mit, daß der Etat für das Jahr 1929 in der vorliegenden Form nicht genehmigt werden könnte, weil die Stadt Brehna in der Grundvermögensteuer eine Differenzierung vorgenommen hat bei der Besteuerung des bebauten Grundbesitzes und des unbebauten Grundbesitzes (landwirtschaftlich genutzten). Folgende Steuersätze waren vorgesehen: bebauter Grundbesitz 125 Prozent, unbebauter Grundbesitz 250 Prozent Zuschlag. Die Regierung verlangte dem gegenüber eine gleichmäßige Belastung des Grundbesitzes im allgemeinen, die 220 Prozent betragen soll.

Nach mehrtäger Rücksprache des Magistrats bei der Regierung erklärte sich diese bereit, die Frist der Gleichstellung der Steuersätze auf zwei Jahre zu verteilen. In der Stadtverordnetensitzung vom 5. Juni kam deshalb folgender Beschluß zustande: Für das Rechnungsjahr 1929 werden erhoben 175 Prozent Grundvermögensteuer vom bebauten Grundbesitz (bisher 125 Prozent), vom unbebauten Grundbesitz 250 Prozent. Dieser Beschluß fand die Zustimmung der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Fraktion.

Die kommunistische Fraktion gab dazu folgende Erklärung ab: Die Stellungnahme der Stadtverwaltung zu den jetzigen Steuerberatungen mutet sonderbar an. Bisher war es möglich, eine Differenzierung der Steuersätze durchzuführen. Dieses Jahr ist es anders.

Die Regierung droht, und schon fügt man sich in der bürgerlichen, desgleichen ohne jeden Vorbehalt in der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Bevölkerung wird es nicht verstehen, wenn man bei der Etatsfestsetzung die Grundvermögensteuer vom unbebauten Boden von 280 Prozent auf 250 Prozent herabsetzt.

Auch hier verlangt die kommunistische Fraktion eine Staffelung der Steuern nach Größe des Besitzes.

Jetzt beschließt man, die Grundvermögensteuer von 125 Prozent auf 175 Prozent herabzusetzen. Der Rest komme bestimmt nächstes Jahr dazu. Ist das eine gleichmäßige Belastung, wie die Regierung sagt? Theoretisch, aber praktisch nicht, denn hier handelt es sich durchweg um kleine Häusler und Gewerbetreibende mit niedrigen Einkommen, und diese trifft jede Steuererhöhung wirtschaftlich am schwersten, weil sie durch die Hauszinssteuer enorm belastet sind.

Deshalb lehnt die kommunistische Fraktion die vorgeschlagenen Steuersätze ab.

An diesem Beispiel ist zu sehen, wie es mit der kommunalen Selbstverwaltung aussieht. Nicht die Kommunalvertreter bestimmen, sondern die Regierung.

Engel Gabriel verkündet

„Keine Gnadenfrist mehr für England!" — Untergang Englands endgültig für den 11. Juni, abends 8 Uhr, angesetzt

Piesteritz, 17. Juni.

Die Weißenberg-Anhänger entfalten in der letzten Zeit eine rege Agitationstätigkeit für ihre verrückten Ideen. Diese Leute rechnen mit der Dummheit spießbürgerlicher Elemente, fabrizieren Schauermeldungen, um daraus ein gutes Geschäft zu machen. Um sich der Verantwortung der eventuellen Folgen ihrer Schwindeleien zu entziehen, lassen sie in ihrem Gehirnwerkzeugorgan (dem „Weißen Berg") lauter verdrehte Persönlichkeiten, wie Bismarck, Nero, Abraham und den Adjutanten Gottes, den „Engel Gabriel", sprechen.

Weißenberg braucht Geld, flugs kommt ihm der Engel Gabriel zu Hilfe und verkündet den „Untergang Englands". Ursprünglich sollte England am 25. Mai, abends 11 Uhr, untergehen. Bruder Weißenberg hat aber noch einmal Rücksprache mit Gott genommen und bewirkt, daß England eine Galgenfrist bis zum 11. Juni erhält. Das englische Volk hat sich aber bis zum 11. Juni nicht bekehrt und muß dafür in die Hölle fahren — wenn nicht Bruder Weißenberg seinen Gott um Gnade für England bittet. Diese Möglichkeit liegt sehr nahe, denn es wäre doch ganz nett, wenn Weißenberg in vierzehn Tagen den Untergang Englands zum dritten Male verkünden könnte. Das Geschäft lohnte sich.

Daß die Arbeiterschaft sich über Weißenberg und seine Anhänger lustig macht, braucht wohl nicht besonders betont werden. Es gibt aber auch in dem Arbeiterort Piesteritz Leute, die sich vor der Arbeiterschaft lächerlich machen. So soll es hier z. B. einen Barbier geben, der fast den ganzen Tag in religiöser Verzückung lebt. Hoffentlich beschält ihm „Engel Gabriel" nicht einmal eines Tages seinen Kunden beim Rasieren den Kopf abzuschneiden.

*

Damit es mir nicht geht wie dem Redakteur der „Lausitzer Zeitung", dem Schwesterchen Stahn vorwirft, er habe Angst vor Gottes Strafe, darum brächte er seinen Artikel gegen den Weißenberg-Schwindel erst nach dem 25. Mai, berufe ich mich auf das mit „Gottes Hilfe" verhängte Verbot des „Klassenkampf", das bis zum 15. Juni dauerte.

Der Berichterstatter.

Neues aus Ramsin

Die Sozialdemokraten in unserem Orte leisten sich die tollsten Stücke. So wurde vor kurzem der Genosse Walter Starke aus dem Arbeiter-Gesangverein ausgeschlossen. Seinen Ausschluß begründete man damit, daß er die Veranstaltung des Sportkartells sabotiert habe. Diese Anschuldigung stimmt absolut nicht, doch man suchte einen Grund, um ihn in dieser proletarischen Organisation zu erledigen. Mit diesen Methoden glauben die hiesigen Sozialdemokraten, der revolutionären Propaganda der Kommunisten Abbruch zu tun. Erfolge wird die SPD. damit nicht haben. Nach wie vor wird die Kommunistische Partei in den überparteilichen Organisationen ihre revolutionäre Arbeit leisten.

Während des strengen Winters waren die Wasserleitungsrohre alle eingefroren. Große Wasserrohrbrüche setzten bei dem Tauwetter ein. Heute noch werden Brüche gemeldet. Verantwortlich für diesen Zustand ist der Direktor Glockenmeier. Als der Wasserleitungsbau ausgeführt wurde, legte man das Hauptrohr nur 70 bis 80 Zentimeter tief. Die allgemeinen Vorschriften sind jedoch, daß die Wasserleitung 1,30 bis 1,50 Meter tief gelegt werden muß. Herr Glockenmeier ist in der letzten Zeit sehr nervös geworden. Die Wasserleitungsgeschichte bringt ihm viel schlaflose Nächte. Man wollte bei dem Bau der Wasserleitung nur Geld sparen, aber, man hat an der verkehrten Ecke angefangen. Heute müssen große Summen für die Reparaturen ausgegeben werden. Die Straßen werden aufgerissen und wieder schlecht zugeplastert. Auf der Straße nach Rennerik haben sich große Löcher gebildet. Wie leicht können sich dadurch Unfälle ereignen. Es macht sich also notwendig, daß auf diesem Gebiete eine gründliche Aenderung vor sich geht. Um die Mißstände abzustellen, haben die Einwohner die Aufgabe, bei den Gemeindeverordnetenwahlen die Bürgerlichen zum Teufel zu jagen. Nur Kommunisten sind zu wählen.

Auch in unserem Orte haben Haussuchungen stattgefunden. Bekannten roten Frontkämpfer wurden durch die Polizei heimgesucht. Trotzdem diese in allen Ecken herumschnüffelte, wurde nichts gefunden. Wenn der Landjäger einmal zu Mitgliedern des Stahlhelms oder Werwolfs gehen würde, so könnte er daselbst vielleicht etwas finden. Das RFB.-Verbot kann die Ramsiner Arbeiterschaft nicht schrecken, im Gegenteil, unvermindert wird im Sinne der Roten Front weiter gearbeitet.

Wolfen. Eine Baubude in Brand geraten. In der Bergmannssiedlung der Greppiner Werke brannte die zwischen beiden großen Familienwohnbaracken stehende Baubude der Steuer, Wolfen, vollständig nieder. Ein Glück war es, daß kein starker Wind herrschte, sonst wären auch die beiden Wohnbaracken den Flammen zum Opfer gefallen. Die Einzäunung des Sportplatzes war bereits vom Feuer erfaßt worden.

Piesteritz. Die täglichen Unglücksfälle. In der Nähe Wörlitz ereignete sich auf den Elbwiesen unweit von Piesteritz ein Unglücksfall durch leichtsinniges Radfahren. Drei von den ankommende Radfahrer aus Elster fuhren statt auf dem Weg, der dem am Weg grenzenden Wiesenrand, auf welchem der Bauer H. aus Pratau mit dem Wetzen seiner Sense beschäftigt war. Der an der Spitze fahrende Radler fuhr H. an, kippte vom Rad und fiel in die Sense. Mit einer tiefen Schnittwunde im Gesicht wurde er dem Paul-Gerhardt-Stift in Wittenberg zugeführt.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Stahlhelmfiasko in Delitzsch

Eine ziemliche Pleite war der hier stattgefundene Rummel angeblich ehemaliger 93er. Von wirklich ehemaligen 93ern war verdammt wenig zu spüren. Aus aller Herren Länder wurden die Getreuen zusammengeschickt. Sämtliche Krieger- und Landwehrvereine mußten herhalten, um diesen faschistischen Rummel unter schwarzweißroten Fahnen durchzuführen. Auch der Stahlhelm durfte nicht fehlen. Es wäre besser für ihn gewesen, er wäre zu Hause geblieben, denn nur so konnte er sich die große Blamage, die er sich bei dem Rummel geholt hat, ersparen. Nicht einmal zwei Bäckerbukend seiner Getreuen waren angetreten, und so zeigte sich, daß der Stahlhelm in Delitzsch ist. Selbst der Berichterstatter der „Delitzscher Zeitung", Stadtarabeutante im Volksmund genannt, hatte alle Not, um die richtige Farbe für den Bericht über den Rummel zusammenzukriegen.

Wohl hat der Berichterstatter feststellen können, daß 41 Fahnen im Umzuge gewesen sind, aber die Zahl der beteiligten Männlein festzustellen, ist ihm sehr sauer geworden. Denn wenn sich aus 41 vertreten gewesenen Vereinen etwa 300 Männlein am Umzuge beteiligen, so ist und bleibt das eine Pleite.

Hätte der Berichterstatter der Oeffentlichkeit die richtige Zahl verraten, wäre er wahrscheinlich am längsten Berichterstatter bei der „Delitzscher Zeitung" gewesen. Andersmo Beschäftigung zu erhalten, wäre ihm dann auf Grund seiner allzu großen „Fähigkeiten" (was schon des öfteren durch das Stadtparlament festgestellt worden ist) kaum geglückt.

Für uns Arbeiter ist dieser Rummel sehr lehrreich gewesen, und wir stellen hierdurch die offene Anfrage an die Stadtverwaltung, wer die Erlaubnis dazu erteilt hat, daß die Völtscherche Musikkapelle in der Feuerwehrkleidung dabei mitwirkte. Soviel uns bekannt ist, wird Feuerwehrkleidung aus städtischen Mitteln beschafft. Soll vielleicht durch diese Beteiligung der Einwohnerschaft vordemonstriert werden, daß auch die Feuerwehr eine schwarzweißrote faschistische Einrichtung ist? Hoffentlich sorgt die kommunistische Stadtverordnetenfraktion dafür, daß hierüber Aufklärung geschaffen wird.

Die Polizei, die regelt den Verkehr

Delitzsch, 17. Juni.

Seitdem in Delitzsch ein neuer Polizeikommissar, amtiert, der sich nebenbei bemerkt, schon ziemlich „beliebt" gemacht hat, ist immer etwas los. Wer bisher noch nicht wußte, wo eine Schule oder das Krankenhaus ist, der weiß es jetzt. Denn nor jedem Grundstück hat man zwei Tafeln mit der Aufschrift: „Schule" oder „Krankenhaus". Welchen Zweck diese Tafeln dienen, konnten wir bis jetzt leider nicht feststellen. Wenn sie nämlich aus Gründen des Verkehrs aufgestellt sein sollen, muß jeder gewöhnliche Sterbliche zugeben, daß die Tafeln dort, wo sie jetzt stehen, vollständig ihren Zweck verfehlen. Auch die Fahrzeugführer bestätigen das. Denn es ist fast ausgeschlossen, daß einer von ihnen sein Fahrzeug auf die angebliche Warnung einstellen kann. Weiter kommt hinzu, daß sich der Verkehr vom verkehrspolizeilichen Standpunkte aus rechts abzuwickeln hat. Die Tafel steht jedoch auf der linken Seite. Vielleicht verrät die wohllöbliche Polizeiverwaltung uns also einmal den wahren Zweck der dort aufgestellten Tafeln.

Das Kirchenlied beim Richtefest

Aus Bad Schmiedeberg wird uns von einem Korrespondenten geschrieben:

Als ich am Sonnabend, dem 8. d. M., durch das Dorf Gröbern kam, hörte ich das Lied: „Nun danket alle Gott!" singen. Da, der Meinung, es finde ein Begräbnis statt, hatte mich aber geirrt. Auf dem Klingnerschen Grundstück war Richtefest bei dem Bau einer Scheune und eines Stalles. Und was sah ich da? Maurer und Zimmerleute vom Mauermeister Zieche, der gewerkschaftlich organisiert, sangen dieses Lied. Es wäre angebracht, wenn sich der Ortsausschuß der Gewerkschaften in einer Sitzungen, deren sie so viele abhalten, einmal mit diesem Thema beschäftigt. Sonst hört man ja doch nichts von ihm.

Delitzsch. Was wird aus dem Krankenhausneubau? Die augenblicklich herrschende Hitze hat scheinbar schon nachteilige Wirkungen gezeigt. Das ist nicht nur daran zu erkennen, daß der Lober nur noch sehr wenig Wasser führt, sondern auch **Vorarbeiten für den Krankenhausneubau** scheinen eingestellt zu sein. Seit vier Monaten ist davon weder etwas zu sehen noch zu hören. Hoffentlich hat der letzte Regen auch hierbei Abhilfe getan, so daß der Plan für den Krankenhausneubau etwas aufgesucht das Licht der Oeffentlichkeit wieder erblickt. Wenn nicht anders, müssen die Interessenten kräftig nachhelfen, damit in diesem Jahre endlich mit dem Bau begonnen werden kann.

Eilenburg. Proletarierlos. Ein durchreisender, der Sohn eines alter Handwerksbursche, wurde am Freitagabend auf den hiesigen Marktplatz von Herskrämpfen befallen, die von Erschöpfung herrührten. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Annaburg. Das ist die Liebe... Auf einem Sonntagsfeste bei Lebien machte man einen geheimnisvollen Fund. Eine vollständige Frauenkleidung, einschließlich Unterwäsche, wurde festgestellt werden konnte, einem jungen Mädchen aus Lebien gehörte, das in Lebien in Stellung war. Es war seit vier Tagen von seiner Dienststelle verschwunden und man nahm daher, daß es einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Es ergaben die Nachforschungen, daß es sich auf dem Torgauer Feld in einen Artisten verliebt hatte, mit dem es nun auf und davon ging. Um besser auszusehen, wechselte das Mädchen auf dem Felde die Kleider.

Mühlberg. Die Erwerbslosenziffer steigt. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich bei der hiesigen Meldestelle des Arbeitsamtes wieder etwas erhöht, und zwar für männliche Personen auf 64, während am 8. Juni der Stand 50 war. Für weibliche Personen ist die Zahl mit 8 bestehen geblieben.

Selben. Eine öffentliche Einwohnerversammlung, welche vom Gemeindevorsteher einberufen war, wurde in der letzten Woche abgehalten. Genosse Gradebaud gab den Beschluß der Gemeindevertretung, **Bau einer Aufbahrungshalle** bekannt. Dieses Projekt ist durch die herrschende Wohnungsnot sehr dringend geworden. Die Zeichnung zum Bau ist angefertigt worden, so daß mit den Arbeiten begonnen werden kann. Im Interesse der Allgemeinheit wird einstimmig beschlossen, das Projekt nicht durch Unternehmer bauen zu lassen. Zur Ausführung wird eine Baukommission gewählt, die aus den Genossen Zichernik, Wagner, Heinrich und dem Genossen Willi Kreuz besteht. Der Gemeindevorsteher macht schließlich auf die Gemeindevertretung beschlossene Friedhofsordnung und Gebührenordnung aufmerksam. Sobald diese vom Kreis genehmigt sind, wird der Aushang im Kasten erfolgen. Nach Bekanntgabe einiger Fragen durch den Genossen Gradebaud wurde die Versammlung geschlossen.

Hohenleipisch. Die KPD.-Fraktion lehnt den Haushaltungsplan ab. In der letzten Gemeindevertretung wurde der Haushaltungsplan unserer Gemeinde für das Rechnungsjahr 1929/30 durchberaten. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 50 120 Mk. Die Grundvermögenssteuer soll mit 225 Prozent, die Gewerbekapitalsteuer 600 Prozent und die Gewerbeertragssteuer 400 Prozent betragen. Die kommunistische Fraktion gab dazu die Erklärung ab, daß sie nach wie vor gegen Steuerzuschläge, die mehr als 100 Prozent der Grundvermögenssteuer betragen, ablehnt. Sie führt den Kampf um höhere staatliche Ueberweisungen vom Staate an die Kommunen, die sich nicht mit verantwortlich für die bürgerliche Steuerpolitik machen lehnt den Etat ab. Mit 10 gegen 3 Stimmen wurde der Etat in der Vorberatung angenommen. Vor dem Kriege wurde ein Wasserleitungsprojekt ausgearbeitet, um die Gemeinde mit einer Wasserleitung zu versehen, durch den Krieg wurde die Ausführung verhindert. Nun soll der Sache wieder näher getreten werden. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, den ausgearbeiteten Projektplan von der Regierung anzufordern.

Dommitzsch. Identifizierte Leiche. Im benachbarten Wörlitz wurde am 1. Juni eine männliche Leiche aus der Elbe gezogen. Es gelang erst jetzt, die Personalien des Toten festzustellen. Danach handelt es sich um den 21 Jahre alten Schmiedehelfer Horst Anderbecher aus Dresden, der nach der Elbe ging, die Elbe badete, wobei ihm ein Herzschlag traf. Es kam die Mannschaft seines Dampfers zu Hilfe kommen konnte, aber er. Die Leiche wurde jetzt nach Dresden übergeführt.

Dobien. Ein Scherz mit üblen Folgen. Ein junger alter Schmiedegeselle von hier wollte seiner Braut einen Streich einzugen, indem er sich aufhängte. Das Experiment mißlang aber beinahe sehr schlecht bekommen, denn, als sich der Kerl in Schlinge befand, rutschte er ab und es fehlte nicht viel, daß er seinen schlechten Scherz mit dem Leben bezahlen müßte. Kinder fanden den bereits Bewußtlosen, um ihn noch rechtzeitig abzuschneiden. Durch Einflößen von Sauerstoff wurde er zu sich gebracht.

Tagung der Bitterfelder „Stadtväter"

Schildbürgerarbeit des Magistrats — Jubilare — Heimlichtuerei — Der müde Baurat

Viele Worte, wenig Taten

Mit einer halben Stunde Verspätung wurde am 11. Juni die Stadtverordnetensitzung eröffnet. Vorsteher Kettel beglückwünschte die „Väter", welche zehn und mehr Jahre in diesem Parlament sitzen. Es waren die unter der Arbeiterschaft „rühmlichst" bekannten Den, Lebbin, Kleinau, Spengler. Sie erhielten als Anerkennung eine Vase mit Blumen! Dem schwarzweißroten Helden Kleinau wurde außerdem noch zu seiner silbernen Hochzeit gratuliert. Nun sage noch einer, es wird keine ersprießliche Arbeit im Bitterfelder Stadtparlament geleistet!

Der Bau einer Autobushalle in der Steinstraße, der 30 000 Mark kosten soll, wird genehmigt.

Darauf folgte die Glanznummer dieser Vorstellung: die Räumung des Großen Teiches, welcher seit Monaten ohne Wasser ist. Wer nun glaubte, daß diese Frage entschieden wird, wurde schwer enttäuscht. Die Firma Martin hatte ein Schreiben eingereicht, in dem sie Einspruch erhob, und dieses Schreiben wurde Angelpunkt der Diskussion. Als Vorsicher Kettel den Einspruch bekanntgab sagte der Vertreter des Stadtrates, Eckartsberg, daß man wohl einig mit der Firma Martin werden würde. Die Versammlung solle nicht soviel Notiz davon nehmen. Als jedoch allseitig Aufklärung verlangt wurde, erklärte Eckartsberg, dies nur in einer geheimen Sitzung zu tun. Diese Sitzung dauerte 45 Min., und ihr Ergebnis: Die Räumung des großen Teiches wird vertagt, der Schandfleck der Stadt Bitterfeld kann ja noch bestehen bleiben. Ob hier das Sprichwort zutrifft: „Was lange währt, wird gut oder gar nichts", das zu entscheiden, überlassen wir den Bitterfelder Arbeitern.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam man zu dem Punkt „Neubeteiligung der Halleschen-, Burgstraße und des Ratswall". Während die Baukommission in der Halleschen- und Burgstraße für Stampfasphalt eintrat und den Ratswall mit Termakertam ausbauen wollte, entspann sich eine lange Debatte darüber, was das Billigste und Vorteilhafteste wäre. Da keine fachmännische Auskunft erteilt werden konnte, wandte man sich dagegen, daß der Baurat bei solchen Sitzungen nicht anwesend sei. Bürgermeister Lamscha entschuldigte den Baurat damit, daß er den ganzen Tag über Land gewesen wäre, dadurch übermüdet (!) sei und höchstwahrscheinlich zuhause wäre.

Aber der übermüdete Baurat saß gegen 24 Uhr gemütlich mit dem Stadtguts-Inspektor bei einem Gläschen Bier in einem Lokal in der Burgstraße.

Diese Leute müssen aber schwer an die „Gläge".

Auch der Straßenbau fiel wieder zum größten Teil ins Wasser. Der Ratswall und die Rosmarienstraße werden versuchsweise mit Termakertam hergestellt. Man hat sich jedenfalls mit dem Straßenbau in Bitterfeld noch nicht genügend blamiert. Wir erinnern da nur an den Bau vor der Mädchenschule, der allerdings ein paar Jahre zurück liegt. Oder will man der J. G. Farbenindustrie durch Termakertam zu neuem Ruhm verhelfen? Die Befürworter des Asphalts für die Halleische- und Burgstraße, unter ihnen der Genosse Zieger, fanden nicht die genügende Unterstützung, und der Bau dieser Straßen wurde zurückgestellt.

Die Stadtgüter haben ein Minus von 13 000 Mark.

In der Beratung der Stadtgüter wurde mitgeteilt, daß über 13 000 Mark auf die Verlustliste entfallen. Die Begründung dafür kann in keiner Weise als betriebsgemäß bezeichnet werden. Wir werden der Arbeiterschaft in einem besonderen Bericht einmal über diese Frage Aufklärung geben.

Nachdem noch einige Anfragen erledigt wurden, vor allem die Frage des Krematoriums, und eines Wannenbades, welches immer noch keine Anfänge zeigt, fand abermals eine geheime Sitzung, diesmal allerdings von kurzer Dauer statt. Dann zogen die „Stadtväter" zum Bürgergarten, um den Einladung des Monarchisten Kleinau zu einer Nachfeier seiner silbernen Hochzeit Folge zu leisten. Die Vertreter der KPD. blieben diesem Gelage natürlich fern. Zum Schluß sei noch die Einheitsfront der Mieter mit den Hausbesitzern erwähnt. Diese gingen bei der Wahl zum Städtetag mit der Liste Kleinau zusammen. Arbeiter, zieht Eure Lehre daraus und wählt im Herbst nur Kommunisten in dieses Parlament, damit unter Eurer aktiven Unterstützung diesen Dingen ein Halt geboten wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0010

Not der Berliner Maiopfer und der selbstzufriedene Polizeipräsident Zörgiebel

Der Presse sind in den letzten Tagen erschütternde Anklagen das Vorgehen der Behörden auch in den Tagen nach den Ereignissen in Berlin gegen die Hinterbliebenen der Opfer zur Sprache gekommen. Bekanntlich haben die Behörden bis jetzt es nicht für nötig gehalten, die Opfer in einem auch nur annähernd ausreichenden Maße zu entschädigen. Jetzt antwortet Herr Zörgiebel, der Verantwortliche für die Blutbäder der Polizei, in einer Erklärung an die Oeffentlichkeit, in der er davon spricht, daß dem größten der Hinterbliebenen um Entschädigung „auch in allen übrigen Fällen entsprochen worden ist, ohne Rücksicht darauf, ob ein Anspruch auf Entschädigung überhaupt festgestellt werden kann". Die „Berliner Volkszeitung", ein bürgerliches Organ, nimmt zu dieser Erklärung: „Immerhin steht die Erklärung des Polizeipräsidenten im Widerspruch zu den von den Hinterbliebenen gegebenen Hilferufen, in denen das Gegenteil behauptet wird." Das „Sächsische Volksblatt", Organ der „linken" Sozialdemokratie, schreibt unter der Ueberschrift: „Ein ungenügendes Dementi: Diese Erwiderung der Behörden schafft die Tatsache aus der Welt, daß die Behörden sich in einer geradezu skandalösen Weise gegenüber den unschuldigen Opfern des Polizeiterrors benommen haben. Ja, wir haben es wirklich herrlich weit gebracht in dieser Republik. Aber dieses Staatswesen ist eben nicht auf Versöhnung, sondern auf Klassenkampf eingestellt. Gut, wir es wissen."

Die Beruhigungsversuche des Herrn Zörgiebel wirken angesichts der Praxis, mit der die Anträge der Hinterbliebenen der Polizeiopfer seitens der Polizeibehörden verhandelt werden, geradezu wie ein Hohn. Es werden in den nächsten Tagen konkrete Beweise der Oeffentlichkeit mitteilen, aus denen hervorgeht, daß im Berliner Polizeipräsidium bei der Vernehmung von Zeugen, die die Geschädigten bei der Unterstützung heranzogen, in unerhörtester Weise vorgegangen worden ist. So gibt es nicht einen, sondern mehrere Fälle, wo polizeiseitens Zeugen, die zugunsten der Mai-Opfer aussagen, durch Drohungen beeinflußt werden sollten, ihre Aussagen zu abwändern. Ja, man ging soweit im Polizeipräsidium, man einzelnen Arbeitern erklärte, falls sie ihre zugunsten der Polizei gemachten Aussagen aufrechterhalten würden, sie selbst wegen Beteiligung an den Mai-Unruhen unter Anklage zu stellen. Diese Erklärung, die Herr Zörgiebel durch seine polizeifromme Presse verbreiten läßt, richten sich durch die Tatsachen selbst.

Offiziere haben milde Richter

Wegen gegen zwei Polizeibeamte vor dem Erweiterten Schöffengericht in Reukölln durchgeführten Prozeß wegen eines versteckten Schlagers wurde der Polizeiwachtmeister Torger zu einer Geldstrafe von 30 Mark, der Polizeihauptmann Grunert zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt. Bekanntlich wurde während der Verhandlung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, so daß es nicht möglich war, der Oeffentlichkeit konkrete Angaben über die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und faschistischen Organisationen zu machen. Das Gericht begründet dieses milde Urteil damit, daß den Angeklagten ein Vergehen gegen das Republikschutzgesetz nicht nachzuweisen sei. — Sonderbar, wie leicht ein Vergehen gegen das Republikschutzgesetz in einem Prozeß gegen Arbeiter konstruieren läßt.

Feme-Roßbach vor dem Arbeitsgericht

In den nächsten Tagen wird gegen den früheren Femehäuptling, Reichswehrleutnant und jetzigen Theaterdirektor Roßbach, ein Prozeß vor dem Arbeitsgericht durchgeführt. Roßbach plante die Gründung einer völkischen „Führerschule". Es fehlte ihm aber vorläufig das Geld. Dagegen sammelten sich nach und nach 36 000 Mark Schulden an. Um seine „Führerschule" zu propagieren, gründete er eine Werbestelle, die von zwei adligen Damen geführt wurde. Ein Fräulein von Zawitz und ein Fräulein von Bewitz haben nunmehr den ehemaligen Femehauptmann auf Auszahlung ihres Gehalts verklagt. Roßbach gibt an, dadurch in eine mißliche Lage geraten zu sein, daß ihm die mecklenburgischen Polizeibehörden die Erteilung der „Alkohol-Ausschankkonzession" verweigerten. Dadurch sei der Erfolg der geplanten Führerschule völlig in Frage gestellt worden. Im übrigen scheint sich der völkische Kavalier gegenüber den adligen Damen sehr schäbig benommen zu haben, denn er ließ sie trotz vieler Mahnungen ohne jedes Geld sitzen. Ohne Zuff kann eben keine völkische Bewegung bestehen.

Die SPD. verbeugt sich vor den Deutschnationalen

Wie uns unser Bruderblatt, die „Hamburger Volkszeitung", berichtet, haben die SPD.-Mitglieder Podenn, Umland und Polizeioffizier Friedrichs in der Landesversammlung den Beschluß des Bürgerschafts-Denkmal-Ausschusses zugestimmt, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal gegenüber dem Neubau des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zu versetzen.

Alle Anträge der Kommunisten, das wilhelminische Symbol abzureisen und einzuschmelzen, wurde mit den Stimmen der SPD. abgelehnt. Somit haben sich die SPD.-Führer wieder als treue Verbündete der Deutschnationalen und aller übrigen Monarchisten und Nationalisten erwiesen.

Das Sommerfest der Münchener Roten Hilfe verboten

(Eig. Meld.) **München, 17. Juni.**

Nach wochenlanger Verzögerung hat nun die Münchener Polizeidirektion das für den 23. Juni angesetzte Sommerfest der Roten Hilfe, München, verboten.

Charakteristisch für die Methoden der faschistischen Polizei in München ist es, daß sie es nicht einmal für nötig hielt, für das Verbot ein Wort der Begründung anzugeben.

Gegen die Tischermonzenfälscher erhob der Berliner Staatsanwalt Strafantrag. Bei der Aufhebung der Falschmünzerwerkstatt in Frankfurt am Main wurden seinerzeit 120 000 gefälschte Tischermonzen beschlagnahmt.

Der sowjetrussische Präsident des Technischen Maschinensyndikats, Koniukoff, ist zu einer Besichtigung englischer industrieller Anlagen in London eingetroffen.

Der neue Aufstand in Marokko

(WTB.) **Paris, 15. Juni.**

Nach einer im „Journal" veröffentlichten Meldung aus Casablanca rücken die französischen Truppen südlich des El-Abib-Tales in Richtung auf Tadla vor und befinden sich bereits in der Reichweite der Kanonen des am meisten gefürchteten Führers der Aufständischen, Sid Mohammed Ben Taibi. Die Eingeborenen zogen sich angesichts dieses Vormarsches zurück, ohne es auf Kämpfe ankommen zu lassen.

Die KPDe. demonstriert trotz Verbots

Zu Donnerstag abend hatten in Wien die Kommunisten zu Protestkundgebungen gegen das von der österreichischen Sozialdemokratie unterstützte reaktionäre neue Mietergesetz aufgerufen. Durch die SPD.-Presse geht die Meldung, daß die Teilnahme an dieser Demonstration schwach gewesen sei. Daß das ganz und gar nicht der Fall gewesen ist, bestätigt selbst der Bericht der österreichischen sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung", die u. a. schreibt: „Die Polizei hat. Bei der Räumung der Versammlungslokale kam es in Mosers Gasthaus und beim Pachleschner zu Zusammenstößen, wobei die Polizei von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machte und einige Versammlungsteilnehmer leicht verletzte. Auch mehrere tätliche Verhaftungen vorgenommen. Unter den verhafteten Kommunisten befindet sich der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Ziegler." Trotz aller Abschwächungsversuche, die auch die „Arbeiterzeitung" über die Teilnehmerzahl an den kommunistischen Demonstrationen macht, bestätigt diese Darstellung, daß immerhin große Massen dem Ruf der Kommunistischen Partei gefolgt sind.

Der Nationalrat in Wien nahm dann am Freitag nach einer mehrtägigen Debatte das reaktionäre Wohn- und Mietgesetz an. Selbst ein bürgerliches Organ, die „Vossische Zeitung", schreibt, daß „zwar die Abänderungsanträge der Sozialdemokratie abgelehnt wurden, diese aber doch für die Gesamtheit der Gesetze ihre Stimme abgab". So ist mit Hilfe der österreichischen Sozialdemokratie das von der Sozialdemokratie seit Jahren so stolz gepriesene Mieterschutzgesetz des „roten Wien" gefallen.

Die französische Kolonialschande

(WTB.) **Paris, 15. Juni.**

Die Kammer hat einige Interpellationen über die französische Kolonialpolitik besprochen. Der sozialistische Abgeordnete Nouelle kritisierte die von dem früheren Kolonialminister angeordneten Maßnahmen in Französisch-Aequatorialafrika, die vor einem Jahre zum Aufstand geführt hätten. Nach einer im April aufgestellten Schätzung seien, so behauptete Nouelle, mehr als 5000 Eingeborene den Repressalien, die im Verfolg des Aufstandes zur Anwendung gebracht worden seien, zum Opfer gefallen.

Der zweite Interpellant, der Kommunist Piquemal, behandelte die Zwangsanwerbung von Eingeborenen zum Bau der Eisenbahn von Brazzaville zur Küste. Nach dem Bericht der Agentur Havas zitierte er eine Zeitungsnachricht, wonach bei dem Bau von 140 Kilometer Eisenbahn von 30 000 Eingeborenen 17 000 ums Leben gekommen seien, während in den belgischen Kolonien beim Bau einer derartigen Strecke die Verluste nur ein Zehntel dieser Zahl betrugen. Kolonialminister Maginot unterbrach den Redner und erklärte diese Angaben für falsch; er fügte hinzu, im Jahre 1927 seien von 6362 eingestellten Eingeborenen 1928 gestorben und im Jahre 1928 von 10 625 eingestellten Eingeborenen 1252. Uebrigens seien 800 chinesische Kulis als Arbeiter nach Französisch-Aequatorialafrika unterwegs, und zwar Arbeiter, die frei und gegen Arbeitsvertrag angeworben seien (??). Der Kommunist Piquemal forderte vom Kolonialminister ein disziplinarisches Vorgehen gegen den Gouverneur Antonetti.

Ermordet wurden zwei englische Offiziere in Indien. Die Empörung der indischen Eingeborenen gegen ihre fremdländischen Unterdrücker wird immer größer.

In Bombay wurde der englische Schriftsteller Hutchinson verhaftet. Er hat sich der Arbeiterpartei angeschlossen und unterstützte die Streikbewegung der indischen Textilarbeiter.

Am appetitlich gedeckten Tisch

schmeckt das Essen noch einmal so gut! Da blinken und funkeln auf schneeweißer frischduftender Persilwäsche die Messer, Gabeln und Löffel, die durch Ata, Henkels Putz- und Scheuerpulver so rasch zu putzen sind. Ata gibt allen Gegenständen aus Holz, Stein, Marmor, Porzellan, Glas und Metall spiegelnden Glanz, Reinheit und Frische. Ata ist sparsam und billig. Die praktische Streuflasche kostet nur 20 Pfennig.

ATA putzt und scheuert alles.

Hergestellt in den weltbekannten Persilwerken.

KUR MARK CIGARETTEN
Eine Cigarette der neuen Epoche!

Dank und Anerkennung
Herr Halle, der 12 möglichen zu Rate gezogen hat, wo alle ärztliche Kunst versagte, und mich von Krankheit befreit und geheilt hat. Bin ... Machstedt Str. 13 [700]

Der trank ist
... Halle a. S., Reilstr. 87

Anzen alles Ungeziefer vertilgt sof. nur „Gold a", Steinweg 10

Wo speise ich gut und billig
im
Volkspark?
Burgstraße 27 Tel. 21107

Steinsetzer
werden eingestellt bei Firma Sperling, Schkeuditz, Steinsetz- und Tiefbaugeschäft

Kaufmann beim Bezugsquelle für
Billige böhmische Bettfedern!
1 Pfund grau, gute, geschlissene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 Mk., halbweiße Daunen 2 Mk., weiße Daunen 5 Mk., weiße 7 Mk., hochfeine 10 Mk. Versand jeder beliebigen Menge portofrei gegen Nachnahme von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet oder Geld zurück. Muster u. Preisliste kostenlos
S. Benisch, Export böhmischer Bettfedern in Brag XII. 694

Werbt für d. Klassenkampf

Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige Literatur
Sämtliche Schul- und Schreibwaren
Entgegennahme sämtlicher Aufträge an Drucksachen u. Inserate

Konsumverein Wittenberg u. Umg.
e. G. m. b. H.
Sonntag, den 23. Juni, 16 Uhr, im Gewerkschaftshause, Kurfürstenstraße 15
Ordentl. Vertreterversammlung
Tagesordnung:
1. Bericht der Verwaltung
2. Bericht vom Verbands- und Genossenschaftstag
3. Neuwahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern und Ersatzleuten
4. Anträge 694
5. Genossenschaftliches
Anträge müssen bis zum Dienstag, den 18. Juni, 17 Uhr, beim Unterzeichneten eingereicht sein
Hugo Schmitz,
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstr 22 Mittelstr. 51
Ständig größte Auswahl in moderner Herren- u. Knaben-Kleidung
● Alleiniger Lieferant ● 685
der Konsumvereine GmbH. Wittenberg u. Umg., Elster und Jessen 6

Capsapon
bestes Mittel gegen Gicht und Rheumatismus empfiehlt die
682 Adler-Apotheke, Wittenberg

Löwen-Apotheke
Wittenberg, Collegienstr. 17

J. Israel
Wittenberg
6 Collegienstraße 6
Herren- und Knaben-Garderoben sowie Berufskleidung in großer Auswahl
billigste Preise 681
Mitglieder der Organisationen u. wirtschaftlichen Vereine von Wittenberg und Umgegend erhalten Rabatt

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Licht- u. Kraftwerke Wittenberg, GmbH.
Wittenberg, hallesche Str. 32
Installation von: 662
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Auf Miete mit Eigentumserwerb

Mitglieder! 690
Deckt Euren gesamten Warenbedarf im Konsumverein Wittenberg!
Die Verteilungsstelle ist Eure Vorratskammer

1 moderne Küche 6teilig 80 Mk.
1 niederländische Küche 12teilig 140 Mk.
sowie einzelne Küchenschränke von 20 Mk. an.
Tische, Stühle und alle Gebrauchsmöbel zu verkaufen
M. Bauer,
Weißenfels,
Gr. Kalandstr. 9

Alte Bücher
empfehlen die
Buchhandlungen
Lerchenfeldstr. 14
hart 1

Gebrauchte Möbel
aller Art, sowie
Federbetten
kauft man billig bei
Gottschalk,
Weißenfels,
Fischgasse 31. 679

„Der kleine Tapetenladen"
mit der großen Auswahl und den billigen Preisen, ist auch der einzige Laden Halles in dem Sie Peradura-Fußboden-Oel- und Lackfarben kaufen können — —
Tapeten-Kramer 702 Farben-Kramer
Halle a. S., Mittelwache 9/10, Tel. 21465

Freitagnacht verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Sohn, Pflegesohn, Bruder und Schwager
Hans Opatrill
im 22. Lebensjahre 710
In tiefem Schmerz:
Joh. Opatrill und Kinder
Langestraße 7
Die Einäscherung findet Dienstag 13½ Uhr in der Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt 710

Am 26. Mai verstarb plötzlich und unerwartet unser Genosse
August Sauerwein
im Alter von 54 Jahren 684
Der Verstorbene war seit 20 Jahren ein treuer Mitkämpfer unserer Klasse. Sein Andenken werden wir in Ehren halten
KPD. Ortsgruppe Diemitz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0011

A. Führer durch die Geschäftswelt für unsere Leser, Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Hal

Sparkasse – des Saalkreises

Annahme von Spareinlagen unter Garantie des Kreises gegen zeitgemäße Verzinsung.

Baumgartel, Gr. Steinstr. 17 Fachgeschäft für Bandagen — Lieferant sämtlicher Krankenkassen 58316

Möbel-Schneider am Riebeckplatz Nr. 2 — Speise-, Herren-, Schlafzimmer — Auf Wunsch Teilzahlung 58317

Herren - Garderobe Anfertigung nach Maß — Otto Barteit, Hallorenring 10 58447

Neura das Gesundheits-Tafelwa — die Edel-Limonade. Riebeckp

Max Albert, Prinzenstraße 18 — billigste Bezugsquelle — Bootsplanen — Zeltbahnstoffe — Strohsäcke — Wolldecken — Drelle Markisenstoffe — Schwerstscher etc. 58323

Zimmermann's Bier- u. Weinstube — Kleine Steinstraße 2 58307

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Kleeblatt-Butter ist die beste — **F. H. Krause,** Landsberger Straße Nr. 3 58322

Kaempf & Co., Inh. W. Rost Gr. Steinstr. 58 — Bandagen, Leibbinden, Artikel zur Krankenpflege, Krankenkassen-Lieferant 58319

Bruchbänder, Leib — Plattfußeinlagen u. — Artikel zur Krankenp — Fr. Hellwig, Barfüßerstraß — Krankenkassenlieferant

Halle-Zentrum

Molkerei Trotha Frischmilch und Joghurt — Kindermilch 58383 — Butter, Sahne, Quark

STEINTORBAD neben Walhalla, Haltestelle der Linien 1, 2, 4, 5 — Massagen, Bestrahlungen jeder Art ◆ Am Steintor Nr. 8 58131

Molkerei Merbitz Täglich frische Milch u. Joghurt-Butter, Sahne, Quark — Freiimfelder Straße 8

Theodor — Leipziger St — Das führende — wagen- u. Rechn — haus, Kleiderm — Zimmern, Garn

Empfehle meine **Obst-Spezialgeschäfte** — Berliner Straße ◆ Bernburger Straße ◆ Königstraße — Wilhelm Pfeiffer 58099

Engelhardt-Biere überall! — Mitteldeutsche Brauereien: Halle, Merseburg, Sangerhausen 57939

Inserenten fordert Offerten über Drucksachen ein

Moritz Bergmann, Sanit — Vogeljutter — Leipziger Straße

Walhalla Das Theater d. Werktätigen — Gr. Steinstr. / Kleine Preise

Zoo Herrlich gelegen — Ständ. wechselnd. Tierbestand — Große Neuanlagen 58381

Das moderne Schuhhaus größten Stils! — **ROMEO** — HALLE A.S. Gr. Ulrichstr. 52 Ecke Schulstraße

Halle-Zentrum

Sie decken Ihren Bedarf in moderner Herren-Bekleidung und Berufsbekleidung am besten bei — **Gustav Reinsch,** Schmeerstraße 28 neben J. Lewin 57941

Kroll-Lichtspiele — **Th. Fi** — Kl. Ulrichstr.

Herren- und Jünglingskleidung auf Teilzahlung — kaufen Sie am vorteilhaftesten bei — Halle a. S. Leipziger Straße 85 — **Franz Mettner, G.m.b.H.** Merseburg Weißenfelser Str. 7 57964

Das führende Photo-Haus — **Ballin & Rabe** — 57946 Preußering 14, Händelstr. 1, Delitzscher Straße 94

Wittekind - Mineralwasser - Sprudel mit Zitro — wohlschmeckend und bekömmlich, liefert frei Haus die Brunnenverwa

Möbel aller Art, preiswert und gut — O. Bernhardt, Herrstraße 19 — evtl. Zahlungserleichterung 57826

Allg. Konsumverein Halle u. Umg. — Mitglieder, Hausfrauen! Deckt Euren — Fleisch- und Wurstbedarf — im eigenen Unternehmen. Unsere — Großfleischerei — hat den Betrieb aufgenommen und liefert nur Qualitätswaren — Wie jetzt mehrere Fleischwaren-Abgabestellen 58380

Bruno Allner, Baugeschä — Halle - Cröllwitz, Weißenburgstr. 18 — empfiehlt sich zur Ausführung von — Neubauten, Umbauten, Fassaden sowie Reparatur 58395

Werkzeuge Eisenwaren, Haushaltartikel, Gartengeräte — Georg Temme, Delitzscher Str. 11 57941

Schuhwaren — **Friedrich Oehlschläge** — Leipzig Str. 3

Spielwarenhaus Rudolf Weibezahl — Inh. Max Ronneburger / Leipziger Straße 66 58408

Gasapparate — **Beleuchtungskörper** — **Stadtgeschäft Halle** G. m. b. H. — Gr. Ulrichstr. 54 Tel. 25654 57923

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze, Krukenbergstraße 7 — Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Versicherungsvereins 57944

Tapeten — Albert Gerstemann — Alter Markt 3 58103

Schirme — Reparaturen jeder Art — **Rickeit,** Eing. Gr. Steinstr. — Kleinschmieden 6 58100

Gebr. Kroppenstädt — Möbelfabrik, Große Märkerstraße Nr. 4 — Äußerst günstige Zahlungsbedingungen 57950

Richard Fiedler — Oleanderstr. 10 57948

Leonhardt & Schlesinger, Große Ulrichstraße 13/15 — Das Haus für sämtliche Handwerksberufe — Haus- und Küchenbedarf 58303

Linoleum — Wachstuche — Gummiwaren — Hugo Rehab Nachf., Gr. Ulrichstr. 3 57947

Uhren — Goldwaren — A. Krug, Uhrmach., vorm. A. Schüler — Gr. Steinstr. 58 — Reparaturen 57943

Topfwaren jeder Art empfiehlt — M. Nebel, Spezialgesch. Gr. Nikolaistr. 8 58123

G. Michel, Grafeweg 1 — Lebensmittel aller Art — Mitzpreisverkauf 58122

E. Fischer, Mineralwasserfabrik — Gr. Brunnenstraße 54 Telephon 28515 58082

Echter Hanewacker der berühmte Nordhäuser Kautabak

zu haben in allen besseren Geschäften 58088

Bei KARSTADT kaufen, heißt — gut und billig kaufen! 57842

Carl Weber, Schmeck — Feine Fleisch- und Wurst — Filiale Huttenstraße 23

W. Fleischer, Kl. Ulrichst — Zigarren ⊙ Zigaretten ⊙ Ta

Georg Weiß, Geiste — Feine Fleisch- und Wurstwa — Spezialität: Kalb-Nierenbraten

Friedrich Müll — Papier - Bureaubedarf — Leipziger Straße

Albert Kö — Rind- u. Schweineschlächterei — Manufaktur Erzeugnisse — Führender und preiswerter — kaufshaus auf dem Wochenmarkt — Großer Stadtstand an der Rathaus

Möbel jeder Art ⊙ Zahlungserleichterung — **G. Schaible** — Große Märkerstraße 26 57828

Bade im Centralbad — Universitätsring 32/33 (gegenüb. d. Hauptpost) — Bäder jeder Art 58312

Roßschlächterei K. Böhl — Halle - Saale — Dienstagstraße 3 — Fleisch- und Wurstwaren

Arthur Müller, Fr. — Fleisch- und Wurstwa

Volkswohl-Bund — Erb- und Feuerbestattung — Lebens- und Kinderversicherung — Keine Wartezeit. Bei Unfall doppelte Summe — Halle a. d. S., Breite Straße 16 58384

Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät" — Inhaber: M. Burkel — Kleine Steinstraße 4 Telephon 26393 58314

„Haflema" — Haleische Fleischfabrik u. Wurstwarenfabrik G. m. b. H. — Ia. Qualitätswaren — Gr. Nikolaistr. 6 Fernspr. 31288 58121

Färberei Naumann & Co. — Fabrikannahme: Jakobstraße 39 — 8 eigene Läden in der Stadt 58304

Schnurpelwasser — das alkoholfreie Volksgetränk — erhältlich in allen Lokalen 58313

Hoyer, Musikinstrumente — Sprechapparate, Schallplatten — Geiststraße 52

Drogerie G. Ohwald — Fernspr. 1217 Halle a. d. S. — Farben — Lacke — Pinsel

Werbt für den Klassenkampf

Halle-Nord

Konner, Strümpfe, Wäsche, Moste — Kleistraße 18 — 58114

Bäckerei Kämpf, Gr. Gosenstraße 32 — ff. Kuchen und Zeingebäck 57898

Karl Wahlpahl, Lebensmittelgeschäft — Triftstraße 22 — Eigene Hausschlachterei — Jeden Freitag: Schlachtefest 57901

Schuhhaus Altermann — Die billigen Str. 31 und 19 — Reichhalt. Lager in Qualitätsschuhen — Reelle Bedienung — Niedrige Preise 58115

Drogen, Seifen, Farben — Paul Möckel, Große Gosenstraße 12 57897

Fisch- und Seefisch-Handlung — Friedrich Bönicke, Gr. Brunnenstr. 65 57955

Friedrich Weber, Gr. Brunnenstr. 18 — Lebensmittel- und Kohlenhandlung 58116

M. Donnerstag — Sämtliche Lebensmittel — Triftstraße 5 58387

W. Hackemesser, Böckstraße 1 — Rind- und Schweineschlächterei — ff. Aufschnitt 57937

Rich. Fischer, Gr. Gosenstraße 39 — Kolonialwaren, Weine, Spirituosen 57895

Kolonialwaren, hausschl. Landwurst — Berta Fischer, Seebener Straße 164 57898

E. Bohlt, Körnerstraße 9 — Kolonialwaren, hausschlacht. Fleisch- und Wurstwaren 57958

R. Helwigs Hausschlachterei — ff. Gebäckkleiner Würstchen — Seebener Straße 197 57899

Paul Dittrich, Körnerstraße 34 — Rind- und Schweineschlächterei 58386

Paul Exner, Kolonialwaren hausschl. Wurst Triftstr. 28 58117

Schnell - Besohlanstalt Halle - Nord — Geiststraße 32 (Ecke Hermannstraße) 58113

Paul Kaiser, Gr. Brunnenstr. 7 — Rind- u. Schweineschlächterei, ff. Wurstwaren. Eigene Räucherei 57956

Zuftus Klostermann, Advokatenweg 27 — Feine Fleisch- u. Wurstwaren 57900

Halle-Süd

Paul Drietchen Zigarrenhaus — Wörmlitzer Str. 109 57910

Zigarrenhaus Willy Zeigler — Hauptgeschäft: Merseburger Str. 161 — Filialen: Bahnhofsausgang, Thielenstr., Leuchtenbrücke Str. 26 — Delitzscher Str. 9 57841

Kolonialwaren Max Künzel — Merseburger Str. Ecke Königstraße 57889

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Hermann Kraneis, Hauschlachterei — Böllberger Weg 20 u. Wochenmarkt 57911

M. Heldig, Merseb. Str. 67a ff. hausschl. Wurstw., Konserv., Delikat., Kolonialwaren 58107

Thomasius-Drogerie — Gust. Kühlfuck, Thomasiusstr. 49 — Samtl. Wand- u. Fußbodenfarben — Reparatur-Werkstatt

Barbara-Drogerie — Merseburger Str. 104. Tel. 32950 — Farben Tapeten Photo Drogen

Ernst Stollberg Schuhwarenhaus — Merseburger Str. 62 — Reparatur-Werkstatt 58105

Adler-Drogerie Königstraße 14 — Ecke Landwehrstr. — Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien 58109

Walter Asmus, Merseburger Str. 108 — Galanterie- — Haushaltwaren — Eisenwaren 58106

Paul Richter 58110 — Kaffeerösterei, Kolonialwaren — Steinweg und Geiststraße

Hausfrauen, gute Romane stehen im „Klassenkampf"

Referiert 27

Bäckerei und Konditorei Otto Schu — Böllberger Weg 19, Ecke Lu

Hermann Beck — Rudolf-Ramm-Straße 15 — Rathausstraße 13a — ff. Fleisch- und Wurstwaren

In welches Kino geh — Das im „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0012

Aus den Betrieben

Der „Klassenkampf" ruft wieder zur Bildung der revolutionären Einheitsfront

Der „Klassenkampf" sollte nicht in die Betriebe gelangen — die Betriebe sollten nicht im „Klassenkampf" angeprangert werden, das ist eines der wichtigsten Ziele, welches die reformistische Staats- und Gewerkschaftsbürokratie mit dem Verbot unserer Zeitung verfolgte.

Alles können aber solche Verbote letzten Endes hindern in der Verschärfung der Klassengegensätze und an der Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie? — Sie bewirken schließlich das Gegenteil, eine Verschärfung der Konflikte!

Schon die Zeit des „Sozialistengesetzes" hat gezeigt, daß eine illegale revolutionäre Partei durchaus hinreichend in der Lage ist, ihre Agitation und Propaganda auch ohne legale Presse, auf illegalem Wege in die Massen zu tragen.

Heute ist die Kommunistische Partei durch tausend Fäden verbunden mit der Masse der Werktätigen, so daß durch das Verbot des „Klassenkampf" ihre Tätigkeit zwar nicht in gleichem Maße wie vor der Oeffentlichkeit ausgedrückt werden konnte, die Tätigkeit selber aber war deshalb nicht weniger intensiv, sie war erst recht gesteigert!

Die Verbindung mit den Betrieben war nicht unterbrochen, die revolutionäre politische Arbeit ist dort belebt worden durch die illegalen Verbote; und die Organe der Partei waren und sind informiert von allen wichtigen Vorgängen in den Produktionsstätten des Betriebszellen — überall dort, wo Ausgebeutete für Hungerlöhne und unter elenden Arbeitsbedingungen schuften — die Fraktionen — in allen Organisationen, die sich befindenden Massen geschaffen haben — sind nicht zu verachten. — Die Unzufriedenheit der Massen ist das Produkt der Profitwirtschaft selber. Der Klassenkampf wird also weitergehen und er wird ebenso beständig organisiert von der Partei der Revolution.

Es wird nun auch der „Klassenkampf" wieder in der Reihe der Betriebe stehen, und die Arbeiterkorrespondenten in den Betrieben werden der breiten Arbeiteröffentlichkeit wieder in allen Einzelheiten aufzeigen, wieviel tausendfältig die Formen und Mittel der Ausbeutung und Unterdrückung sind, woraus die Gesamtheit aller Betriebe die Einsicht ziehen muß, daß trotz der Verschiedenheit der Verhältnisse an den einzelnen Arbeitsstellen, überall der gleiche Feind entgegentritt, das kapitalistische Lohnsystem.

Werden daraus den Schluß ziehen, daß nur die Einheitsfront aller Arbeiter dieses System ein Ende machen kann!

Schwerer Betriebsunfall

Ein schwerer Unfall trug sich in der vorigen Woche auf der Grube Hohenbauer Ziegelwerke zu. Der Arbeiter Otto Heinrich aus Wurschenbach arbeitete in der Grube an einer Stelle, an der kurz vorher gesprengt worden war. Ein größerer Tonklotz lockerte sich und traf den Arbeitenden so schwer, daß er in der Nähe befindliche Lore aufschlug. Er trug einen Schädelbruch davon und mußte ins Torgauer Krankenhaus überführt werden, wo er bisher die Besinnung noch nicht wiedergewonnen hat. Er schwebt in Lebensgefahr.

Bruchbude Habämsa

Von einem Arbeiter der Habämsa, Ammendorf, wird uns folgendes berichtet. Wir halten diesen Bericht für so wichtig, daß wir ihn heute noch bringen, obwohl er schon 14 Tage bei uns liegt. Es ist auch das Verbot des „Klassenkampf" aber nicht zu spät geworden konnte.

Früher wurde an dieser Stelle die Habämsa als eine der ersten ersten Ranges angeprangert, besonders ist es der Genosse Rausch, welcher durch seine Antreibemethoden und seine Schikanen bei der ganzen halleschen Metallarbeiterschaft bekannt ist. Auch bei dem Arbeitsgericht ist die Habämsa bekannt. Am 5. Januar wurde der seitherige Betriebsratsvorsitzende Kitzel nebst einem anderen Kollegen Sch. fristlos entlassen wegen: „Diebstahl", und zwar sollen die beiden Zeichnungen, Schablonen und Modelle gestohlen haben. Der Entlassung ging eine Haussuchung bei beiden voraus, die bei Kitzel vollständig negativ verlief, während bei Sch. ein paar Feilen beschlagnahmt wurden. Die Firma stellte außerdem noch Strafantrag. Am 14. Mai war der Prozeß vor dem hallischen Schöffengericht. Wie nicht anders zu erwarten, wurde Kitzel freigesprochen, Herr Sch. zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er zugab, daß er ein paar eigene abgenutzte Feilen gegen ein neues umgetauscht habe. Rausch war in höchst eigener Person im Prozeß erschienen und versuchte alles möglichte, nicht nur Kitzel in der Hauptsache Kitzel des Diebstahls zu beschuldigen, doch die ärgsten Verdrehungskünste halfen ihm nichts, Kitzel konnte, wie er kam, wieder nach Hause gehen. Die Verhältnisse bei der Habämsa kennt, braucht sich ja nicht zu wundern, denn Dreistigkeit der Rausch und Konsorten zu wundern, denn die Habämsa hätte schon längst Bankrott gemacht, wenn sie nicht die Hilfe fremder Patente und Zeichnungen anderer Firmen benutzt hätte. Wir wollen heute die betreffende Firma nennen, von der die Zeichnungen zum Backofenbau stammen, noch nicht bekanntgeben, obwohl uns darüber ein genauer Bericht vorliegt. Wir behalten uns das bis zu einem späteren Termin vor. Es ist es eine ganz besondere Bewandnis mit dem Ingenieur Bauer, welcher drei Jahre unter dem Namen Bauer bei der Firma Habämsa lebt. Derselbe Ingenieur Bauer hat drei Jahre lang die Briefe der verschiedenen Kollegen und auch andere Schriftstücke mit dem Namenszug „Bauer" unterzeichnet. Erst seit ungefähr 6 Wochen nennt er sich jetzt mit seinem richtigen Namen. Was dieses Manöver? Hat man vielleicht Angst vor dem Staatsanwalt vor einer früheren Firma, bei der Belz früher bewandt?

Ja, Habämsa gilt also das Sprichwort „Was ich denk' und tu ich anderen zu.

Heute wollen wir es bei diesen Feststellungen bewenden lassen. Wir behalten uns aber vor, den ganzen Bericht des betreffenden Arbeiters hier abzudrucken, wenn wir den Zeitpunkt für gekommen erachten. Der Fall Kitzel spielt sich außerdem noch vor dem Arbeitsgericht ab, da Kitzel auf Wiedereinstellung klagt, weil er widerrechtlich entlassen ist. Auch über den Ausgang werden wir berichten.

Gewerkschaftsbürokratie holt Polizei gegen Betriebsversammlung

Belegschaftsversammlung der Oskar Dietrichschen Papierfabriken Weißenfels — Genosse Kudrisch soll mit Gewalt herausgeworfen werden

A.-K. Nachdem die Betriebsleitung der Oskar Dietrichschen Papierfabriken unter Aufbietung aller nur denkbaren Mittel es erreicht hatte, den Genossen Franz Kudrisch aus dem Betriebe zu entfernen und die Reformisten in der gleichen Zeit den Ausschluß aus dem Verbande bewerkstelligten, versuchten die Verbandsbürokraten des Fabrikarbeiterverbandes am Donnerstag, dem 6. Juni, nachmittags 5.15 Uhr, eine Belegschaftsversammlung im Stadttheater abzuhalten und die Belegschaftsmitglieder einzuwickeln. Unter den Themen „Die künftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen" und „Aufklärung über die Vorgänge im Betriebsrat" sollte die Irreführung der Belegschaft erfolgen, damit diese nicht merken sollte, daß die Entlassung des Genossen Kudrisch aus dem Betrieb und der Hinauswurf aus dem Verbande das Werk eines gemeinsamen Handels zwischen Betriebsleitung und Verbandsbürokratie war. Um in der Belegschaftsversammlung mehr Rückenhalt zu haben, hatte der Angestellte des Fabrikarbeiterverbandes, Müller, den Gauleiter Schneider, Erfurt, mitgebracht. Er glaubt wohl auch, daß das Einseifungsgeschäft von solcher Autorität besser vor sich gehen würde. Die Reformisten hatten die Einladung zu dieser Versammlung derart kurzfristig gestaltet, daß die Opposition vollständig überrascht werden sollte und nicht mehr Zeit haben würde, irgendwelche Vorbereitungen für eine Abwehr zu treffen. Trotzdem die Opposition von dem Stattfinden der Belegschaftsversammlung erst am Mittwoch, dem 4. Juni, 13 Uhr, Kenntnis erhielt, wurden die Abwehrmaßnahmen getroffen. Handzettel hergestellt und schon am Donnerstag früh vor den Betrieben verteilt, damit den Mimern in der Versammlung ein lebhafter Empfang bereitet wurde. Auf den Handzetteln wurden die Belegschaftsmitglieder aufgefordert, in der Versammlung zu erscheinen und darauf hinzuwirken, daß der Genosse Kudrisch in der Belegschaftsversammlung das Wort erhält, damit er Aufschluß geben könne, in welcher trauten Gemeinschaft zwischen Unternehmer und Bürokratie die Erledigung des Genossen Kudrisch im Betrieb und aus dem Verbande vor sich ging. Die Reformisten hatten auf ihrem Einladungszettel darauf hingewiesen, daß in der Belegschaftsversammlung nur Belegschaftsmitglieder Zutritt haben. Die Belegschaftsmitglieder wurden aufgefordert, den Versammlungsraum zu verlassen, sollten die Reformisten es ablehnen, den Genossen Kudrisch sprechen zu lassen.

Zu der Versammlung waren prompt die Angestellten Müller und Schneider aus Erfurt erschienen. Pünktlich begann auch die Versammlung. Erschienen waren 150 Kollegen. In der Versammlung war auch der Genosse Kudrisch anwesend. Als der Versammlungsleiter merkte, daß Kudrisch anwesend war, wurde er aufgefordert, den Versammlungsraum zu verlassen. Kudrisch weigerte sich, dieser Aufforderung nachzukommen. Der Genosse Kudrisch war zu dieser Weigerung um so mehr berechtigt, da sich die ganze Belegschaftsversammlung dafür einsetzte, daß Kudrisch zu bleiben habe. Was taten die Reformisten? Nun, sie taten dasselbe, was Reformisten zu tun pflegen, wenn Oppositionelle in einer Versammlung ihnen unliebsame Gäste sind.

Der Angestellte des Fabrikarbeiterverbandes, Müller, sente sich zunächst mit dem Geschäftsführer des Stadttheaters in Verbindung. Da aber dieser nicht anwesend war, sollte ein Kellner an Stelle des Geschäftsführers den Hinauswurf des Genossen Kudrisch besorgen.

Dieser Kellner war auch dumm genug, eine solche Büttelrolle zu übernehmen. Er kam aber mit seinem Wollen bei der Belegschaftsversammlung bei dem Genossen Kudrisch sehr schlecht an. Er mußte unverrichteter Sache wieder abziehen.

Müller wandte sich nun telephonisch an die Polizei.

Flugs kam ein Schupo im Laufschritt in das Stadttheater. Von Müller erhielt er den Auftrag, Kudrisch zu entfernen. Unter den Versammlungsteilnehmern erhob sich ein ungeheurer Sturm der Entrüstung. Sie erhoben Einspruch; darauf wurde der Schupo vernünftig. Er erklärte,

wenn die ganze Versammlung wünscht, daß Kudrisch bleiben soll, so ist dagegen nichts zu machen.

Da die Reformisten sahen, in welch tölpelhafter Weise sie die Versammlungsteilnehmer provoziert hatten, machte der Gauleiter Schneider Anstalten, um unter Protest die Versammlung zu verlassen. Nachdem sich die Empörung unter den Versammlungsteilnehmern einigermaßen gelegt hatte, einigte man sich in der Weise, daß der erste Tagesordnungspunkt ohne Kudrisch erledigt und zum zweiten Tagesordnungspunkt der Genosse Kudrisch sprechen sollte.

So wurde dann auch verfahren, nur mit dem Unterschiede, daß, nachdem Schneider den ersten Tagespunkt erledigt hatte, er und die Leitung die Versammlung verließen und Genosse Hans Kudrisch dann allein zu den Betriebsproleten sprach.

Die Betriebsversammlung war für die Reformisten eine einzige Niederlage. Die Weißenfelser Arbeiterschaft hat damit wieder ein Beispiel für die Verkommenheit der SPD.-Bürokratie, woraus sie nun aber die nötigen Schlüsse ziehen muß!

Die Wahlen zum Ausschuß der Reichsbahnarbeiter-Pensionskasse

finden in diesem Jahre am 24. Juni statt

Genau so wie die Krankenkassen ist auch die Arbeiter-Pensionskasse das unbeschränkt beherrschte Gebiet der christlichen und reformistischen Gewerkschaftsbürokraten.

Die Arbeiter-Pensionskasse der Eisenbahner, welche schwer unter den Nachwirkungen des Krieges und der Inflation zu leiden hatte, da die gezeichneten Kriegsanleihen vom Vermögen der Kasse durch die Inflation verlorengingen, muß im Interesse der Versicherten ausgebaut werden. Die Absicht der Reichsbahn und sonstigen interessierten Stellen ist, die Arbeiter-Pensionskasse wiederum auf Kapitaldeckungsverfahren umzustellen, um aufs neue Kapitalreserven zu neuen Kriegen zu bekommen. Die Satzungen, die am 1. Juni 1926 in Kraft getreten sind, wurden in den Dunkelkammern des Zweckverbandes von den christlichen und reformistischen Gewerkschaftsbürokraten beraten. Sämtliche Anträge, die von der Opposition im Dezember 1926 auf der Hauptversammlung gestellt wurden, wurden abgelehnt. Die schreiende Ungerechtigkeit, daß heute noch drei Arten von Rentnern sind, muß beseitigt werden.

Die Nutznießer der Inflation, Reich und Reichsbahn, haben die Mittel zur Verfügung zu stellen, daß die Alt- und Uebergangs-Rentner die Renten erhalten, auf die sie Anspruch haben!

Wir verlangen weiter, daß die Witwen-Zusatzrente von 60 auf 75 Prozent erhöht wird. Ebenso muß die Zusatzrente gewährt werden vom Tage der Invalidisierung an, ganz gleich, ob Krankengeld bezogen wird oder nicht.

Kollegen! Alle Verschlechterungen gegenüber den alten Satzungen müssen beseitigt werden! Dies kann aber nur geschehen durch den steten und unerbittlichen Kampf gegen die Hauptverwaltung und nicht durch eine Arbeitsgemeinschaftspolitik der GdE., des AEV und des EdE. mit der Hauptverwaltung.

Sie helfen der reaktionären Verwaltung, aber einem hilflosen Invaliden, der nicht organisiert war, verweigern sie grundsätzlich jede Hilfe.

Die revolutionäre Opposition steht auch bei diesen Wahlen im Kampf gegen die reformistischen, christlichen und anderen gelben Bürokraten. Sie hat eine Landesliste und in einigen Bezirken auch Bezirkslisten der „revolutionären Opposition" aufgestellt. Dort, wo keine eigene Bezirksliste aufgestellt ist, müssen trotzdem für die Landesliste die Stimmen für die „revolutionäre Opposition" abgegeben werden.

Kollegen! Jede einzelne Stimme ist wichtig und alle werden restlos auf der Landesliste gezählt! Die Liste der revolutionären Opposition darf keine Stimme verlieren!

Alle Stimmen den Listen der „revolutionären Opposition"!

Betriebsmord

Vom Zuge totgequetscht

Der Zugführer des Schachtzuges der Alkalimerke, Westeregeln, Gustav Hasse hatte mit seiner Maschine Kohlen genommen. Als er die Bunkerklappe wieder hochschließen wollte, fuhr der Zug an und drückte ihn gegen die Klappe. H. erlitt so schwere Kopfquetschungen, daß er sofort tot war.

Todessturz von der Lore

Im Steinbruch des Rodeschen Gipswerkes, Walkenried am Harz, war der 22 Jahre alte Arbeiter Fritz Rojahn im Begriff, eine Lore mit Gips auf den Fahrstuhl zu bringen. Hierbei stürzte er mit der Lore zehn Meter in die Tiefe und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf in einer Nordhäuser Klinik starb.

Ueberstunden- und Sonntagsschufterei auf Grube „Gottlob"

Furchtbare Zustände herrschen auf Grube „Gottlob", Riebeck-Montanwerke

Der Oberfeiger Pfeifer, bei den Arbeitern der „Molly" genannt, ist es, welcher die Kumpels schlimmer als Sklaven ausbeutet. In letzter Zeit wurden kurz vor Schichtschluß die Kumpels oftmals von Pfeifer aufgefordert, länger dazubleiben. Die Kumpels zeigen leider diesem Antreiber gegenüber kein Rückgrat und nicken gleichgültig mit dem Kopfe.

Warum stellt die Grubenverwaltung nicht mehr Leute ein? Es gibt doch genug Erwerbslose. Warum unternimmt der Betriebsratsobmann Musan nichts dagegen? Es werden doch öfter Arbeiten als Notstandsarbeiten gestempelt, welche die Springerschicht ausführen könnte.

Wir wollen hier noch einige Mißstände anprangern, die wegen ihrer Größe der Arbeiteröffentlichkeit nicht vorenthalten werden sollen, trotzdem sie schon einige Zeit zurück liegen.

Am Pfingstsonnabend wurde trotz des Regens gearbeitet und um ½3 Uhr hätte Schichtschluß sein müssen. Weil nun die Arbeiter kein Vesperbrot mit hatten, so machte Pfeifer folgenden Trick:

Er versprach Wurst und Brot, was auch geliefert wurde, und es ließen sich zwei Drittel der Belegschaft einfangen und arbeiteten Ueberstunden bis abends 7 Uhr. Der Betriebsratsobmann Musan **machte auch mit.**

Noch eine ähnliche Sache. Drei und vier Sonntage hintereinander mußten die Kumpels Sonntagsschicht arbeiten. Hier könnte einmal die Bergpolizei (Bergbehörde) nach dem Rechten sehen. Am ersten und zweiten Pfingstfeiertag wurde gearbeitet. Diese ungeheuren Mißstände müssen aufhören!

Kollegen, wenn Ihr mit Eurem Lohn nicht auskommt, so ist es grundfalsch, wenn Ihr Ueberstunden und Sonntagsschichten verfahrt, um Freitags einige Mark mehr im Lohnbeutel zu haben.

Gebraucht Euer gewerkschaftliches Recht

und zwingt Euren Betriebsrat und den Streikabwürger Weickart, daß sie zwischentarifliche Lohnforderungen einreichen.

Stärkt die Gewerkschaftsopposition und erkämpft Euch mit denselben einen besseren Lohn. Dann rückt den Betriebsrat Musan zurecht, damit andere Verhältnisse eintreten und er sich bei der Verwaltung durchsetzt. Wenn der Bau zu Ende ist, so fliegt Ihr doch alle raus. Die Gruben- und Schlotbarone machen auch vor Pfeifer nicht halt, wenn sie ihn nicht mehr brauchen, so fliegt auch er auf die Straße.

Arbeiterkorrespondenten! Berichtet wieder laufend aus den Betrieben und Gewerkschaften

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0013

Mobilmachung zum Reichs-Arbeiter-Sporttag

Das Arbeitersport- und Kulturkartell Halle ruft zu machtvollen Kundgebungen vom 20. bis 23. Juni auf

Demonstriert am 23. Juni in einmütiger Geschlossenheit

für die revolutionäre Einheit, gegen die Spalter und Sozialfaschisten!

Sportgenossen!

Am nächsten Sonntag begehen die Arbeitersportler in allen Orten den Reichs-Arbeiter-Sporttag, der alljährlich als machtvolle Kundgebung für die Idee des Arbeitersports stattfindet. In Halle konnten wir zum Reichs-Arbeiter-Sporttag immer neue Freunde und Mitkämpfer gewinnen. Auch der vorjährige Reichs-Arbeiter-Sporttag verlief mit einem guten Ergebnis. In einmütiger Geschlossenheit demonstrierten wir für die revolutionäre Einheit der Arbeiter-Sportbewegung. Der

Reichs-Arbeiter-Sporttag des vorigen Jahres

stand aber zugleich im Zeichen der ersten Spaltungsversuche. Ein unscheinbares Grüppchen von sozialdemokratischen Auchsportler rief zu einer „Sonderveranstaltung" auf, die angesichts der überfüllten Veranstaltungen, vor allem angesichts der gewaltigen Demonstration des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells einen geradezu dürftigen Eindruck machte. Wenige Wochen nach unserem machtvollen Aufmarsch, der den besten Beweis für erfolgreiche praktische Arbeit der im Kartell zusammengeschlossenen Arbeiter-Sportvereine erbrachte, erfolgte

die Auflösung des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells Halle

zusammen mit dem Bezirkskartell und dem Berliner Kartell. Alle dem Kartell angeschlossenen Vereine wehrten sich damals gegen die Auflösung und widersetzten sich dem Spaltungskurs der Zentralkommission. Diese setzte ihre Spaltungsarbeit dessenungeachtet fort, die schließlich zur vollkommenen Zerschlagung des Kartells und zum willkürlichen Ausschluß von zwölf hallischen Vereinen aus dem Arbeiter-Turn- und Sport-Bund führte. Seit dieser Zeit wurde jegliche praktische Arbeit in Frage gestellt, zumal der von der ZK. eingesetzte „Kommissar" seine Aufgabe lediglich in der Terrorisierung und Denunziation der Vereine sah.

Diesem unhaltbaren Zustande machten die Arbeiter-Sportvereine aus eigener Kraft ein Ende. Eine von mehreren großen Vereinen gebildete Kommission bereitete Anfang April den Wiederaufbau des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells vor. Unter dem allseitigen Drucke der Arbeitersportler kam es am 12. April im Beisein des Provinzialkartellvorsitzenden zur Neubildung des Kartells. Am gleichen Tage konstituierte sich der Kartellvorstand. Schon in der ersten Sitzung wurde von den Vertretern der Vereine zum Ausdruck gebracht, daß besonders angesichts des bevorstehenden Reichs-Arbeiter-Sporttages

die einheitliche Front mit den ausgeschlossenen Vereinen

hergestellt werden müsse. Das benutzte die Zentralkommission, um die von ihr ausdrücklich gebilligte Kartellbildung mit einem Male wieder für null und nichtig zu erklären.

Ohne den Kartellvorsitzenden zu benachrichtigen, ließ die ZK. dem sozialdemokratischen „Volksblatt" eine Nachricht zukommen, nach der das Kartell erneut aufgelöst sein sollte. Auch einen Kommissar setzte man wieder ein und zwar den durch die Spaltung des 6. Bezirks des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes unrühmlichst bekanntgewordenen Festerling. Diese Nachricht wurde am gleichen Tage veröffentlicht, an dem eine neue Kartellsitzung stattfand, die sich mit den Vorarbeiten zum Reichs-Arbeiter-Sporttag beschäftigte. Die Zentralkommission wollte also im Einvernehmen mit dem „Volksblatt" den Besuch dieser wichtigen Sitzung beeinträchtigen und die Vereine davon abhalten. Die Sitzung fand dennoch statt und traf ausgedehnte Vorbereitungen zum diesjährigen Reichs-Arbeiter-Sporttag.

Um sich und die Zentralkommission nicht ganz und gar zu blamieren, gab Festerling im Auftrage der ZK. die Losung heraus, daß in diesem Jahre in Halle kein Reichs-Arbeitersporttag veranstaltet würde. Dies sei „auf Grund der besonderen Verhältnisse" notwendig.

Diese „besonderen Verhältnisse" sind der umfassende Einfluß der Opposition auf die hallischen Arbeitersportler, der sich in deren Massenbeteiligung zum Reichs-Arbeitersporttag zeigen wird. Zu diesen „besonderen Verhältnissen" zählen auch die Sympathien, die die hallischen Arbeiter den oppositionellen Sportlern entgegenbringen.

Der diesjährige Reichs-Arbeitersporttag muß die feste Verbundenheit der hallischen Arbeiter mit der Arbeitersportbewegung zum Ausdruck bringen.

Daran wird Festerling samt der ZK. nichts ändern können. Es wird ihnen trotz aller Bemühungen nicht groß gelingen, die Sportgenossen der hallischen Vereine von der Teilnahme am RAST. abzuhalten. Interessant ist, daß die Spalter in diesem Jahre nach derselben Methode verfahren, wie es der Regatta-Klub im vorigen Jahre getan hat. Sie verzichen sich aus Halle. Diesen Rückzug macht der weitaus größte Teil der hallischen Vereine nicht mit. Sie begehen den RAST. trotz aller Sabotage unter Führung des Kartells in Halle.

Der diesjährige Reichs-Arbeiter-Sporttag

wurde zum kommenden Sonntag, den 23. Juni 1929 festgelegt. (Das Programm für die jeweiligen Veranstaltungen wird einen Tag früher im „Klassenkampf" veröffentlicht! D. Red.)

Am 20. Juni finden Fuß- und Handballspiele auf verschiedenen Plätzen von Halle statt (siehe Plakate!).

Am 21. Juni große Werbeveranstaltung im „Volkspark", unter Mitwirkung der Arbeiter-Sportvereine von Halle und Umgegend.

Am 22. Juni große Veranstaltung der Schwimmer an der Genzmerbrücke.

Am 23. Juni vormittags leichtathletische Vorkämpfe auf dem Stadion und mittags 1 Uhr Demonstration vom Roßplatz nach dem Stadion. Dort Festrede und sportliche Darbietungen. Abends 7.30 Uhr Abmarsch nach dem „Volkspark".

Sportgenossen!

Der diesjährige Reichs-Arbeiter-Sporttag steht im Zeichen der verschärften Klassengegensätze. Das tritt auch in der Sportbewegung in Erscheinung. Die bürgerliche Sportbewegung zeigt sich immer offener als Reservetruppe des Kapitals. Viele Arbeiter, die sich in das bürgerliche Lager verirrt haben, gilt es für unsere Arbeitersportbewegung zu gewinnen. Das können wir nur durch schärfsten Kampf gegen die bürgerliche Bewegung erreichen. Der Reichs-Arbeiter-Sporttag muß deshalb zum machtvoller Kampfaufmarsch der hallischen Arbeitersportler werden. Wir müssen am 23. Juni und an den vorhergehenden Tagen beweisen, daß die Spaltungsmanöver unseren Vormarsch nicht aufhalten können. Unter der Losung „Nun erst recht!" laßt uns zugleich in einheitlicher Front gegen alle Spaltungsversuche antreten und marschieren.

Sorgt für die restlose Beteiligung aller Vereinsmitglieder an den Veranstaltungen. Agitiert auch unter den übrigen Arbeitern für den zahlreichen Besuch aller Veranstaltungen.

Mobilisiert alle Kräfte für den Reichs-Arbeiter-Sporttag, der im Zeichen der revolutionären Einheit stehen muß!

Arbeitersport- und Kulturkartell Halle

Die hallischen Naturfreunde und der Reichs-Arbeitersporttag

Festerlings Anweisung, zum RAST „aufs Land zu gehen", wird mit großer Mehrheit zurückgewiesen

Die hallischen Naturfreunde nahmen am vergangenen Mittwoch in einer starkbesuchten Mitgliederversammlung Stellung zum Reichs-Arbeitersporttag. Der Vorsitzende, Genosse Bowitzky, gab zunächst einen kurzen Rückblick über die Entwicklung der Kartell-Angelegenheit in Halle, über das Zustandekommen eines arbeitsfähigen Kartells, das trotz aller niederträchtigen Spaltungs- und Sabotageversuche der Reformisten erfolgreich an die Vorbereitung des RAST. in Halle herangegangen ist.

Darauf begründete Genosse Rothe in längeren, mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Ausführungen die Notwendigkeit einer RAST.-Veranstaltung in Halle. Als er bei der Charakterisierung der letzten Entwicklung im Arbeitersport auch auf die Politik der SPD., die die Arbeitersportorganisationen restlos ihrer verbrecherischen Kriegs- und Panzerkreuzerpolitik dienstbar machen will, einging, glaubte ein Mitglied protestieren zu müssen, weil das „nicht hierher" gehöre. Darauf erhob sich ein stürmischer Protest unter einem großen Teil der anwesenden Mitglieder, die verlangten, daß Genosse Rothe in diesem Sinne weiterreden sollte.

In der Diskussion meldete sich Max Krech zum Wort, der mit keiner Silbe auf die grundsätzlichen Ausführungen des ersten Redners einging. Er wandte lediglich die Taktik des „Bangemachens" an, die leider von einem bestimmten Teil der Mitglieder allzernst genommen wurde.

Krech beantragte dann, daß die Ortsgruppe sich gemäß den Anweisungen Festerlings am RAST. in Ammendorf beteiligen solle. Dieser Antrag wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt! Für die offizielle Beteiligung am Reichs-Arbeitersporttag in Halle stimmten 47 Anwesende, dagegen 51.

Wir sind davon überzeugt, daß trotz dieses Ergebnisses, es sich der größte Teil der hallischen Naturfreunde nicht nehmen lassen wird, die Veranstaltungen des RAST. zu besuchen, und sich an der am Sonntag, dem 23. Juni, stattfindenden Demonstration zu beteiligen. Die Naturfreunde treffen sich an diesem Tage Punkt 12 Uhr am Weingärtenplatz.

Wozu die Spalter das „Klassenkampf"-Verbot ausnutzten

Die sozialdemokratischen Spalterseelen haben die Zeit des „Klassenkampf"-Verbotes weidlich ausgenutzt, um die Opposition im Arbeitersport zu verleumden und ihre Arbeit für die Einheit der Arbeitersportbewegung zu beeinträchtigen. Das „Volksblatt" versuchte gleich am ersten Tage des Verbots, den Arbeitersportlern das Gruseln vor „kommunistischen Geheimsitzungen" beizubringen. Das Märchen von den „kommunistischen Zellenbauern" wurde einige Tage später noch einmal wiederholt, weil es wahrscheinlich seine Wirkung auf die Arbeitersportler verfehlt hatte. Schließlich mußten die ausgeschlossenen Vereine herhalten, die in der schmutzigsten Weise verunglimpft wurden. Auf den allerdicksten Schwindel der sozialdemokratischen Presse werden wir noch zurückkommen. Wenn die sozialdemokratischen Federfuchser aber glaubten, etwa den Reichs-Arbeitersporttag irgendwie beeinträchtigen zu können, so dürften sie wohl durch die am Donnerstag in Halle beginnenden Veranstaltungen eines anderen belehrt werden.

Im übrigen wird aber der „Klassenkampf" nun auch den Arbeitersportlern in ihrem Kampfe wieder wegweisend sein. Die Antwort der Arbeitersportler auf den sozialdemokratischen Schwindel über ihre Bewegung müssen gewaltige Massenaufmärsche zum Reichs-Arbeitersporttag und die Gewinnung vieler neuer Leser für den „Klassenkampf" sein.

Heraus zum RAST am 22. u. 23. Juni in Weißenfels

In einer Zeit der schwersten Ausbeutung und Rationalisierung auf Kosten des Proletariats rufen die Sportkartelle zum Reichs-Arbeitersporttag auf. In Weißenfels findet er in diesem Jahre im neuen Stadion statt. Die Weißenfelser Genossen haben alles für einen machtvollen Aufmarsch unter roten Fahnen vorbereitet.

Fußballspiele als Auftakt zum Reichs-Arbeiter-Sporttag in Halle

Während der Reichs-Arbeitersporttage finden am Donnerstag, dem 20. Juni, folgende Fuß- und Handballwettbespiele statt. Alle Spiele beginnen 19 Uhr.

Sandauer-Sportplatz: Sportbilder 1. — Viktoria 1.	Teutonia
Teutonia-Platz (Gesalt): Teutonia 1. — Crölliwitz 1	Teutonia
Trotha-Platz: Trotha 1. — Lettin 1.	Sportbrüder
Diemitz-Dauhsch: Diemitz 1. — Reideburg 1.	ASC.
Mötlich-Sportplatz: Mötlich 1. — ASC. 1.	Diemitz
Fleischer-Sportplatz (Handball): ASC. 1. — 09 Halle 1.	Neugebohren, Crölliwitz
Wörmlitz-Platz: Wörmlitz 1. — Giebichenstein 1.	Crölliwitz

Sonntag, 23. Juni, im Stadion

Handball: 17 Uhr ASC. 1. — Auswahlmannschaft (Berger, Crölliwitz).
Fußball: 18 Uhr Südte-Elf — Auswahlmannschaft (Könnig, Sportbrüder).

Interessengemeinschaft Halle

Heute, Montag, 20.30 Uhr, im „Volkspark" Vorstandssitzung. Keiner fehle, da wichtige Tagesordnung.

Tabelle der Serienspiele der Interessengemeinschaft

1. Klasse, 1. Gruppe						
Reideburg	2	2	—	—	6 : 1	4:0
Mötl. Trotha	2	2	—	—	5 : 3	4:0
Viktoria 08, Halle	3	2	—	1	12 : 3	4:2
Sportverein Crölliwitz	3	2	—	1	12 : 4	4:2
Eintracht, Gröbers	1	—	—	1	1 : 6	0:2
Radfahrerklub Giebichenstein	2	—	—	2	2 : 8	0:4
Frisen, Löbejün	3	—	—	3	0 : 16	0:6

1. Klasse, 2. Gruppe						
ASC. Halle	3	2	—	—	9 : 4	
Mötl. Lettin	2	1	1	—	11 : 6	
Teutonia 08, Halle	2	1	—	1	6 : 5	
Ballspielklub Diemitz	1	—	—	1	2 : 4	
MWV. Mötzlich	2	—	—	2	3 : 8	
Sportfreunde Teicha	2	1	—	2	6 : 10	
Sportbrüder, Halle	3	1	—	2	7 : 11	

Ergebnisse vom 16. Juni (Serienspiele). 1. Gruppe. Viktoria 1. — Sportbrüder 1. 3 : 1. Crölliwitz 1. — Löbejün 1. 8 : 0. Das Resultat stimmt nicht. Es muß heißen 1. 3 : 1. Crölliwitz 1. — Löbejün 1. 8 : 0. Das Resultat stimmt. Es muß heißen 1. 3 : 1. Crölliwitz 1. — Löbejün 1. 8 : 0. Das Resultat stimmt nicht

Referat des Genossen Remmele

über: „Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der Sowjetunion und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands“

Genossen und Genossinnen! Ich möchte euch bitten, mein Referat als die Fortsetzung der Diskussion über die Kriegsfragen auf dem 6. Weltkongreß anzusehen, gewissermaßen als eine Diskussionsrede in der großen Diskussion, die wir auf dem Weltkongreß geführt haben. Auch die vorgelegte Resolution ist gedacht als ein Zusatz zur Resolution des 6. Weltkongresses.

Seit dem 6. Weltkongreß haben sich eine Reihe von Ereignissen abgespielt, die das Kriegsproblem, die Frage des Kampfes der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion, heute in einem wesentlich anderen Lichte erscheinen lassen als noch vor neun Monaten.

Genosse Remmele behandelt einleitend die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern und der Sowjetunion und den sozialistischen Aufbau im Arbeiterstaat.

Neue Geheimverträge zwischen den imperialistischen Staaten

Nun zu den Ereignissen, die sich in der Zeit nach dem 6. Weltkongreß abgespielt haben. Hier haben wir es vor allem mit der Schaffung der europäischen Antisowjetfront zu tun, die ihren sichtbaren Ausdruck in dem englisch-französischen Bündnis findet. In der ersten Zeit war die Auffassung in weiten Kreisen der Partei vorhanden, daß sich das englisch-französische Bündnis in der Hauptsache gegen Amerika richte. Seine Auswirkungen haben jedoch gezeigt, daß es in erster Linie der Organisierung des Krieges gegen die Sowjetunion dient.

In engster Verbindung mit dem englisch-französischen Abkommen steht das militärische Abkommen zwischen Rumänien und Polen, das in Verhandlungen zwischen dem rumänischen und polnischen Generalstab unter aktiver Teilnahme französischer Generale zustande gekommen ist.

Dieses Abkommen läuft auf folgendes hinaus:

1. Die ganze Front gegen die Sowjetunion wird zwischen Rumäniens und Polens Oberkommando aufgeteilt. Von Polen werden drei Divisionen an die rumänische Front, und umgekehrt von Rumänien sieben Divisionen an die polnische Front abgegeben.

2. Frankreich verpflichtet sich, zur Stützung des polnischen Teils der Front drei Divisionen zu stellen. Im Notfalle werden diese Divisionen aus dem Seewege nach Gdingen (polnischer Militärhafen bei Danzig) gebracht. Damit die Truppen vor den Angriffen der russischen Ostsee geschützt sind, wird die französische und englische Flotte eine Anzahl leichter Kreuzer und Unterseeboote nach Gdingen schicken.

3. Um Rumänien vor den Möglichkeiten eines russischen Angriffes an der Schwarzmeerküste zu schützen, wird von England in Aussicht genommen, in Konstanza (Schwarzmeerhafen Rumäniens) eine Flottenbasis für Unterseeboote, Torpedoboote und Panzerkreuzer zu schaffen.

Außerdem wird ein gemeinsamer Generalstab unter dem Oberkommando der französischen Heeresleitung gebildet. Wir sehen hier schon den vollständigen Kriegsplan, der in jenem Zeitabschnitt geschmiedet wurde, als die Verhandlungen zwischen England und Frankreich um die Abgrenzung ihrer Interessensphären in Europa begannen.

Was die englisch-französischen Gegensätze in Europa betrifft, so muß betont werden, daß es den beiden imperialistischen Mächten gelungen ist, alle diese Gegensätze zurückzustellen oder teilweise zu überwinden oder dadurch auszugleichen, daß alle die in Frage kommenden Staaten zu einer einheitlichen Antisowjetfront zusammengeschlossen werden. In dieses Bündnis wurden hineingezogen die Tschechoslowakei, Ungarn, ja selbst Italien, Jugoslawien und eine Reihe anderer Länder.

Die Rolle Deutschlands

Bei diesen Verhandlungen spielte die deutsche Diplomatie eine hervorragende Rolle. Der Kredit von 200 Millionen Mark, den das deutsche Finanzkapital vor einigen Monaten Rumänien gewährte, ist nicht aus rein geschäftlichen Erwägungen heraus zustande gekommen. Diesem Schritt gingen Verhandlungen vorausgegangen von Vertretern des deutschen Außenministeriums und der deutschen Industrie mit den Vertretern Frankreichs und anderer Länder. Dann erst wurde der Kredit gegeben, damit auch Deutschland seinen Anteil an dem heißhungrigen Raubzug gegen die Sowjetunion garantiert wird.

In diesem Zusammenhang verweist Genosse Remmele auf einen Artikel, der gerade während dieser Verhandlungen im „Berliner Tageblatt“ erschien und der die Pläne Frankreichs behandelte, die Ukraine von der Sowjetunion loszutrennen und zu diesem Zweck Maßnahmen vorzubereiten und zum Teil Polen anzugliedern, zum Teil aus ihr einen selbständigen ukrainischen Staat zu machen, natürlich unter dem Protektorat Frankreichs. Diesen Kriegsplan haben die deutschen Imperialisten bereits 1918 verwirklichen wollen, als sie den Banditengeneral Petljura als Präsidenten der Ukraine proklamierten, und diese Petljura-Regierung sitzt heute noch in Warschau und bereit darauf, gerufen zu werden.

Welche Rolle spielt nun Deutschland bei dieser Politik? Es wird oft so dargestellt, als wenn Deutschland, da es ja den Rapallovertrag abgeschlossen hat, der beste Freund der Sowjetunion sei. Aber dieser Vertrag hat die deutsche Regierung durch ihre antisowjetistischen Handlungen schon längst zu einem Fetzen Papier gemacht. Ich erinnere nur an die kürzliche Reise des Generalobersten von Seeckt nach Rumänien, die er in Begleitung von Vertretern des deutschen Außenministeriums und der Firma Krupp machte. „Zufälligerweise“ haben dann an den Verhandlungen in Rumänien auch Vertreter der ungarischen Regierung und anderer Länder teilgenommen. Ich erinnere weiter an die „inoffiziellen“ Verhandlungen, die während der Reparationskonferenz in Paris stattgefunden haben, an denen diplomatische und militärische Vertreter Englands und Frankreichs, und von Deutschland Schacht, Kühlmann und der General von der Lippe teilgenommen haben. Auch hier wurde der Raubzugsplan gegen die Sowjetunion besprochen.

Die industriellen Kriegsrüstungen Deutschlands

Ich komme nunmehr zu einem anderen Kapitel, zur Frage der industriellen Kriegsrüstungen in Deutschland. Ich glaube, daß dies eines der Gebiete ist, die von unseren Genossen in den einzelnen Bezirken besonders gründlich studiert werden müssen. Wir haben in unseren Thesen den Versuch gemacht, für die einzelnen Bezirke ihre besonderen Aufgaben in der Antikriegsarbeit zu stellen, aber die Bezirke müssen hier natürlich ergänzen helfen, damit das Bild abgerundet und vervollständigt wird.

Hören wir zunächst, was die militärischen Sachverständigen über das Problem der industriellen Kriegsrüstungen sagen. Der Generaloberst von Seeckt drückt in seinem Buch „Gedanken eines Soldaten“ die Auffassung aus, daß die Stärke einer Heeresmacht im modernen Krieg weniger in der Zahl ihrer Truppen liegt, als vielmehr in der Stärke der Industrie, die in der Lage sein müsse, im Falle eines Kriegsausbruches die Produktion sofort auf die Kriegsproduktion umstellen zu können. In einem Buch: „Ingenieur und Soldat“ wird dargelegt, wie heute schon einzelne Fabriken dazu übergehen, sich auf die Kriegsproduktion ein- und umzustellen. Wenn es so ist, daß jenes Land, das über die modernste Industrie und Technik verfügt, und das sich am schnellsten auf die Bedürfnisse des Krieges umstellen kann, das für den Krieg bestgerüstete Land ist, dann ist nicht daran zu zweifeln, daß Deutschland eine der stärksten Mächte in einem kommenden Kriege sein wird.

Wir haben in der Politik des neudeutschen Imperialismus ganz bestimmte Methoden, die dieser industriellen und technischen Vorbereitung des Krieges dienen. Hier gibt es zunächst die Subventionen des Reiches, der Länder und Gemeinden an die einzelnen Industrien. Diese Subventionen treten in den verschiedensten Formen in Erscheinung. Wir haben z. B. die Art der Subventionen, daß von seiten des Reiches Ueberpreise gezahlt werden bei Vergebung von Aufträgen. Dann gibt es die Form des Zollschutzes, der Ausfuhrprämien usw. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat festgestellt, daß diese Subventionen allein 4 Milliarden betragen.

Eine andere Form der Subventionen sind die Steuerermäßigungen, Steuererlasse usw. In diesem Zusammenhange sei die 500-Millionen-Anleihe der Reichsregierung erwähnt, die für die Großkapitalisten für die gezeichneten Summen Steuerfreiheit gewährt. Das größte Betrugsexperiment ist jedoch die Methode, die den Arbeitern abgequetschten Steuern der Industrie zur Verfügung zu stellen. Der Finanzminister Hilferding, der für Erwerbslosenunterstützung, Kinderspeisung usw. angeblich keine Mittel übrig hat, hat aber Milliarden, um Subsidien der Industrie zu geben. In den letzten Jahren sind Subsidien in Höhe von 1½ Milliarden gegeben worden, außerdem noch 1½ Milliarden Kredite vom Reiche. So erhielten zum Beispiel die Schichauwerft im Jahre 1926 — 11 Millionen, die Vulkanwerft im Jahre 1925 15 Millionen, Mannesmann 8½ Millionen. Interessant ist das Kapitel der Traktorindustrie, für die 21 Millionen gegeben wurden. Diese Subventionen für den Traktorbau stellen nichts anderes dar, als die Vorbereitung der maschinellen Kriegführung. Hier sehen wir die unmittelbare Vorbereitung auf die Technisierung der Reichswehr, die natürlich auch Tanks gebraucht, weshalb man dieser Industrie die ungeheuren Summen zuteilt. Rheinmetall erhielt 13 Millionen, der Röchling-Konzern 20½ Millionen, der Stumm-Konzern 12½ Millionen, die Oberschlesische Industrie 36 Millionen. Für den Flugzeugverkehr wurden im Jahre 1928, also unter Hilferding, 53½ Millionen ausgegeben. Unter Hilferding erhielt auch die Schichauwerft erneut 28 Millionen, die Emelka-Transaktion 3,6 Millionen, die Ufa, das heißt die Propaganda für den Film, insgesamt 20 Millionen, die Autoindustrie 4 Millionen.

Dasselbe sehen wir bei der technischen Nothilfe. Die Sozialfaschisten, die die Technische Nothilfe erst geschaffen haben, erzählen heute, daß sie abgebaut werden soll, weil sie ihre eigene Technische Nothilfe im Reichsbanner und in den Gewerkschaften haben, mit denen sie nicht nur den Streikbruch organisieren, sondern auch die Streikbrecher stellen und schützen.

Genosse Remmele behandelt das sozialdemokratische Wehrprogramm und geht dann auf unsere Stellung zum Kriege ein.

Wie stehen nun die Kommunisten zum Wehrproblem? Das Wehrproblem ist kein Problem für sich, das von dem allgemeinen Problem des Krieges losgelöst werden könnte. Unsere Stellung zum Wehrproblem ist abhängig von unserer Stellung zum Kriege überhaupt.

Wehrfragen sind Klassenfragen!

Wir sind nicht gegen jeden Krieg schlechthin, sondern wir unterscheiden 1. Kriege der Imperialisten untereinander, 2. Kriege der Imperialisten gegen die proletarische Diktatur, 3. nationalrevolutionäre und koloniale Befreiungskriege gegen den Imperialismus.

Wir sind gegen jeden konterrevolutionären, im Interesse der imperialistischen Räubermächte geführten Krieg. Aber wir sind für jeden Krieg, der im Interesse der proletarischen Befreiungsbewegung gegen die herrschenden Klassen geführt wird.

Nur wenn wir bei jedem Kriege konkret untersuchen, wo die Klassenfront des Proletariats und wo die Klassenfront der Bourgeoisie läuft, können wir eine richtige Stellung zum Kriege beziehen.

Nur so können wir auch zur Wehrfrage Stellung nehmen. **Jede Wehrmacht der kapitalistischen Staaten lehnen wir rundweg ab.** Es wäre aber falsch, wenn unsere Genossen bei der Agitation gegen den imperialistischen Krieg nicht eine klare Stellung zu dem Wehrproblem einnehmen, sondern die Wehrmacht einfach verneinen würden.

Wir müssen die Wehrfragen ebenso wie die Frage des Krieges als eine Klassenfrage stellen, indem wir gegen die bürgerliche Wehrmacht, aber für die Bewaffnung des Proletariats, für die proletarische Wehrmacht eintreten. Heute mehr denn je müssen wir das Problem der proletarischen Wehrmacht auf die Tagesordnung stellen.

Krieg und Revolution

Nun zu den Beziehungen zwischen Krieg und Revolution. Die Geschichte lehrt uns, daß Kriege Revolutionen und andererseits wieder Revolutionen Kriege ausgelöst haben. Die Ursachen, die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Kriege führen, sind auch zugleich die Ursachen, die die Revolution auslösen. Heute sehen wir zum Beispiel die Bestrebungen der imperialistischen Mächte, durch Organisierung von Kriegen um die Neuaufteilung der Welt die Revolutionen verhindern zu können.

Die Volksmassen werden sowohl durch den Krieg als auch durch die Revolution bis in ihre untersten Tiefen aufgewühlt. Sowohl der Krieg als die Revolution bringen die höchste Erscheinungsform der Zuspitzung des Klassenkampfes. Wenn die Imperialisten hoffen, durch die Entfesselung eines Krieges den Klassenkampf aus der Welt schaffen zu können, so lehrt gerade die Geschichte, daß der Krieg in seinem Verlaufe den Klassenkampf in seiner höchsten Form, die Revolution, auf die Tagesordnung stellt. Was in sogenannten normalen Zeiten nur versteckt sichtbar ist, wird durch den Krieg mit elementarer Gewalt an die Oberfläche geschleudert. Der Krieg beschleunigt die Entwicklungstendenzen ins Ungeheure und treibt sie auf die Spitze, was besonders auch auf den Reformismus zutrifft.

Kann das Proletariat einen Krieg verhindern?

Auf diese Frage kann man nicht mit einem glatten Ja oder einem glatten Nein antworten. Wenn der ökonomische Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft derart fortgeschritten ist, daß er die Revolution auslöst, ehe der Krieg in Erscheinung tritt, dann wird der Krieg dadurch verhindert. Aber diese Revolution löst dann sofort den Krieg der übrigen imperialistischen Mächte gegen das siegreiche Proletariat aus.

Den Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion oder gegen ein späteres Sowjetdeutschland zu verhindern, ist unmöglich.

Gegen die pazifistischen Rezepte auf Verhinderung des Krieges durch Kriegsdienstverweigerung, durch die „Beantwortung“ des Krieges mit Streik und Revolution, müssen wir aufs schärfste Stellung nehmen. Lenin hat uns gelehrt, daß der Boykott des Krieges eine blöde Phrase ist, und daß wir den Krieg nicht mit Generalstreik und Revolution „beantworten“ können,

sondern daß wir den Generalstreik und die Revolution durch systematische hartnäckige unterirdische Arbeit vorbereiten und organisieren müssen.

Wir fürchten nicht die Illegalität!

Nun einiges zu unserer praktischen Arbeit. Unsere Feinde leisten uns in dieser Beziehung gute Dienste, wenn sie schon jetzt mit terroristischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen uns vorgehen. Denn der Kampf gegen sie ist eine glänzende Schule für unsere Arbeit, die wir nach Ausbruch des Krieges zu leisten haben.

Als die „Rote Fahne“ verboten wurde, besonders nach dem zweiten Verbot, da gab es in Berlin nicht nur die Redakteure der „Roten Fahne“, sondern da gab es Redakteure in jeder Fabrik, die das Verbot der „Roten Fahne“ sofort mit der Massenherstellung von Betriebszeitungen beantworteten. (Beifall.)

Diese Betriebszeitungen, hergestellt und geschrieben von den Arbeitern selbst, sind eine Waffe, mit der wir die Bourgeoisie noch gründlicher schlagen werden als mit unserer legalen Presse.

Wir setzen die Legalität nicht leichtfertig aufs Spiel. Wir werden sie aufs äußerste ausnutzen, auch dann, wenn wir verboten sind. Aber wir sprechen es offen aus: wenn unsere Klassenfeinde glauben, uns mit der Illegalität totzumachen, dann werden wir dafür sorgen, daß sie es sind, die daran zugrunde gehen. (Beifall.)

Gegen die Verleumdungshetze der Feinde

Je näher der Krieg, desto mehr werden unsere Gegner eine ungeheure Flut von Verleumdungen und Lügen über uns ergießen, wie sie jedesmal dem unmittelbaren Ausbruch des Krieges vorangehen. Wir werden dabei ungeheure Belastungsproben zu bestehen haben, da die Gefahr besteht, daß bei jeder Verleumdung und Lüge, mit denen uns der Gegner überschüttet, sogar einzelne Teile unserer Partei in Verwirrung geraten. (Sehr richtig!) Ich erinnere an den Beschluß des ZK. vom 26. September vorigen Jahres, der auf die Lügenhetze der Urbahns und Konsorten zurückzuführen war, und der durch das schändliche Treiben der Verjohnler zustandegekommen ist. Dieser Fall zeigt, wie stark wir uns noch oftmals beeinflussen lassen von den Handlungen, die der Gegner gegen unsere Partei unternimmt. Diesen Bestrebungen der Verwirrung der Partei gegenüber müssen wir standhaft sein bis zum äußersten. Ich sage das auch in bezug auf die Verleumdungen, die gegenwärtig von den Urbahns und Konsorten über angebliche Zwistigkeiten in der Parteiführung ausgestreut werden.

Ich kann hier nur erklären, daß die Führung der Partei in allen Fragen auch nicht die geringsten Differenzen hatte und alle Beschlüsse des Sekretariats in größter Einmütigkeit gefaßt wurden.

In Zukunft werden wir in dieser Beziehung noch weit mehr erleben als bis heute. Deshalb ist größte Standhaftigkeit und Festigkeit der Partei eine unbedingte Voraussetzung

Rüstet zum 1. August!

Nun zu einer unserer Hauptaufgaben, die Organisierung des Internationalen Antikriegstages am 1. August, dessen Wichtigkeit noch dadurch erhöht wird, daß die republikanischen Chauvinisten am 11. August zu ihrem Verfassungsrummel aufmarschieren werden. Dieser Verfassungsrummel, zu dem Hindenburg und Hermann Müller, das Reichsbanner und die faschistischen Organisationen aufmarschieren werden, soll nichts anderes sein als eine Gegendemonstration gegen den Massenaufmarsch des revolutionären Proletariats zum Internationalen Antikriegstag. Man wird auch hier den Versuch machen, unsere Demonstrationen zu verbieten und den Aufmarsch der Kriegstreiber natürlich zu gestatten. Aber wir bleiben unserer Tradition treu. **Wir werden, verboten oder erlaubt, das Proletariat aufrufen, genau wie unsere Bruderparteien im Auslande, am 1. August auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren für die Kampfbereitschaft gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion.** Diesen Rüstungen zum 1. August muß die Partei ihre ganze Aufmerksamkeit schenken und die Gesamtorganisation gründlich darauf vorbereiten, damit der Antikriegstag zu einem vollen Erfolg für unsere Bewegung wird.

Genossen, zum Schluß: Mögen die Würfel früher oder später fallen, wir werden dafür Sorge tragen, daß der Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion ausmünden wird in den Krieg des gesamten Weltproletariats gegen seine imperialistischen Unterdrücker! (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0015

Bilder vom 12. Parteitag der KPD.

Das Gesicht des Parteitages

Als wir am 2. Mai abends die „Pharussäle" im Wedding verließen, wütete die Schutzpolizei der Sozialfaschisten in den Straßen des Wedding. Ueberfallkommandos rasten durch die Müllerstraße und wenige Minuten vor den „Pharussälen" wurde geschossen.

Jetzt leuchtete ein roter Vorbau vor den „Pharussälen" weit in den Wedding hinein. Der große Saal, der voll historischer Erinnerungen ist, der in stürmischen Schicksalstagen von erregten Worten dröhnte und an manchen Abenden von befreiendem Lachen, wenn ein roter Rummel oder das „Rote Sprachrohr" die Regierungsgrößen der kapitalistischen Welt in drastischen Bildern voll

Vor den Pharus-Sälen, Wedding,
dem Tagungsort des Parteitages der KPD.

beißender Satire auf das Podium schickte, der große Saal ist rot geschmückt. Von rotem Tuche grüßen die Köpfe der unvergeßlichen Führer Lenin, Marx, Engels, Liebknecht, Luxemburg.

Auf dem Podium stand der Genosse Thälmann, an sechs langen Tischen saßen die Delegierten, 220 aus allen Teilen des Reiches, nicht Minister, nicht Polizeipräsidenten, nicht Regierungsräte, nicht Landräte, nicht Verwaltungsbeamte, nicht unabkömmliche Gewerkschaftsbonzen, nicht eisensinnige, mit Arbeiterblut befleckte Wolfsvertreter wie in Magdeburg auf dem Parteitag der Sozialfaschisten, der in langen Reden Polizei, Reichswehr und Kirche verherrlichte, sondern in überwiegender Zahl Arbeiter aus den Betrieben, die vielleicht morgen auf die Straße geworfen werden, wenn man erfährt, daß sie am Parteitag teilgenommen haben. Metallarbeiter, Textilarbeiter, Ruhrproleten, Chemieproleten, auch Arbeiterinnen unter ihnen und trotzig klassenbewußt die Kämpfer der Zukunft, die Jugend, Parteimitglieder und ein paar Vertreter der bürgerlichen Presse hörten mit Zuhörerkarten zu. Ein großer Ernst lag auf der Versammlung. Nicht Kompromisse und Diplomatentricks satter Menschen wurden hier verhandelt, hier ging's um die Existenz der Masse der Besitzlosen, um Abwehr mörderischer Unterdrückung, um das Rüstzeug zu Kampf und zuchtigem Vorstoß in erregter Zeit voll schwerer, drohender Kämpfe. Dies zeigte sich in der Haltung der Delegierten. Hier wurde nicht in „Wandelgängen" herumschwenzelt. Den ganzen Tag, mit Ausnahme der zweistündigen Mittagspause, hielten die proletarischen Delegierten auf ihren Plätzen aus. Nicht „gähnende Langeweile", wie der „Vorwärts" schrieb, lag über der Versammlung. Diese Versammlung brauchte keine Sensationen, brauchte nicht frivole Mäßchen eines Breitscheids. Mit schweigendem Ernst sah sie das Thälmanns großer Rede das breite umfassende Bild der Weltlage vor sich erstehen: Indiens Revolution, Afghanistan, China, Polen, Rumänien, ein weißer Ring, der sich um Sowjet-Rußland schließt, Deutschlands schwere Wirtschaftskämpfe, die Schwere der aufeinander folgenden Krisen.

Das Referat des Jugendvertreters folgte und das Referat der Frauenleiterin. Dann kamen die Delegierten aus der Provinz, Stellungnahme zum Referat, Belege aus der Praxis. In den theoretischen Rahmen wurden Bilder des Lebens eingesetzt aus dem Ruhrgebiet, aus dem Elendsgebiet der schlesischen Textilarbeiter. Eine Textilarbeiterin berichtete vom Kampf der 50 000 Ausgesperrten, vom tapferen Kampf der Frauen. Die Frauen reihen sich ein, das Proletariat rüstet sich. Der Geist des verschärften Klassenkampfes lag auf den entschlossenen Gesichtern dieser Arbeiterkonferenz.

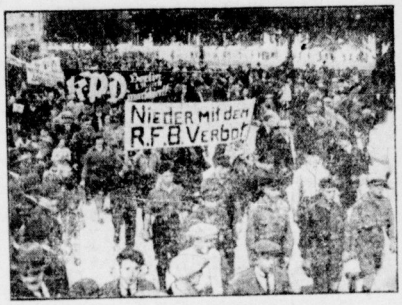
Berta Lask.

Parteitag der Arbeiter

Genosse Landgraf, Hamburg, ein Werftarbeiter von Blohm & Voß, begrüßte den Parteitag der KPD. Ein lebendiger Beweis der Verbundenheit der Kommunistischen Partei mit der Arbeiterschaft, gleichzeitig aber auch ein Beispiel, welch drastischer Unterschied zwischen diesem Parteitag und dem Magdeburger Parteitag der SPD. besteht.

Der Gruß des Berliner Proletariats

an den 12. Parteitag der KPD.



Zehntausende Berliner Arbeiter demonstrierten zur Begrüßung des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei; 15 00[illegible] sammelten sich am 8. Juni im Sportpalast zur Kundgebung, wobei in- und ausländische Redner sprachen.

Zörgiebel und seine Polizei verhaftete über 100 Demonstranten. 78 RFB.-Kameraden wurden die Kleidungsstücke abgenom[illegible]

Die Polizei legte eine letzte Brutalität an den Tag. Trotz alledem: Die Rote Front marschiert!

Der 12. Parteitag hat neue Waffen zur Sammlung der Massen zum revolutionären Kampfe unter Führung der KPD. geschm[illegible]

Vom weissen Kreuz zum roten Fahne

VON MAX HOELZ

Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin

43

Schon in den ersten Wochen spürte ich, daß die Zuchthausluft auf mich eine zermürbende Wirkung ausübte. Bei dem Mangel an frischer Luft verfiel ich von Tag zu Tag. Die ersten Merkmale meines körperlichen Verfalls zeigten sich, wenn ich früh vor der Freistunde meine Schuhriemen band. Sobald ich mich bückte, wurde es schwarz vor meinen Augen und ich fiel hin. Nur mit äußerster Anstrengung konnte ich mich wieder aufrichten. Während ich in den ersten Tagen die dreißig Minuten Hofstunde immer freudig begrüßt hatte, verließ ich jetzt ungern die Zelle, da ich im Hof nach ein paar Runden wie ein Klotz umfiel. Stets nach der Rückkehr aus der Hofstunde bekam ich Kopfschmerzen. Ich hatte das Empfinden, als sei mein Schädel in einen Schraubstock gepreßt und werde mit Meißel und Hammer bearbeitet.

Auch die Arbeit, die ich später in die Zelle bekam — ich mußte Tüten kleben — brachte mir keine Ablenkung von den körperlichen Beschwerden. (Wer denkt übrigens daran, daß in der Tüte, die er beim Einkaufen in Empfang nimmt, die Qual eines Zuchthäuslers klebt?) Die Nächte wurden zu einer unbeschreiblichen Pein. Ich konnte nicht eine Stunde ruhig schlafen. Kam der Morgen, so fühlte ich mich wie zerschlagen und war todmüde. Der Arzt, der mich flüchtig untersuchte, erklärte, das sei nicht schlimm, das richte sich schon wieder ein.

Während ich vorher das für eine ganze Woche ausgegebene Bibliotheksbuch täglich ein paarmal las, um mich zu zerstreuen, konnte ich es jetzt kaum noch zur Hand nehmen. Abends, nach Einschluß, war ja das Buch überhaupt zwecklos, da die Zellen nicht beleuchtet waren.

Die furchtbarste Nacht meines Lebens

Um mich von den Schmerzen abzulenken, verfiel ich auf einen Ausweg: Ich rezitierte Verse von Herwegh, Freiligrath, Erich Mühsam und anderen. Dadurch verschaffte ich mir wesentliche Erleichterung.

Die Aufseher waren darüber anderer Meinung. Vier von ihnen traten in meine Zelle und forderten mich auf, herauszukommen. Ich ahnte nichts Gutes und weigerte mich. Sie schlossen die Tür ab und entfernten sich. Nach einer Weile kamen sie wieder und schleppten mich mit Gewalt auf den Gang. Ich war nur mit dem dünnen, kurzen Leinenhemd bekleidet und barfüßig. Zwei drehten mir die Arme in den Gelenken um. Die anderen schlugen fortwährend auf mich ein, der eine bearbeitete mit einem schweren Schlüsselbund meinen Kopf, der andere schlug mit seinem Seitengewehr auf meinen Rücken und das Gesäß. Abwechselnd traten sie mir mit ihren schweren Stiefeln in die Kniekehlen, bis ich zusammenbrach, und schleiften mich hinunter nach dem Kellergeschoß. Ich rief, sie sollten mich doch nicht so unmenschlich schlagen: Darauf griff einer nach meiner Gurgel und drückte sie mit beiden Händen fest zusammen, so daß ich keinen Laut mehr von mir geben konnte, und sagte: „So, Du Hund, jetzt bist Du schon stumm." Mein Hemd hing als loser Fetzen am Leib; ich blutete stark.

Meine Peiniger schlugen immer toller auf mich ein und stießen mich aus dem Hauptgebäude in den Lazaretthof. Aus den nach dem Hof gelegenen Zellenfenstern des Hauptflügels hörte ich Gefangene aufgeregt schimpfen, weil ich geschlagen wurde. Die Aufseher ließen sich aber dadurch nicht beirren. Nachdem sie mich über den langen Hof geschleppt hatten, schlossen sie die in das Lazarettgebäude führende Tür auf, einer der Beamten gab mir einen furchtbaren Tritt von hinten, so daß ich kopfüber sechs Sandsteinstufen hinunterflog. Unten stand der Nachtaufseher vom Lazarett, der meinen Rücken und Kopf sofort mit zwei schweren Holzpantinen bearbeitete. Ich war über die Mißhandlung so entsetzt, daß ich nicht einmal daran dachte, mich überhaupt zur Wehr zu setzen. Es hätte auch nichts genützt.

Die Aufseher schlossen eine im Keller liegende Zelle auf, die schalldicht gepolsterte Doppeltüren hatte. Sie rissen mir den Hemdfetzen vom Leibe und schmissen mich wie ein Lumpenbündel in dieses Loch.

Nun lag ich splitternackt und blutend in einem kalten Keller, der, wie ich später erfuhr, im Munde der Gefangenen die Bezeichnung „Folterkammer" führt, amtlich aber zwei Bezeichnungen hat, die einander widersprechen: „Tobzelle" und „Beruhigungszelle". Es war darin vollkommen leer und noch enger als in den anderen Gefangenenzellen. Es war gar nichts vorhanden, nicht einmal eine Decke, in die ich mich hätte wickeln können.

Vom Fußboden, auf dem ich lag, ging mir die Kälte in die Knochen, die Zähne schlugen im Fieberfrost aufeinander. Trotz meinen zerschlagenen Gliedern versuchte ich herumzulaufen, um mich zu erwärmen. Durch das Laufen in dieser winzigen Rundzelle — immer im Kreise — wurde ich müde und ganz benommen. Ich versuchte, mich auf den Fußboden zu setzen, um etwas auszuruhen, aber da spürte ich wieder die beißende, fast messerscharfe Kälte. Ich taumelte mich auf und wankte in der Zelle hin und her. In diesem Loche herrschte ein fürchterlicher Gestank. Ich konnte mir nicht erklären, warum die Luft so dumpf und stickig war. Bald jedoch fand ich den Grund.

Ich mußte Urin lassen und meine Notdurft verrichten, es war aber kein Gefäß vorhanden; so mußte ich meine Notdurft auf dem Boden verrichten. Den Dutzenden von Gefangenen, die vor mir in dieser Zelle gelegen hatten, war es bestimmt ebenso ergangen, und der entsetzliche Geruch der Exkremente hatte sich im Fußboden festgesetzt.

Nach drei qualvollen Stunden hörte ich leises Geräusch. Die Klappe des kleinen Gucklochs in der Tür bewegte sich, und ich bemerkte in diesem sogenannten „Spion" ein menschliches Auge. Das konnte nur der Nachtaufseher sein, der wohl nachsehen wollte, ob ich wieder auf den Beinen war. Ich bat ihn, mich doch aus dieser furchtbaren Zelle herauszunehmen oder mir wenigstens eine Decke zu geben, da ich schrecklich unter der Kälte zu leiden hätte. „Hänge Dich auf, Du Lump. Du hast doch in München sechzehn Beamten die Augen ausgestochen!" war die Antwort. Nie in meinem Leben war ich in München gewesen, hatte nicht nur keinem Beamten die Augen ausgestochen, sondern auch nie einen mißhandelt.

Wie mußten diese Menschen verhetzt worden sein! Jetzt glaubte ich die eigentliche Ursache zu kennen, warum die vier Aufseher mich so wahnsinnig geschlagen hatten.

Diese Nacht in der Folterkammer des Zuchthauses Münster war für mich seelisch und körperlich die grauenhafteste Qual meines Lebens.

In dieser Nacht zerbrach etwas in mir.

Wenn ich in den zweieinhalb Jahren vorher jemals an der Notwendigkeit der Zertrümmerung der Gesellschaftsordnung und ihrer Justiz, so wären hier alle Zweifel gelöscht worden.

Nicht die schweren, körperlichen Mißhandlungen durch die Aufseher waren das Furchtbarste, sondern das nackte, bittere Ausgeliefertsein dem eiskalten Kellerraum. Diese Folter wird angewendet, weil kein Mensch, der es nicht am eigenen Leib erlebt hat, sich vorzustellen vermag, welche Wirkungen auf Körper und Geist eine solche Tortur ausübt.

Wenn ein Gefangener nach seiner Freilassung erzählen, man habe ihm die Haut aufgeschnitten und Salz und Pfeffer eingestreut, ihm die Fußsohlen mit glühenden Zangen gebrannt, Daumenschrauben angelegt und ihm die Gelenke gebrochen, so gäbe es keinen Menschen, der sich nicht vorstellen könnte, daß entsetzliche Folterqualen sind. Aber jemand nacht in einen kalten Raum einzuschließen, wird dem Außenstehenden nicht ohne weiteres als eine besondere Unmenschlichkeit erscheinen.

Nur die Zuchthausaufseher, Direktoren und Aerzte wissen das Geheimnis dieser höchsten Kunstfertigkeit moderner Menschenquälerei. Sie wissen, daß von hundert Gefangenen, die nackt in ein solches Loch gestoßen wurden, bestimmt fünfundzwanzig für ihr ferneres Leben „fertig gemacht" sind. „Fertig gemacht" in der Zuchthaussprache der Ausdruck dafür, daß ein Gefangener durch schwere körperliche und seelische Mißhandlungen [illegible] wurde. Ich wußte nicht, wieviel Stunden ich bereits in diesem Zustand verbracht hatte, ob es noch immer Nacht oder schon Tag war. Ich fühlte nur, daß ich am Ende meiner Kraft war. Das Gefühl absoluter Ohnmacht zerfraß mein Denken. In [illegible] Schlafen spürte ich ein wahnsinniges Pochen. Aus dieser [illegible] jemals mit klarem Verstand herauszukommen, erschien [illegible]

Plötzlich wurden die Türen aufgeschlossen und ein Beamter [illegible] eine Schüssel aus Pappe auf den Fußboden. Ich wandte [illegible] fort an den Beamten und bat, mich in meine alte Zelle zurückzubringen. Der Beamte entfernte sich, ohne mir Antwort zu geben.

Ich warf einen Blick in die Schüssel, sie enthielt die [illegible] Zichorienbrühe. Also mußte es früh am Morgen, und zwischen sieben und acht Uhr sein. Als ich die Schale [illegible] nahm, um zu trinken, bemerkte ich, daß Dutzenden [illegible] auf schwammen dicke Fetzen gelben Schleims, wie ihn [illegible] Halskranke auswerfen. Ich konnte nicht einen Schluck [illegible] obwohl ich gern etwas Warmes zu mir genommen hätte.

Nach einigen Stunden kam ein Aufseher mit dem [illegible] schilderte dem Arzt, wie die Beamten mich mißhandelt hätten [illegible] zeigte ihm die Wunden. Er nahm sich nicht einmal die [illegible] zu unterlassen, er sagte bloß, das ginge ihn nichts an, das [illegible] seine Sache. Ich bat ihn, dafür zu sorgen, daß ich ein [illegible] kammer herausgenommen werde. Er gab mir keine Antwort [illegible] verließ mit seinem Begleiter die Zelle.

Wieder vergingen qualvolle Stunden, die endlos schienen [illegible] die Mittagszeit wurde in einer Pappschüssel ein undefinierbarer Brei in meine Zelle geholt, ohne Löffel. Ich war gezwungen [illegible] Kleister mit der Hand zu essen. Dem Beamten, der [illegible] Essen brachte, sagte ich, er möge mich dem Direktor [illegible] wolle Anzeige wegen Mißhandlungen erstatten. Obwohl [illegible] diesem und den nächsten Tagen wiederholt beantragte, dem [illegible] tor vorgeführt zu werden, ließ er sich nicht blicken.

(Fortsetzung folgt)

Die Lebenserinnerungen Max Hoelz' sind in Buchform bereits erschienen. Das Buch ist über 300 Seiten stark und mit zahlreichen Bildern und Photographien ausgestattet. Preis desselben broschiert 2,80 Mk., in Leinen gebunden 4,40 Mk. Für „Klassenkampf"-Leser Sonderangebot: broschierte Ausgabe 2,50 Mk., gebunden 4,00 Mk. Zu beziehen durch die Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle, Leipzigerstraße 14; Volksbuchhandlung Harz 1; Ammendorf: Hallesche Straße 9; Merseburg: Schmale Straße 16; Weißenfels: Marienstraße 46; Zeitz: Mendische Straße 21; Eisleben: Rathausstraße 7; Artern: Gabelstraße 24; Wittenberg: Zühlenstraße 10; Bitterfeld: Burgstraße 40; Torgau: Schulgenstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290617-10/fragment/page=0016